

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 14. April 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Feststellungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Das

Ausnahmegesetz gegen die Vergleite.

Das Werk ist getan; der sogenannte Arbeiterschutz ist zu einem Ausnahmegesetz gegen die Vergleite umgestaltet worden! Arbeiterschützer hat man den Vergleiten gewährt. Aber sie dürfen nicht die Interessen der Arbeiter wahrnehmen, sondern sie werden verpflichtet, die Interessen der Unternehmer wahrzunehmen.

Der Mitglied eines Arbeiterschutzes wird, der wird damit zugleich seines verfassungsmäßigen Rechtes, politisch agitatorisch tätig zu sein, verlustig erklärt. Die preussische Reaktion hat sich selbst überlassen. Die Vergleite verlangen eine gesetzliche Anerkennung Vertretung, um dem Unternehmer gegenüber ihre Forderungen vertreten zu können, um an der Ordnung ihrer Arbeitsverhältnisse mitwirken zu können. Die Regierung verpflichtet ihnen das als Preis der Einstellung des Kampfes. Sie glaubt ihr Versprechen erfüllt zu haben durch einen Vorstoß, der den Unternehmern gar nichts tut; sie will Ausschüsse gewähren, die man reden läßt, die aber dem Unternehmer gegenüber keinerlei Macht haben, keinerlei Mitbestimmungsrecht. Die Unternehmervertreter im preussischen Klassenparlament aber machen aus diesem für beide Teile harmlosen Schönheitspfasterchen ein Mittel zur Wahrung der Interessen der Unternehmer, zum Schutze der Streikbrecher, zur vollständigen politischen Entrechtung der Arbeiter. Das ist selbst in Preußen unerhört, daß man jemandem aus irgend einem Grunde gesetzlich verbietet, politisch agitatorisch tätig zu sein. Diese dreifache Verhöhnung der Vergleite hat nur einen Umstand außer Rechnung gelassen: die Arbeiter nämlich. Nur komplette Idioten werden sich zu diesem Spiele mißbrauchen lassen. Die erste Antwort der Vergleite auf den letzten Reaktionsstreich wird sein, daß sie die Teilnahme an den Arbeiterschutzes und die Wahl zu ihnen ablehnen. Folgendermaßen sollen die Aufgaben der Arbeiterschützes gesetzlich festgestellt werden:

Der Arbeiterschützes ist verpflichtet, in seiner Gesamtheit und durch seine einzelnen Mitglieder darauf hinzuwirken, daß das Einverständnis innerhalb der Belegschaft und zwischen der Belegschaft und den Arbeitgebern nicht gefährdet wird und daß insbesondere Vertragsverletzungen und Vergewaltigungen vermieden werden.

Mitglieder eines ständigen Arbeiterschutzes, die die ihnen in dieser Eigenschaft obliegenden Pflichten insbesondere durch politisch-agitatorische Tätigkeit verletzen, gehen ihrer Mitgliedschaft verlustig.

Eine politische Betätigung ist den Arbeiterschutzes untersagt. Zündendungen ziehen die Auflösung des Arbeiterschutzes nach sich. Daneben kann der Vergleitebesitzer auf die Dauer von höchstens drei Jahren von der im Absatz 1 bezeichneten Verpflichtung entbunden werden. Die Entscheidung über diese Maßregeln steht dem Oberbergamt zu.

Neben dieser reaktionären Verrücktheit ist es nebenbei, daß die geheime Wahl beseitigt ist und daß das aktive Wahlrecht an eine zweijährige, das passive an eine vierjährige Beschäftigung auf dem Werke gebunden ist. Es kommen danach schon nicht viel Wähler in Frage, da die Vergleite im Ruhrrevier bekanntlich im Durchschnitt kaum ein Jahr auf einer Arbeitsstelle bleiben. Diese wenigen aber werden sich nicht dazu hergeben, gegen den ausdrücklichen Verzicht auf ihre politischen Rechte den Schutz der Streikbrecher zu übernehmen.

Auch der sanitäre Arbeitstag der Regierungsvorlage ist nicht wieder hergestellt worden. Es bleibt bei den Beschlüssen erster Lesung, daß die Oberbergämter den Arbeitstag bestimmen sollen. Sie konnten das bisher schon, haben es aber niemals getan.

Es ist überhaupt nichts an den Beschlüssen erster Lesung geändert worden mit der einen Ausnahme, daß die Arbeiterschützes als Streikbrecherschutzeinrichtungen obligatorisch gemacht wurden. Die preussische Reaktion hat den Vergleitem den offenen Krieg erklärt.

Seit Einbringung der Regierungsvorlage und mehr noch seit den Beschlüssen der Kommission erster Lesung hat die linksliberale und die ultramontane Presse reichlich Entrüstung ausgegossen über unsere Kritik an der Vorlage und dem Kommissionsbeschlüssen. Verhöhnung übten wir, wir verleumdeten den Vergleitem die Schutzvorschriften, wir verleumdeten die besten Absichten, es wäre töricht von uns, aus den vorläufigen Beschlüssen erster Lesung endgültige Schlüsse zu ziehen; in der zweiten Lesung würde noch alles gut werden. Wir vermuten wohl nicht mit Unrecht, daß diese Presse nunmehr die Arbeiter auf die Beschlüsse des Plenums verweisen wird. Und wenn das Plenum des Abgeordnetenhauses uns recht gegeben haben wird, dann wird man vielleicht die Hoffnungen der Arbeiter auf das — Herrenhaus lenken. Zwischenzeitlich wird man wieder den mystischen Gespenstern in der Schublade des Grafen Pofadowsky preisgeben, der gar nicht existiert, jedenfalls niemals das Licht der Öffentlichkeit erblicken wird.

Die preussische Regierung wird den Reichstag nicht anrufen. Ein Reichsgesetz könnte nur zustande kommen, wenn das Zentrum wolle. Selbstverständlich nicht das Zentrum im Landtage. Das ist Spiegelbilderei der Zentrumspresse, daß sie uns entgegenhielt, das Zentrum im Landtage sei zu schwach, um die Regierung zur Annahme des Reichstages zu drängen. Das wissen wir auch. Aber das Zentrum als ausschlaggebende Partei des Reichstages, das in diesem Falle sofort die Unterstützung der Sozialdemokratie fände, wäre in der Lage, auf die Regierung den erforderlichen Druck auszuüben. Wenn es wollte. Es will aber nicht oder — es fehlt ihm trotz seiner Zahl an der politischen Kraft dazu. Stark ist das Zentrum im Bewilligen neuer Ausgaben für den Moloch. Zum Schutze der Arbeiter fehlt ihm Kraft und Wille. Darum wird an Stelle eines Gesetzes zum Schutze der Vergleite die politische Rechtslosmachung der Vergleite Gesetz werden.

Ueber die Verhandlungen der Kommission geht und folgender Bericht zu:

Von nationalliberaler Seite sind neue Anträge eingebracht worden, welche als Voraussetzung für die Wählbarkeit zum Arbeiterschutzes die Heraushebung des Alters auf 30 Jahre verlangen und außerdem fordern, daß die zu wählenden Arbeiterschützes-Mitglieder mindestens vier Jahre, die Wähler selbst mindestens zwei Jahre auf dem Werke beschäftigt sein müssen. Die nationalliberalen Abgeordneten Schmieding und Dr. Volly beantragen, die in der Regierungsvorlage enthaltene und auch in erster Lesung beschlossene geheime Wahl zu beseitigen. Von freisinniger Seite wurde eindringlich darauf hingewiesen, daß die Kommission bisher überall nur Einschränkungen der Rechte der Arbeiter, insbesondere Erschwerung der Voraussetzungen für die Wahl der Arbeiterschützes-Mitglieder beschlossen habe, wie das in der Beseitigung der obligatorischen Arbeiterschützes zum Ausdruck gekommen sei. Dieses Mißtrauen gegen die Arbeiter sei aber durch nichts gerechtfertigt, und es sei nicht einzusehen, warum man dem Arbeiter Fesseln anlege, während der Arbeitgeber in jeder Beziehung völlig frei sei. Die neuen Anträge bedeuteten aber eine noch weitergehende Einschränkung, vor der entsetzlich gewarnt werden müsse, da sie die ganze Vorlage fast wertlos mache. Der Handelsminister ersuchte um die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, erklärte die Bedenken der Mehrheit für nicht gerechtfertigt und bemerkte, daß er noch nicht sagen könne, welche Stellung die Staatsregierung einnehmen werde, wenn die Regierungsvorlage beseitigt und die neuen Anträge angenommen werden sollten. Von konservativer Seite wurde betont, daß in ihrer Reaktion die Ansichten über die Zulassung der geheimen Wahl geteilt seien. Die Partei müsse sich ihre endgültige Stellungnahme für die Plenarberatung vorbehalten. Inzwischen sind neue Anträge eingegegangen. Ein nationalliberaler Antrag lautet: „Die Behörde hat darüber zu wachen, daß die ständigen Arbeiterschützes stets vorschriftsmäßig besetzt sind und daß die erforderlichen Neuwahlen schleunigst erfolgen. Ueber die Gültigkeit einer Wahl und über das Erlöschen des Amtes eines Mitglieds eines ständigen Arbeiterschutzes entscheidet auf Anrufen des Vergleitebesitzers, seines Stellvertreters oder eines wahlberechtigten Arbeiters das Oberbergamt.“ Ein weiterer nationalliberaler Antrag will das Verwaltungsstreitverfahren gegen die Entscheidungen des Oberbergamtes zulassen und bestimmt zugleich, daß die Anrufung des Bezirksausschusses dem Vergleitebesitzer, seinem Stellvertreter und jedem wahlberechtigten Arbeiter zusteht.

Der Minister erklärte den ersten Antrag für unannehmbar, den zweiten aber für bedenklich, weil er eine prinzipielle Veränderung des Rechtsmittels darstelle, den Antrag Heydebrand-Zedlich-Friedberg aber für annehmbar.

Er wiederholte aber, daß dies seine persönliche Ansicht sei, da er nicht wisse, welche Stellung das Staatsministerium dazu einnehmen werde.

(Der Antrag Heydebrand, der auch vom Freikonservativen Zedlich und dem Nationalliberalen Dr. Friedberg unterstützt ist, enthält die bereits mitgeteilte Bestimmung über die Aufgaben der Arbeiterschützes, womit sich also Wölter einverstanden erklärt.)

Vom Zentrum wurde eine Bestimmung des Inhalts, daß die Mitglieder des Arbeiterschutzes bei politisch-agitatorischer Tätigkeit der Mitgliedschaft verlustig gehen, für unannehmbar erklärt und die Ansicht ausgesprochen, daß im Falle der Annahme dieser Bestimmung der ganze Paragraph über die Arbeiterschützes unannehmbar sei. Der Begriff „politisch-agitatorisch“ sei auch so unbestimmt und so freitragend in der Auslegung, daß eine Bestimmung nur zu Unzutraglichkeiten führen müsse.

Es wurde hierauf zur Abstimmung geschritten. Angenommen wurde der Antrag v. Heydebrand-Fehr v. Zedlich-Friedberg. Außerdem ein nationalliberaler Antrag, wonach der Arbeiterschützes nur die Fugnis hat, Anträge, Wünsche und Beschwerden der Belegschaft, die sich auf die Betriebs- und Arbeiterverhältnisse des Vergleites beziehen, zur Kenntnis des Vergleitebesitzers zu bringen und sich darüber gutachtlich zu äußern. Weiter wurde beschlossen, die geheime Wahl gemäß dem nationalliberalen Antrag durch die öffentliche Wahl zu ersetzen. Auch der nationalliberale Antrag, wonach das aktive Wahlrecht erst nach zweijähriger Arbeitsfähigkeit, das passive Wahlrecht erst nach vierjähriger Arbeitsfähigkeit erlangt wird, wurde angenommen. Ferner wurde angenommen der nationalliberale Antrag betr. die Ueberwachung der vorschriftsmäßigen Besetzung und die Gültigkeit der Wahlen durch die Vergleitebehörde.

Angenommen wurde ferner ein von freisinniger Seite und dem Zentrum gestellter Antrag:

Ueber die Organisation, Wahl, Zuständigkeit und Geschäftsführung des ständigen Arbeiterschutzes sind in der Arbeitsordnung oder in besonderen Satzungen nähere Bestimmungen zu treffen, die der Genehmigung des Oberbergamtes unterliegen.

Schließlich wurde ein nationalliberaler Antrag angenommen, wonach Arbeiter entlassen werden können, wenn sie den vorgeschriebenen Beladung der Fördergefäße in einem Monat sich mehr als dreimal schuldig gemacht haben und deshalb bestraft worden sind“ und folgende Bestimmung:

„In der Arbeitsordnung oder im Arbeitsvertrag darf Ablegung oder Entlassung wegen vorschriftswidriger Beladung nur für den Fall vorsehen werden, daß der Arbeiter dieserhalb in einem Monat mehr als dreimal mit Geldstrafe belegt worden ist.“ Demnach ist also beschlossen worden:

Die passive Wahlfähigkeit erfordert eine vierjährige, die aktive Wahlfähigkeit eine zweijährige Arbeitszeit auf dem Werke; erstere außerdem ein Alter von 30 Jahren. Die Wahl erfolgt öffentlich. (In erster Lesung war die geheime Wahl angenommen worden.) Kenntnis der deutschen Sprache ist für die passive Wahlfähigkeit erforderlich. Die Kündigung oder Ablegung des Arbeiters wegen mangelhafter Förderung hat die dreimalige Bestrafung wegen mangelhafter Förderung in einem Monat zur Voraussetzung. Im übrigen beträgt die höchste Strafe für mangelhafte Förderung in einem Monat fünf Mark. Mit diesen Einschränkungen wird der obligatorische Arbeiterschützes angenommen, die Regierungsvorlage also wieder hergestellt.

Angenommen wurden die Anträge, soweit sie eine politisch-agitatorische Tätigkeit verhindern und Ausschüsse sowie Ausschussmitglieder, welche dem entgegenhandeln, beseitigen wollen. Angenommen wurde ferner der vorgeschlagene Rechtsmittelweg und die Schaffung der Möglichkeit, den Arbeiterschützes unter Umständen auf die Dauer von höchstens drei Jahren zu beseitigen. Das Stimmverhältnis betrug in den wesentlichen Punkten fünfzehn zu dreizehn.

Die Kommission trat dann in die Beratung des Teiles der Vorlage ein, der den sanitären Arbeitstag betrifft. Seitens der Nationalliberalen ist ein Antrag auf Ausgestaltung des Gesundheitsbeirats — wie er bei der ersten Beratung geschaffen ist — eingebracht worden.

Es ist zu prüfen, ob mit Rücksicht auf die die Gesundheit der Arbeiter beeinflussenden Betriebsbedingungen eine Festsetzung der Dauer der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit geboten ist. Gegebenenfalls schreibt das Oberbergamt nach Anhörung des Gesundheitsbeirats Dauer, Beginn und Ende der regelmäßigen Arbeitszeit für den Oberbergamtsbezirk oder Teile desselben vor und erläßt die zur Durchführung dieser Vorschriften erforderlichen Anordnungen. Aus besonderen Gründen können einzelne Vergleite auf einen Antrag vom Oberbergamt von der Beobachtung dieser Vorschriften gänzlich oder teilweise, dauernd oder zeitweise entbunden werden.

Der Gesundheitsbeirat wird für den Umfang des Oberbergamtsbezirks gebildet und besteht aus dem Verghauptmann als Vorsitzenden sowie vier vom Oberbergamt berufenen Mitgliedern, die zu gleichen Teilen aus der Zahl der Vergleitebesitzer oder ihrer Stellvertreter und der Zahl der Knappschaftsältesten zu entnehmen sind. An den Verhandlungen des Gesundheitsbeirats nimmt ein vom Oberbergamt zu berufender Knappschaftsarzt mit beratender Stimme teil.

Der Minister erklärte den in diesem Antrag vorgeschlagenen Weg als gangbar, allerdings vorbehaltlich kleiner Abänderungen. Von konservativer Seite wurde gewünscht, daß der Gesundheitsbeirat alle sanitären Verhältnisse auf den Vergleiten zu behandeln habe; von den Antragstellern wurde dem Paragrafen zugestimmt. Eine längere Erörterung knüpfte sich an die Frage, ob die Berufung gegen die Berufung des Oberbergamtes an den Bezirksausschützes oder an das Oberverwaltungsgericht gehen sollte. Auch von freisinniger Seite wurde der Ausgestaltung des Gesundheitsbeirats zugestimmt. Der Antrag auf Ausgestaltung des Gesundheitsbeirats wurde angenommen. Im übrigen blieb es bei den Beschlüssen der ersten Beratung, wonach der in der Regierungsvorlage enthaltene sanitäre Arbeitstag beseitigt und nur die Bestimmung stehen gelassen ist, daß die regelmäßige Arbeitszeit für den einzelnen Arbeiter durch die Seilsfahrt nicht um mehr als eine halbe Stunde verlängert werden darf, ein etwaiges Mehr auf die Arbeitszeit anzurechnen ist, und daß für Arbeiter, welche an Betriebspunkten nicht nur vorübergehend beschäftigt werden, wo die gewöhnliche Temperatur mehr als 28 Grad Celsius beträgt, die Arbeitszeit sechs Stunden täglich nicht überschreiten darf.

Als Berufungsinstanz wurde der Bezirksausschützes angenommen. Der vom Zentrum und den Freisinnigen gestellte Antrag betreffend die Sonntagsruhe der Arbeiter im Bergwerksbetriebe wurde zurückgezogen, nachdem Oberbergamtsverghauptmann v. Welsen erklärt hatte, daß sich die Wirkungen dieses Antrages nicht übersehen ließen, und nachdem ihm seitens der Nationalliberalen widersprochen war. Ein Zentrumsantrag, der den Vergleitebesitzern untersagt, die Arbeiter in der Uebernahme der ihnen durch die Modelle übertragenen Center zu beschränken und Strafen hierzu festsetzen will, sowie Vertragsbestimmungen und Arbeitsordnungen, welche dem zuwiderhandeln, für nichtig erklärt, wurde abgelehnt. Ein freikonservativer Antrag, der zulassen will, daß für den Fall der Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch Vertragsbruch die Berufung des rückständigen Lohnes bis zum Betrage des durchschnittlichen Wochenlohnes ausgedehnt werden kann und der verwirkte Betrag der Unterstützungskasse und, wo eine solche nicht vorhanden, der Krankenkasse der Arbeiter zufallen soll, wurde angenommen, obgleich von verschiedenen Seiten, insbesondere auch vom Minister, darauf hingewiesen worden war, daß die gesetzliche Zulässigkeit einer solchen Bestimmung nicht unzweifelhaft sei. Namentlich seitens des Vertreters des Justizministers wurden diese Bedenken besonders stark betont. Die Strafbestimmungen, wie sie in der ersten Lesung festgesetzt worden sind, wurden aufrecht erhalten. Die Novelle als solche wurde dann mit sechzehn gegen acht Stimmen angenommen. Dagegen stimmten Zentrum und Freisinnige.

Die Kommission wird Freitag, den 5. Mai, wieder zusammenzutreten, um die Vorlage betr. Stilllegung der Zechen zu beraten. Sonntag, den 7. Mai, will dann die Kommission ins Ruhrrevier reisen und sich dort zwei Tage aufhalten. Vermutlich will sie in öffentlichen Versammlungen, deren Veranstaltung die Vergleite gern übernehmen werden, für ihr Werk Propaganda machen. Sie könnte etwas dabei profitieren.

Die Revolution in Rußland.

Die Bauernbewegung.

Wie die Bauern, die sich an der Agrarrevolution der letzten Zeit beteiligt haben, von den Behörden behandelt werden, ist aus dem folgenden Briefe eines Bauern zu ersehen, der in der Zeitung „Wjerstok“ zum Abdruck gelangt ist:

Man überfällt unsere Wirtschaften, setzt die Gebäude in Brand, nimmt uns das Getreide und alle Gegenstände einfach weg. 30 von unseren Leuten wurden festgenommen, und (schrub man auch auf. In G. wurden 60 Mann festgenommen, die Soldaten wurden hergeholt, um Ruhe zu schaffen, eine Anzahl wurden mit Ruten geprügelt und es wurde gesagt: „alle werden mit Ruten geprügelt werden!“ Jetzt ist doch aber die Prügelstrafe abgeschafft, weshalb wird diese Strafe doch noch angewandt? Und noch wie wird man mißhandelt! Man wird auf die Bank hingelegt, festgebunden und dann beinahe bis zu Tode geprügelt. Man sagt, daß im Orte Dubnischeje einer tatsächlich todegeprügelt worden ist. Wir haben auch Angst, daß wir noch unsere Kräfte erhalten.

Wir erhalten von nirgends Hilfe, es ist um den Bauer geschehen, wir haben keine Waffen, sonst würden wir uns nicht beugen. Geht Ihr Euch schon für uns Mühe. Deshalb schlaft Ihr denn da! Man hat uns hier beinahe jede Dekonomie in Stücke geschlagen, in der Nachbarschaft unserer Dekonomie hat man 80 zerstört, und die Leute sagen; im Gouvernement Kantsch und Delow hat man 70 Dekonomie zerstört und wird jetzt jede Nacht 10 Stück so bearbeiten. Wein, habt Mitleid mit uns, besetzt Euch mit der Waffen, sonst hat für uns die letzte Stunde geschlagen, dann ist es mit der Bauerngemeinschaft aus; in unserer sind schon gar zu viele Seelenverkäufer. Sagt allen guten Leuten, sie sollen das in der Welt verbreiten, wie man bei uns den Bauer behandelt. Verbreitet es bis nach dem fernsten Osten hin, damit man dort erfährt, wie man mit uns umgeht.

Sie beschließen dort das Hab und Gut der Großgrundbesitzer und des Staates und nie vergilt man das ihren Vätern, Brüdern, Frauen und Kindern! Wie mit dem lieben Vieh geht man mit ihnen um. Ein guter Wirt der behandelt sein Vieh auch noch besser. Einige Mann haben sie festgenommen, sie im Viehstall eingesperrt und sie dort beschört. Wenn einer kein Geständnis abgelegt, wird er einfach aufs gründlichste mit der Knute bearbeitet oder der Landeshauptmann erteilt ihm ein paar tüchtige Faustschläge ins Gesicht. Einen fragte er: Warst Du mit beim Aufstand? Die er sagt: nein! Da fuhr ihm der Landeshauptmann so gründlich über die Nase, daß gleich einige dabei herausliefen. Die Verhafteten werden mit blaugelbten Säbeln gefesselt, erhalten keine Nahrung; wenn man nichts bei sich hat, kann man vor Hunger trepiereien. Schickt uns nur schneller Hilfe. Wendet Euch an die anderen Mächte, daß sie sich unserer annehmen. Schafft uns Waffen her, dann werden wir selbst kämpfen. Sagt den Studenten, daß sie auf all das ihr Auge richten, sonst geht es mit uns zu Ende.

Ueber den Widerstand der Revolutionäre

verbreitet ein Flugblatt der „Tribune Russe“:
In Tomsk (Sibirien) wurde in der Nacht vom 18. zum 19. März eine geheime Druckerei der Sozialisten-Revolutionäre aufgehoben. Die Drucker leisteten bewaffneten Widerstand. Eine Frau bewies dabei ganz besonderen Heldennut. Man schoß mit Revolvern auf die Gendarmen. Dann kamen Kofalen.

Die Belagerten konnten sich bis auf den anderen Morgen halten. Sie wandten sich an die Soldaten mit flammenden Worten. Gegen Morgen wurden die Türen eingeschlagen. Die Revolutionäre schossen nicht auf die Soldaten, sondern auf die Aufhänger, der Kampf dauerte nicht lange, die Kräfte waren ungleich. Man verhaftete zwei Männer und eine Frau. In die Hände der Polizei fielen 1000 Exemplare einer Broschüre, die betitelt war „Die Ästen der Kampforganisation“, und eine Broschüre, die jüngst über Sapon abgefaßt wurde. Im Zusammenhang mit diesem nächtlichen Angriff wurden verschiedene Verhaftungen vorgenommen.

Die „Schwarze Bande“.

Die Moskauer Polizei organisiert energisch die „Schwarze Bande“. In allen Spekulation sucht sie verkommene Elemente als die „echten Russen“, als „Patrioten“, als „Verteidiger des Thrones“ in ihre Dienste zu locken. Dieser Abzweig der Gesellschaft ist die letzte Hoffnung, der letzte Trumpf, auf den die Selbstherrlichkeit rechnet. Die schrecklichsten Verächte wurden langiert; anonyme Drohbriefe wurden an die hervorragenden „Liberalen“ gerichtet. Die Polizei geht sogar soweit, daß sie falsche revolutionäre Proklamationen in Umlauf setzt, um Manifestationen hervorzurufen. Die Polizei wollte am 1. März die Massakrierung der politischen Gefangenen unternehmen. Die Türen der Gefängnisse wurden breit für die Gendarmen geöffnet, jeder der „Arouligans“ hat an diesem Tage 1 Rubel 50 Kopeken erhalten. Gegen Witternacht wurden die Polizeirevierausseher dringend zu dem Präsesien von Moskau gerufen, der ihnen die Order gab, die Unruhen, die für den 1. März bestimmt waren, auf einen anderen Tag zu verlegen! (wörtlich).

Die Bewohner Moskaus besitzen Beweise, daß die Polizei eine Bande von mehr als 10000 Strolchen organisiert hat.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplay.

Keine Seeschlacht.

Amsterdam, 13. April. Das „Dandelsblad“ bringt heute folgende Depesche aus Batavia: Die Nachricht von einem Kampfe bei den Anamba-Inseln wird nicht bestätigt.

Amsterdam, 13. April. Das „Dandelsblad“ erhält von seinem Korrespondenten aus Batavia nachfolgende Depesche: Am nachmittags des 11. April wurde eine Flotte von 45 Schiffen unter 8 Grad 37 Minuten nördlicher Breite und 108 Grad 35 Minuten östlicher Länge gesehen.

Danach befand sich die russische Flotte zur angegebenen Zeit im südchinesischen Meer, offenbar in der Richtung nach einem Hafen Französisch-Südchinas. Schlachten werden also in den nächsten Tagen kaum zu erwarten sein. Man muß immer die ungeheuren Entfernungen bedenken. Befindet sich doch die russische Flotte noch immer 2500 Kilometer südlich von Formosa und den Pescadore-Inseln, wo angeblich die japanische Hauptflotte stationiert sein soll!

Petersburg, 13. April. (Bureau Herald.) Aus absolut sicherer Quelle verlautet, daß Koschdjestwenski mit den größten Schiffen seiner Flotte vor dem Geschwader, welches auf der Höhe von Singapore angelangt ist, fährt. Einige weitere Telegramme scheinen diese Nachricht zu bestätigen. Man ist überzeugt, daß die russische Flotte, welche die Kreuzung von Malakka passiert hat, Saigon zum Ziele hat, wo 70000 Tonnen Kohle für sie in Bereitschaft stehen; dieselbe dürfte ferner Shanghai anlaufen, wo weitere 50000 Tonnen Kohle zu ihrer Verfügung gehalten werden. Hier greift immer mehr die Ansicht Platz, daß die bevorstehende Seeschlacht in der Nähe der Pescadore-Inseln oder bei Formosa stattfinden wird. Die Hafenbehörden von Wladivostok haben Befehl erhalten, sämtliche Kriegsschiffe bereit zu halten, um dem Geschwader Koschdjestwenski entgegenzufahren, sobald dasselbe signalisiert wird.

London, 13. April. „Daily Telegraph“ meldet aus Singapur: Die Stelle, wo der hier angelommene englische Kreuzer „Sutley“ die nordwärts steuernden russischen Kriegsschiffe passierte, war etwa 550 Meilen nordöstlich von Singapur.

Denselben Wirt wird aus Tokio telegraphiert: Die Japaner sind begierig darauf, der russischen Flotte eine entscheidende Schlacht zu liefern. Die gesamte Armierung der japanischen Schiffschiffe ist erneuert worden. Wenn es an der Zeit ist, wird man Togo nicht weit von Formosa oder den Pescadore-Inseln finden.

An der höchsten Bondsbehörde trat gestern Kurdrückung ein. Der Premierminister, der Kriegsminister und die Chefs mehrerer Ministerialabteilungen hielten heute eine wichtige Beratung ab.

In den Militärkrankenhäusern von Hiroshima ist am 10. d. M. eine Person an Pest gestorben. Aus verschiedenen Orten Japans werden 5 Pestfälle gemeldet; es sollen daher in Tokio alle Personen unter 50 Jahren der Schutzpocken-Impfung unterzogen werden.

Mandschurische Scharmütel.

Petersburg, 13. April. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In einem Telegramm des Generals Linewitsch an den Kaiser vom 12. d. M. heißt es: Am 11. d. M. eröffnete die Artillerie einer unserer Abteilungen das Feuer gegen das Dorf Kantschendzh, das von den Japanern besetzt war. Gegen einständiger lebhafter Beschichtung des Dorfes wurde dasselbe von den Japanern geräumt und von unserer Abteilung besetzt.

Am 9. d. M. wurde auf dem linken Flügel unsere Kavallerie-Korpsabteilung bei Tsouangou von den Japanern, die durch Schusswunden verstarbt waren, bis Kantschendzh zurückgeworfen. Nach einem Gewehrfeuer zogen sich die Japaner südlich zurück und Kantschendzh wurde von neuem von uns besetzt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. April.

Instruktionen gegen den inneren Feind.

In unserem gestrigen Leitartikel wiesen wir darauf hin, daß die aus dem absoluten Staat stammenden Instruktionen über den militärischen Waffengebrauch im Frieden ihren gemeingefährlichen Charakter besonders in den Instruktionen über den Waffengebrauch zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der dem Gesetz schuldigen Achtung offenbaren. Wir bemerkten bereits, daß sich an dieser Verordnung aus dem Jahre 1895 nichts geändert hat, außer die „sinngemäße Anwendung“ auf die moderne Arbeiterbewegung. In der mehrfach von uns zitierten Schrift von Endres über den militärischen Waffengebrauch wird nun höchst anschaulich ein solcher Fall geschildert. Wir lassen das „Beispiel“ wörtlich folgen:

„In einer Fabrikstadt entstehen anlässlich eines Streiks Unruhen, Zusammenrottungen auf der Straße mit Gewalttätigkeiten gegen Arbeitswillige. Die Polizeimannschaften vermögen die Ruhe, Ordnung und Sicherheit nicht allein aufrecht zu erhalten. Der Polizeipräsident richtet an die Kommandantur als oberste Militärbehörde der Stadt das Ersuchen, zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung für den nächsten Abend von 6 Uhr ab in das Arbeiterviertel eine Militärabteilung abzuordnen zu wollen. Die näheren Sachverhältnisse bezüglich Verlässlichkeit, Ausdehnung der Zusammenrottung in numerischer Hinsicht, Grad der Aufregung, Anzahl der zur Verfügung stehenden Polizeimannschaften sind in dem Ersuchsschreiben enthalten. Die Kommandantur veranlaßt das 2te Infanterie- und 2te Kavallerie-Regiment zur Absendung von zwei Kompanien, bezw. einer Eskadron. Die Truppen rücken zwischen 5 und 6 Uhr an den ihnen näher bezeichneten Ort der Zusammenrottung und besetzen den Platz, sowie die feindlichen Jünglinge zu demselben. An dem Plage hat sich auch ein Polizeibeamter als Abgeordneter der Zivilbehörde eingefunden, desgleichen etwa 20 Schulleute. In der Hauptstraße des Stadtteils drängt sich eine johlende Volksmenge bis dicht an die Schugmannsstraße heran. Die Versuche der Schulleute, die Menge zurückzudrängen, mißlingen und werden mit Hohnlächer und Drohungen erwidert. Der Zivilbeamte läßt die Schulleute angehtsch der Vergeßlichkeit ihres Vorgehens sich zurückziehen. Auf Anordnung des Militärbefehlshabers schlägt ein Tambour einen Hirsel und der befehligende Offizier fordert die Menge zum ruhigen Auseinandergehen auf mit den Worten: „Ich fordere die Versammelten auf, ruhig auseinanderzugehen, da ich sonst von der Waffe Gebrauch machen muß! Die Aufforderung wird mit Lachen erwidert und bleibt erfolglos. Darauf nach kurzer Pause zweiter Trommelwirbel und zweite gleiche Aufforderung. Bei deren Nichtbefolgung nach kurzer Pause dritter Trommelwirbel und dritte Aufforderung mit den Worten: „Ich fordere die hier Versammelten zum dritten und letztmalig auf, ruhig auseinanderzugehen, da ich sonst von der Waffe Gebrauch machen muß!“ Da auch diese Aufforderung fruchtlos bleibt, befehlet der Befehlshaber nunmehr der Eskadron, auf die Menge anzureiten und mit der flachen Klinge einzuschlagen. Der Erfolg ist nur ein vorübergehender, denn die für den Augenblick rückwärts in die Seitenstraßen und die Häuser zerfliehende Menge sammelt sich alsbald wieder und die Reiter kommen in Gefahr, von der Menge umzingelt zu werden. Der Befehlshaber läßt daher die Eskadron hinter der Infanterie sich aufstellen und eine Kompanie in Straßenbreite mit aufgepflanztem Seitengewehr vorrücken. Die Mannschaften erhalten vorher den Befehl, die etwa zum Weggehen sich anschickenden Leute lediglich zurückzudrängen, gegen die sich Widerlegenden aber das aufgepflanzte Seitengewehr als Stoßwaffe zu gebrauchen. Nach anschließendem Zurückweichen sätet die Menge jedoch wieder vor, so daß die blanke Waffe nicht mehr als ausreichend erscheint, um so weniger, als Leute das Straßenpflaster aufzureihen begünnen. Der Befehlshaber läßt einen Zug unter lauter, nachdrücklicher Betonung des Kommandos laden und eine Salve abgeben. Hierauf sätet die Menge und wird von der Kavallerie vollends auseinandergetrieben.“

Man beachte: in dieser ganzen Darstellung handelt es sich um keinerlei wirklichen Widerstand gegen die Truppe. Gewalttätigkeiten von Arbeitswilligen“ werden vorausgesetzt, dann tritt nur noch eine Masse, die jöhlt, droht und nicht auseinandergehen will in die Erscheinung. Keine tatsächliche ernsthafte Bedrohung wird in diesem Beispiel vorausgesetzt und doch endigt die Szene instruktionsgemäß damit, daß die Infanterie in die wehrlosen Massen hineinschießt und die Kavallerie das Werk vollendet. Wird die Truppe etwa von der Menge mit Steinen beworfen, so werden nicht einmal so viel Umstände und Vorbereitungen notwendig gemacht; dann wird sofort geschossen. Im § 9 der Verordnung vom Jahre 1895 heißt es: „Wird der bewaffnete Nacht tätlicher Widerstand entgegengesetzt, oder sogar auf dieselbe mit Waffen oder anderen gefährlichen Werkzeugen Angriffe unternommen, wird mit Steinen oder anderen Gegenständen nach derselben geworfen, so ist die bewaffnete Nacht auf Anordnung ihres Befehlshabers von der Schutzwaffe Gebrauch zu machen befohlen.“

Und das von Endres angeführte „Beispiel“ verschärft diese Bestimmungen noch insofern, als sie dahin ausgelegt wird, der Befehlshaber lasse mit Recht sofort feuern; das „soweit“ ist gesperrt gedruckt.

Es ist an der Zeit, daß man endlich von Gesetz wegen diese Befugnisse des Militärs, Todesurteile zu fällen und zu vollstrecken, wenigstens einigermassen den Ansprüchen eines konstitutionellen Staates gemäß reformiert. —

„Verschleppungstaktik“.

In konservativen und nationalliberalen Blättern wird Klage geführt, daß die Militärpensionsgesetze im Reichstage nicht Anstalt zu schneller Erledigung haben. Es wird weiter die Verdächtigung ausgesprochen, daß insbesondere das Zentrum mit den Pensionsgesetzen eine absichtliche Verschleppungstaktik verfolgte. Und hier und da haben sich diese Beschwerden gar zu dem grotesken Gerüde entwickelt, daß durch den Vorwand der nicht zu vollendenen Militärpensionsgesetze die Vertagung des Reichstages der Regierung abgenötigt werden solle, damit — die Abgeordneten im Sommer die freie Eisenbahnfahrt behalten.

In der „Nationallib. Korresp.“ werden dabei die Mitglieder der nationalliberalen Partei ermahnt, die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, welche leider einer schnelleren Erledigung dieser Aufgabe in den Weg getreten sind. Die „National-Zeitung“ fügt dieser Aufweisung, unter Hinweis auf Ausführungen der „Königlichen Volkszeitung“, hinzu:

„Also das Zentrum diktiert Vertagung des Reichstages etwa gegen Ende Mai und Hinausschiebung der Entscheidung über die Militärpensionsvorlage bis zum Herbst, wo möglicherweise mit dem Scheitern der Finanzreform das Zentrum auch das Militärpensionsgesetz in den Drusus wirft.“

Ähnlich behandelt das offizielle Organ der konservativen Partei diese Angelegenheit. „Es wäre traurig genug“, sagt es, „wenn ein solcher Aufschub der so dringend notwendigen Reformarbeit auf dem Gebiete der Versorgung alter Militärs um ein Jahr eintreten müßte. ... Will der Reichstag aus einer Verschleppung dieser wichtigen Angelegenheit hinarbeiten?“ Die konservative Korrespondenz“ erhebt dann die Forderung, daß die Pensionsentwürfe noch in dieser Session verabschiedet werden.

Wir müssen das Zentrum schon deshalb gegen diese unberechtigten Vorwürfe schützen, weil es überhaupt nicht wahr ist, daß das Zentrum Schuld daran trägt, wenn die Militärpensionsgesetze in diesem Tagungsabschnitt nicht zu Ende beraten werden können. Und wenn die „Königliche Volkszeitung“ die unvermeidliche Vertagung des Reichstages streift, so ist es doch völlig ungehörig, ohne jeden zureichenden Grund auf die kleinlichen Motive schließen zu wollen. Dabei ganz abgesehen werden mag, daß die Vertagung des Reichstages statt des Schlußes der Session nicht nur keinerlei Schaden bringt, vielmehr vom parlamentarischen Standpunkt als Regel erstrebt werden muß.

Wie steht die Angelegenheit in Wahrheit? Die Schuld daran, daß die Militärpensions-Gesetze nicht in der Schnelligkeit, die wünschenswert wäre, erledigt werden können, liegt allein bei der Regierung und gerade denjenigen Parteien, welche jetzt jene Klagen erheben. Diese Gesetze bringen zu allen anderen militärischen Ausgaben erhebliche Neubelastungen des Pensionsetats. Wenn diese neuen Belastungen aber um der zu ungünstig gestellten Militärpensionäre willen sowie um der militärischen Schlagfertigkeit willen — welches Moment von der Regierung besonders in den Vordergrund gestellt wird — eine Notwendigkeit sind, so besteht eine mindestens eben so große Notwendigkeit, diejenigen Steuerquellen anzugeben, aus denen die erforderlichen Summen geschöpft werden sollen. Die Regierung hätte diese Vorlage nicht einbringen dürfen ohne Angabe, woher die nötigen Summen genommen werden sollten! Insbesondere von sozialdemokratischer Seite ist auch sofort bei der ersten Lesung der Pensionsgesetze vor Beibehaltung im Reichstage erklärt worden, daß der Reichslanzler die Verpflichtung habe, endlich die besitzenden Klassen des Reiches heranzuziehen, um solche notwendigen Ausgaben zu decken. Die Regierung aber wie die Konservativen und Nationalliberalen, die Parteien von „Besitz und Bildung“ haben jede Erörterung über diese elementare Vorfrage verweigert. So mußte es kommen, daß die Angelegenheit bisher nicht recht von der Stelle gelangen konnte.

Dazu kommt, daß die Materie der Militärpensionsgesetze eine überaus verwickelte und schwierige ist, deren Durchberatung im Hurratempo für jede gewissenhafte Partei unmöglich ist. Es kann daher in keiner Weise davon die Rede sein, daß die Anträge, welche vom Zentrum in der Budgetkommission zur Beschaffung ausfallender Materials gestellt wurden, aus unsächlichen Neben Gründen und Verschleppungsabsichten erfolgt sind. Vielmehr ist das geforderte Material durchaus notwendig zur sachlichen Beurteilung. In der Kommission selbst haben sich auch die Vertreter der konservativen und nationalliberalen Partei nicht nur zur Anforderung dieses Materials zustimmend erklärt, sondern auch selbst derartige Wünsche geäußert.

Die Frage der Vertagung des Reichstages ist also lediglich im Interesse des Zustandekommens der Militärpensionsgesetze aufgeworfen, da ohne Vertagung die bisherigen und nach Ostern fortzuführenden Arbeiten der Budgetkommission verloxen gehen würden. Wie wenig der Hinweis auf die Notwendigkeit der Vertagung Anlaß geben kann, Verschleppungstaktik zu wittern, zeigt vollends die Tatsache, daß in der Budgetkommission Uebereinstimmung herrscht, es sei das Inkrafttreten der Gesetze auf den 1. April 1905 zurückdatieren, wofür nur bezüglich des Inhalts der Gesetze selbst und in der Frage der Kostendeckung eine annehmbare Lösung gefunden wird.

Wenn endlich die „National-Zeitung“ die dunkle Aussicht eröffnet, daß das Zentrum im nächsten Herbst mit der Finanzreform auch das Militärpensionsgesetz in den Drusus werfen würde, so ist festzustellen, daß die Nationalliberalen und Konservativen es in ihrer Hand haben, diese zu verhindern. Es ist nur nötig, daß sie eine Finanzreform fördern, welche für diejenigen Parteien annehmbar ist, die einer neuen Belastung der breiten Volksmasse Widerstand leisten.

Es ist das erbärmlichste Spiel, das die „nationalen“ und „patriotischen“ Parteien betreiben: Sie fordern Verbesserung der Pensionen als dringliche Aufgabe des Reiches und machen zugleich die Erfüllung dieser Aufgabe unmöglich, indem sie dem Reich die wichtigsten Steuerquellen verschperren!

Bei Hofe.

In Koburg tobt wilde Erregung, weil der Herzog seinen wesentlichen Wohnsitz nach Gotha verlegen will. Die gefestigte Fürstentum der Koburger ist plötzlich schwer erschüttert, da mit dem Wegzug des Herzogs der Hoflieferant einiger Verdienst zu entgehen droht. Sie ist so sehr erschüttert, daß die Allergetreuesten sich nicht scheuen, das zu tun, was in anderen Fällen als sozialdemokratischer Frevel schwer verdammt wird. Das „Koburger Tagebl.“ veröffentlicht den Privatbrief eines Herrn aus der nächsten Umgebung des Herzogs, der das höfische Wesen fern von all den phantastischen Idealen kennzeichnet, mit denen es sonst zum Staunen der Menge aufgeputzt wird. Der nette Brief lautet:

„Laufend Dank für eben empfangenen Brief. Ich sende dies opus erst ab, nachdem Wangenheim, der sich zur Besprechung angemeldet, hier war. Ich hoffe, meinnetwegen verhält man sich ganz feil — da andererseits der Kaiser niemals umguzummen sein würde. Am 19. J. (19. Juli ist der Regierungsantritt des Herzogs) mag man doch noch einmal an S. M. mit qu. Frage herantreten.“

Ich freue mich, daß Ihnen der Herzog Galarod geschenkt — also wird neues Muster scheinbar eingeführt und Sie tragen selbiges als Erster (Kammerherr). Wie geplant, werden Sie zunächst die Theaterintendant „beauftragt“ erhalten, hoffentlich, und später erst endgültig zum Intendanten ernannt werden. Die dann notwendige Veränderung des Galarod (Messorides) besteht nur in einem Hinzufügen ausgebeuteter Schindels.

Der neue Kampf „Hofämter“ ist arg. Der Trieb des Landtages charakteristisch, ebenso wie man sucht, den Herzog zu zwingen.

Was geschieht denn? Die Residenz des Herzogs wird gar nicht verlegt, alles bleibt ja beim alten — nur vierzehn Familien siedeln nach Gotha über. Allerdings Steuerverlust für Koburg. Für Herzog aber große Vorteile durch Zentralisierung, Verminderung der Diätensumme, da er doch in Gotha + Jagd-ausenthalten + Reisen die größte Zeit des Jahres von Koburg fern ist, also nicht für diese Zeit, sondern nur noch für die kurze Koburger Zeit Diäten zu zahlen braucht. Endlich aber zieht er tüchtige Beamte (mit Familie) an sich nur, wenn diese in Gotha domiciliert werden (namentlich wegen besserer Reiseverbindung, größeren Gesellschafts-kreis, reicherer Geselligkeit und geistiges Leben). Ich habe dies so recht erfahren, als ich im Auftrage des Herzogs Personen für die verschiedensten Stellen suchen mußte.

Hoffentlich bleibt der Herzog standhaft im Interesse seiner Verwaltung, seiner Beamten, seiner Kasse — und zeigt andererseits später den Koburgern, daß er viel für sie übrig hat und für sie tut (soweit es seinen Interessen nicht entgegenläuft.) Gute Nacht edler Freund!

Nichts Neues nach Besprechung mit Stuno, der eben abreiste.“ Der Empfänger des Briefes ist der frühere Hoftheater-Intendant Kammerherr v. Hart, Gotha, der als „kommender Mann“ gilt. Das Brieflein zeigt, welche Sorgen das Hofleben bringt: Galarod — neues Muster — Änderung des Galarod durch ausgebeuteten Schindl. Das Brieflein zeigt aber auch, daß man bei Hofe, nicht anders als in Koburg, das Verhältnis zwischen einem Fürsten und der Bevölkerung ebenso auf Wargeld zurückführt.

Der Koburger Landtag, der den Streik der Gesetzgebung androht, wenn der Herzog der Stadt seine Einkünfte entzieht, und die Hofleute, welche das Wirken eines Herzogs von dem Vorteile seiner Privatkasse abhängig machen — ein wunderbares Schauspiel von deutscher Monarchie!

Rebellen tritt auch der Kaiser auf. Die Anspielung auf ihn ist nicht verständlich. Jedemfalls müssen arhergewöhnlich befehlige Empfindungen des Kaisers in Frage sein, wenn der Briefverfasser meint, er sei in dieser Sache „niemals umguzummen“. —

Der gefährliche Grobherzog. Herr Dertel ergiebt in der „D. Z.“ zornige Klage ob des „gefährlichen Spieles“, das in Hessen Grobherzog und Regierung betreiben. Wir erzählten, daß der heftige Finanzminister Gnauff die Ausführungen unseres Genossen Ulrich als „ein gesundes Gegengift“ gegen das Lamento der wohlhabendsten Klassen über drückende Steuerlast bezeichnet und daß der Grobherzog diesem Minister erneut volles Vertrauen ausgesprochen habe. Der Vorgang, meint der agrarische Feld, sei „geeignet, in den Kreisen der ruhigen staatsbehaltenden Bürgerschaft Bedenken und vielleicht sogar Verwirrung anzurichten“. Herr Dertel schildert alsdann ausführlich die Gefährlichkeit der Sozialdemokratie, mit der es eine Auslösung nicht geben kann, und bietet sich und die Seinen als zuverlässigste Monarchisten an: „Wer, wie wir, unbedingt auf dem Boden der Monarchie steht, wer die monarchische Verfassung nicht nur für notwendig, sondern für die beste und geistlichste hält, der hat die unabwiesbare Pflicht, auf diese Gefahr hinzuweisen.“

Leider ist der Eifer der „Deutschen Tagesztg.“ des Herrn Dertel für jenes Wort umgekehrt, daß die Bauern vor den Thronen nicht Halt machen würden, wenn nicht genug Hölle höhnung gewährt würde. Jetzt behauptet das bündlerische Blatt in allzu aufgetragenem Pharisäer sein „unbedingten“ Monarchismus, um desto eifriger gegen einen Monarchen vorzugehen, welcher sich erdreiste, die widerwärtigen Klagen der Wohlhabenden über drückende Steuerlast ein wenig zurückzuweisen. Das Dertelblatt schätzt die Monarchie so verächtlich ein, daß sie nur für die volksfeindlichste Reaktion ihre Stimme erheben dürfe. Versuche aber die Monarchie ein wenig das Joch dieser dreifachen Zumutungen zu erleichtern, so scheut der agrarische Monarchismus nicht vor der Majestätsbeleidigung, daß sie „gefährliches Spiel“ treibe und in der Bürgerschaft Verwirrung anrichte. So versucht das Agrariertum jede freiere Regierung der Throninsassen zu lästern und zu bedrohen. Man vermag daraus zu schließen, wohin der Monarchismus der „D. Z.“ geraten würde, wenn ein Fürst gründlichen Schutzes der Arbeiterinteressen vor Junfergetölk durchzuführen gedächte! —

Ueber Vorgänge in der Toleranzkommission des Reichstages geht ein Bericht durch die Presse, der Mißverständnisse zu erzeugen geeignet, wenn nicht bestimmt ist. Danach soll Genosse Wolmar das Fortbleiben der meisten Parteien von den späteren Sitzungen der Kommission dahin erklärt haben: „Der Evangelische Bund stehe dahinter, weil man befürchte, daß die evangelische Kirche den Wettbewerb nicht aushalten könne; es seien Versuche unternommen worden, auch die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder vom Erscheinen abzuhalten“. In Wirklichkeit hat Wolmar vom Evangelischen Bund kein Wort gesagt, sondern nur ausgeführt, daß Veröffentlichungen von protestantisch-theologischer Seite die Furcht zeigen, daß die protestantischen Landeskirchen ohne den besonderen Schutz des Staates dem Wettbewerb mit dem Katholizismus nicht auszuhalten vermöchten und deshalb tüchtigsterweise dem Toleranzantrag feindlich gegenüberstehen. Im übrigen ist tatsächlich sozialdemokratischen Kommissionsmitgliedern von freisinniger Seite nahe gelegt worden, ob man nicht die Beratung des Toleranzantrages beim § 9 — Freiheit aller Religionsgesellschaften in Ausübung ihres Kultus — abbrechen und Schluß machen solle. —

Die Totbetung der Sozialdemokratie. Von Zeit zu Zeit entwickelt in der „Kreuzzeitung“ ein aktiver Offizier, Generalleutnant J. D. v. Herzberg, seine frommen Sorgen über das Umsichgreifen des Teufels, will sagen der Sozialdemokratie. Der bibelsteife Mann hat den Vorzug, daß er die Sozialdemokratie nicht durch Hölle auszuheulen und durch das Allenalibrige niederzuarbeiten, sondern durch Totbeten aus der Welt zu schaffen sucht. Am Sonntag Judica 1905 gab dem Ratten der heilige Geist das Folgende ein:

„Auf die Sünde der Juden folgte alsbald die Strafe in der Zerstörung Jerusalems, der Zerstreuung des Volkes in alle Winde und dem Verluste des Gnadenreiches. Mit unserer Untreue hat der barmherzige Gott noch immer Geduld gehabt, als wollte Er uns durch seine große Güte zwingen, abzulassen von unserer Missetat. Und doch führen wir schon in dem Auftreten der falschen Propheten, in dem Abfall der Massen und in dem Wachsen der gottlosen Umherwanderer die Drohung des eifrigen Gottes. Er könnte uns nehmen, was uns das Höchste und Teuerste ist, Sein unbarmhartes Wort.“

„Gewiß, die Gefahr ist so groß, daß wir nicht oft genug das „Videant consules etc.“ rufen können. Unsere Wächter und Richter brauchen sich ja nicht mit Pilatusfragen aufzuhalten, denn sie sind im Besitze der absoluten Wahrheit: „Und wir haben geglaubt und erkannt, daß du bist Christus der Sohn des lebendigen Gottes“, und das „Wohlauf, wohlauf, zieh' Nacht an, du Arm des Herrn!“ steht auf ihrer Seite.“

Vor allem aber rufen wir den höchsten Richter an: „Nichte mich, Gott, und führe meine Sache wider das unheilige Volk!“

„Und die „Kreuzzeitung“ druckt es mit erster Miene ab. Sie muß solche — Heilige unter ihren Lesern haben, daß sie die Veröffentlichung wagt.“

Wer die „Wächter und Richter“ sind, die im Besitze der absoluten Wahrheit sind, ist uns nicht ganz klar geworden; wir vermuten bis zum Beweise des Gegenteils: Bälou und seine Leute! —

Ein Schönheitsfehler des Zolltarifs. Man schreibt uns: Den schleswig-holsteinischen Agrariern ist es gelungen, eine Lücke im deutschen Zolltarif zu entdecken. Die Brotwuchermehrheit des Reichstages scheint es nämlich in gerabezu unbegreiflichem Leichtsinne vergesen zu haben, dem Rahm (Sahne) ihre liebevolle Aufmerksamkeit zu schenken. Infolgedessen sind findige Geschäftsleute auf den Gedanken gekommen, an der nordschleswigschen Grenze eine große Molkerei anzulegen, die aus Dänemark importierten Rahm zu Butter verarbeiten soll, um auf diese Weise den Butterzoll zu umgehen. Das Organ der schleswig-holsteinischen Landwirtschaftskammer, das „Landwirtschaftliche Wochenblatt“, schlägt über dieses Projekt großen Lärm. Es macht der Wuchermehrheit des Reichstages scharfe Vorwürfe, daß sie seinerzeit dem Vorschlag der schleswig-holsteinischen Landwirtschaftskammer, einen Zoll von 10—15 Mark pro 100 Kilogramm auf Rahm zu legen, nicht nachgegeben ist. Der Regierung wird nichts übrig bleiben, als dieses Loch im Zolltarif durch ein Rotgefäß zu stopfen, oder aber die dänische Grenze nicht nur für Vieh, sondern auch für Rahm zu sperren. —

Kinder im Gefängnis. Zu sechs Monaten Gefängnis verurteilte die Göttinger Strafkammer einen zwölfjährigen Schulknaben, weil er in einem Zeitraum von über einem Jahre als Brotansträger einen Teil des Brotgeldes von den Kunden einlieferte, ohne den Betrag an den Bäckermeister abzuliefern. Das Gefängnis wird auf das Kind gewiß sehr veredelnd wirken! —

Ein Heberwestpolitiker. Man schreibt uns aus München: Der am Mittwoch vom Landgericht München I wegen Betruges und Urkundenfälschung zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilte praktische Arzt Dr. Ivan Braunstein, der noch wegen des Verdachtes der Vergiftung seiner Gattin sich in Untersuchungshaft befindet, hat es verstanden, in der Gesellschaft „Eindrud“ zu machen. Mit Vorliebe erzählte er am Quartier von seinen als Schiffsdarzt gemachten Reiseerlebnissen und er unterließ niemals, die Notwendigkeit einer starken Flotte für Deutschlands Großmacht herbeizuführen. Er huldigte zugleich den Bestrebungen des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und gründete als moderner Uebermensch in Halle a. S. einen Klub sogenannter Rieyscheaner, zu dessen Vorsitzendem er gewählt wurde. In München glänzte er in verschiedenen Wohl-

tätigkeitsbereinen, und hier schilderte er gern mit beredten Worten die Pflichten der „Gesellschaft“ gegenüber der leidenden ärmeren Klasse.

Herr Dr. Ivan Idor Braunstein war also ein Ordnungsmensch vom Scheitel bis zur Sohle. Diese Eigenschaften sowie sein Leutnantenpatent, das allerdings durch seine dreijährige Gefängnisstrafe wegen 45 Vergehen des Diebstahls nicht mehr blank war, befähigten ihn also, um die Hand einer vermöglichen Rittergutsbesitzerin Tochter anzuhalten. Es war eben eine „ebenbürtige“ Verknüpfung.

Uebrigens stehen seine weltpolitischen Reigungen weniger in Widerspruch mit seinem privaten Charakter als die Wohlthätigkeits-Christerei. Er hat vielmehr offenbar nur konsequenter, wenn auch gefährlicher Weise die leitenden Grundzüge aller kapitalistischen Welt- und Kolonialpolitik auf sein Privatleben übertragen, ohne zu berücksichtigen, daß dergleichen Einfälle nur in Afrika gestattet sind. —

Agrarische, Kerisale und demokratische Sozialpolitik.

Stuttgart, den 13. April. (Priv.-Tel.)

Zwei Sitzungstage verbrachte der Landtag mit der Erörterung landwirtschaftlicher Detailfragen. Nebenher wurde wiederum die Erziehung von Landwirtschaftsbeamten gefordert, für die gerade in Württemberg mit seinen vielen räumlich unterworfenen landwirtschaftlichen Organisationen laum ein praktisches Bedürfnis vorhanden ist. Dieselbe agrarische Partei aber, die für sich immer neue Forderungen an den Staatsfiskus stellt und sich bewilligt, führte bittere Klagen über die zu hohen Unfallsrenten der landwirtschaftlichen Arbeiter und meinte, es sei nicht nötig, daß man für jedes Fingerglied, das ein Anecht verliert, Renten zahle. Daß diese brutale und herzlose Bestimmung gegenüber den Arbeitern nicht nur beim Bauernbund, sondern auch in der süddeutschen Volkspartei zu finden ist, zeigte in der heutigen Sitzung die Rede des Volksparteilers Henning bei der Beratung der Etatsposten für die Zentralfstellen für Gewerbe und Handel. Nach einer beweglichen Klage über die unerträglichen Lasten der Industrie für die Arbeiterversicherung schimpfte der demokratische Volksvertreter über die Arbeitsscheuen, Arbeitslosen, die die Landstraßen bevölkern und durch ihre Betteln im Winter die Bürger in den Städten belästigen. Er forderte energische Polizeimaßregeln gegen die Landstreicher. Von den drei Herrn Henning folgenden volksparteilichen Rednern hielt keiner es für nötig, die Gemeinschaft mit diesen Auswüchsen abzulehnen.

Um so schärfer leuchtete Genosse Keil der volksparteilichen Sozialpolitik heim, die das Ziel in der Arbeitslosenfrage durch Politikern und Landjäger steht, anstatt in sozialen Reformen, in Verkürzung der Arbeitszeit und auskömmlichen Löhnen.

Auch in die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums konnte man einen Einblid tun, als Genosse Keil Beschwerde darüber führte, daß die von der Regierung geschaffene Arbeitervertretung in der Zentralfstelle (4 Arbeitervertreter in einem Kollegium von 35 Mitgliedern) in ihrem An und für sich nicht allzu hohen Werte noch weiter betäubt werde dadurch, daß nur Arbeiter, die im Arbeitsverhältnis stehen, wählbar sind. Gegen den von Keil gestellten Antrag auf Streichung dieser Bestimmung witterte der Abgeordnete Gröber und schalt über die Sozialdemokraten, denen es nicht um Wahrung der Arbeiterinteressen, sondern um Plätze für Agitatoren zu tun sei. Selbst dem Abgeordneten Hieber ging diese vorwiegend politische Demagogie zu weit und er meinte, es handele sich doch wohl nur darum, geschulte Beauftragte der Arbeiter den Zutritt zu ermöglichen. Genosse Keil kennzeichnete die Doppelzüngigkeit des Zentrums und trieb Gröber arg in die Enge durch die Aufzeichnung des Gegensatzes zwischen der salbungsvollen Arbeiterfreundlichkeit, von der auch Gröbers heutige Rede trieb und der absoluten Unzuverlässigkeit des Zentrums, wenn es gelte, zu handeln. Trotzdem Gröber schon vor vier Jahren in einer Landtagsrede für Beschaffung von Arbeiterkammern durch die Landtagsgesetzgebung eingetreten sei, wenn die Reichsgesetzgebung nicht binnen Jahresfrist solche geschaffen habe, habe das Zentrum bisher alle dahingehenden Anträge der Sozialdemokraten im Landtage niederstimmen lassen.

Auch der Minister des Innern ergriff das Wort, um sich den Gröberischen Argumenten gegen den Antrag Keil anzuschließen und tat überrascht, daß Arbeitervertreter davon Anstoß nehmen, daß nur altide Arbeiter gewählt werden dürfen. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Keil mit allen gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. —

Südwestafrikanische Verluste.

Berlin, 13. April. Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Reiter Gustav Freudenreich, geboren am 8. 6. 81 zu Alt-Sollau, früher im Infanterie-Regiment Nr. 147, am 8. April im Lazarett Stokolomund am Typhus gestorben.

Im Besitze in der Gegend von Hurub am 21. 8. 05 gefallen: Gefreiter Wilhelm Meyer, geboren am 23. 12. 76 zu Dörfenweiler, früher im Husaren-Regiment Nr. 14.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Ungarisches Abgeordnetenhaus.

Dem Hause wurde am Donnerstag der Adressentwurf der koalirten Linken vorgelegt; in demselben wird auf die schweren Schäden hingewiesen, welche der Nation auf wirtschaftlichem Gebiete drohen, wenn Ungarn jetzt infolge des ex lex-Justandes nicht insstande sei, seine Interessen mit dem gehörigen Nachdruck zu vertreten, und die Krone gebeten, möglichst bald eine Regierung zu ernennen, die auf die Unterstützung des den nationalen Willen repräsentierenden Abgeordnetenhauses rechnen könne.

Abg. Göttös begründet seinen Antrag auf Wählbälligung gegen Tisza und Berzel, gegen Tisza, weil er die Pension Berzels von 8000 auf 15 300 Kronen erhöhte. (Stürmische Entrüstung links.) Redner fragt, was Tisza noch auf dem Ministerpräsidentensessel suche. Tisza erwidert, solange die Nachfolger nicht ernannt seien, erfüllten die Minister ihre Pflicht, wenn auch die unangenehmste Pflicht, indem sie auf ihren Plätzen verblieben. Bei der Pensionierung Berzels als Minister sei verabsäumt worden, die Dienstzeit desselben als Komitatsbeamter einzurechnen, was jetzt unter seiner vollen Verantwortlichkeit gutgemacht worden sei. (Großer Lärm links. Rufe: Das ist der Gutlohn für den 18. November!) Tisza fährt fort, übrigens handle es sich um einen hochverdienten Staatsmann. (Neuerlicher stürmischer Lärm links.) Der Präsident suspendiert infolgedessen die Sitzung.

Nach Wiederaufnahme derselben wiederholt Tisza, daß einem hochverdienten Manne wie Berzel diese Rücksicht gebühre. (Anwühender Lärm links. Zurufe: Vaterlandsverräter! Damit machen Sie Propaganda für den Sozialismus. Für solche Zwecke haben Sie Geld!) Das Haus beräumt dann die Beratung des Antrages Göttös auf morgen an. —

Italien.

Rom, 13. April. Die Eisenbahner hielten nach Bekanntwerden des Eisenbahngesetzes in Turin, Mailand, Florenz, Modena, Ancona, Livorno und Arezzo Versammlungen ab, die zum Teil einen sehr heftigen Ton anschlugen und mit neuer Distraction oder Streik drohten, wenn die Regierung nicht bald ihr Memorandum beantwortet.

Zum Streik der parlamentarischen Berichterstatter schreibt man uns aus Rom vom 10. April:

In Ergänzung unseres Telegramms ist zu bemerken, daß die Journalisten im italienischen Parlament mehr Freiheiten genießen, als das in anderen Ländern der Fall ist. Es ist nicht zu leugnen, daß die Preßtribüne diese Freiheiten nicht selten mißbraucht, durch ungebührliches Lärmen, Zwischenrufe usw. Innerhalb ist die Art, wie man heute den Zutritt zur Tribüne erschwert, die Treppen mit Schildwachen füllt usw., nicht zu ertragen. Heute prangte nun gar eine bewaffnete Schildwache auf dem linken Treppenabg,

der zur inneren Verbindungstreppe zwischen Preßtribüne und den Wandelgängen der Abgeordneten führt. Die Journalisten wandten sich an den Präsidenten ihres Verbandes, den Abgeordneten Parzilli, dem aber vom Quästor entgegnet wurde, die Maßnahme sei auf Anordnung des Kammerpräsidenten Rarcora getroffen worden. Demgegenüber hatten sich die Berichterstatter sofort versammelt und einstimmig eine Tagesordnung angenommen, in der sie erklärten, sich der Berichterstattung zu enthalten, bis zum Widerruf der ihre Würde verletzenden Verfügungen.

Bekanntlich ist der eigenartige Streik inzwischen durch Einklenken des Kammerpräsidenten beigelegt worden.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

16. Sitzung vom Donnerstag, den 13. April, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung gegen 5 1/2 Uhr. Es erfolgt zunächst die Einführung des neugewählten unbedeuteten Stadtrats Geheimen Ratsrats Rumföldel und der neugewählten Mitglieder Dyhrenfurth und Gohlke.

Die Versammlung nimmt die Beratung der Vorlage betr. die Frage, in welcher Weise die drohenden Ausfälle im Stadthaushalt gedeckt werden können, wieder auf. Von den Ausschussvorschlagen sind zurzeit noch unerledigt 1. derjenige, welcher auf die Aenderung der Besetzung in der Richtung auf Ermöglichung einer wirksamen

Bauplatzsteuer

abzielt, 2. der Vorschlag, die Gemeinde-Grund- und Gebäudesteuer nach dem gemeinen Wert (anstatt wie bisher nach dem Nutzungswert) zu erheben, wobei der Magistrat gleichzeitig ersucht werden soll, Erwägungen darüber anzustellen, ob der unbebaute Grundbesitz mit einem höheren Prozentsatz heranzuziehen wäre.

In der Sitzung am 28. Februar hatte Stadtv. Wallach das Prinzip der Veranlagung nach dem gemeinen Wert mit größter Entschiedenheit bekämpft und schließlich einen Antrag empfohlen, nur die unbebauten Grundstücke nach diesem neuen Modus zu veranlagern. Dann war die Weiterberatung vertagt worden.

Stadtv. Galland (A. L.): Der Kollege Wallach bekämpft das System der Besteuerung nach dem gemeinen Wert hauptsächlich mit dem Argument, daß diese Methode der Veranlagung eine Einschätzung und damit eine beinahe unüberwindliche Schwierigkeit zur Voraussetzung habe. Das widerspricht aber der Erfahrung in allen Kommunen, die diesen Modus adoptiert haben. Ein Rattenkönig von Prozessen, wie ihn Herr Wallach voraussetzt, ist also durchaus nicht zu befürchten. Die Berufung der Gegner des Systems der Wertsteuer auf das Gutachten des Magistratsrats Hamburger von 1901 verliert an Bedeutung, wenn man erwägt, daß der Magistrat damals gegen die Wertsteuer war; inzwischen aber hat sich dort der Wind gedreht. Wir müssen mit der Zeit mitgehen, und die erfordert auch im Interesse der Gerechtigkeit, den Uebergang zu vollziehen und die Belastung gleichmäßiger nach der Leistungsfähigkeit zu verteilen.

Stadtv. Dr. Brauh (soz.-fortsch.): Die Einwände des Stadtv. Wallach gegen das neue System sind umsonstener sich haltig, als er selbst das Prinzip adoptiert und die Wertsteuer wenigstens für die unbebauten Grundstücke zulassen will. Er beruft sich vor allem auf die Schwierigkeit der Taxierung, aber diese Schwierigkeit ist bei dem unbebauten Terrain erheblich schwieriger als bei Gebäuden. Der von ihm beantragten Trennung stehen übrigens Bedenken aus dem Kommunalabgaben-Gesetz nicht entgegen. Der „Umfall“ des Magistrats erklärt sich natürlich aus der fegenden Macht des Gedankens der Wertsteuer, wie ja auch der Gedanke der obligatorischen Fortbildungsschule im Magistrat noch vor wenig Jahren als unausführbar galt. Die bessere Einsicht setzt sich trotz Herrn Wallach auch in den Hausbesitzkreisen allmählich durch. Gegen den Vorschlag, die Sätze verschieden zu normieren und das unbebaute Gelände höher zu besteuern, möchte ich mich ebenso wie gegen die Wiederbelebung der Bauplatzsteuer erklären. Eine brauchbare Bauplatzsteuer nach § 27 des Kommunalabgaben-Gesetzes ist für Berlin eine Unmöglichkeit; ein neues Experiment würde wie das frühere mißglücken.

Stadtv. Edmann (Fr. Fr.) erklärt sich für das gemischte System nach dem Antrag Wallach. Der Wert der Baustellen müßte etwa alle 5 Jahre reguliert werden und der Fortschritt der Pflasterung, Kanalisation usw. berücksichtigt werden. Die Einschätzung der unbebauten Grundstücke sei auch viel leichter als die der bebauten, bei der sich nur zu häufig die Gutachten entgegenstehen würden. Namentlich für ältere Gebäude mit relativ niedrigem Ertrage würde die Wertsteuer, die ja auch den Wert der Baustelle berücksichtigen müßte, eine Ungerechtigkeit sein.

Stadtv. Singer (Soz.): Die Einwände des Kollegen Wallach sind hausagrarischer Natur; daneben kommt uns Herr Edmann mit sozialistischen Momenten, indem er uns die Witwe und den armen Mann vorführt, die ihren Hausbesitz von der Wertsteuer ungerecht betroffen sehen würden. Dieser Appell an die Sentimentalität muß unwirksam bleiben, denn die Witwen und der arme Mann dürfen unter dem Hausbesitz doch nur eine winzige Ausnahme bilden. Die Gründe für die Besteuerung nach dem gemeinen Wert sind zwingender Natur. Wir können uns nur freuen, daß die jetzige Auffassung im Magistrat endlich zum Durchbruch gekommen ist, was auch zu den Verdiensten des Oberbürgermeisters gehört; andererseits aber brechen sich eben gewisse Dinge mit Naturnotwendigkeit Bahn, mit oder gegen den Willen der Beteiligten. Man hat sich eben endlich zu der gesunden Auffassung durchgerungen, daß der Hausbesitz nicht anders zu beurteilen ist als jedes andere Steuerobjekt; diese Erkenntnis ist es, welche den „Umfall“ des Magistrats erklärt. Auch auf anderen Gebieten, so z. B. dem des Verkehrssteuern, hat sich doch ein ähnlicher „Umfall“ signalisiert. Herrn Wallachs Vorschlag zurückzuweisen reicht schon der Umstand aus, daß damit verschiedenartige Steuerobjekte eingeführt werden würden. Daß der Ertrag der Steuer nach dem Gesetz derselbe bleibt, kann doch nicht hindern, einem Modus den Vorzug zu geben, der den sozialen Bedürfnissen entspricht. Warum will man den Nutzungswert für den Hausbesitz beibehalten? Weil der Hausbesitzer geschont werden soll! (Widerspruch.) Das Wohnungsvermögen ist heute weiter nichts als ein Gewerbe; so muß es aufgeführt und behandelt werden. Man will aber dem Hausbesitz seine privilegierte Stellung erhalten, und diese Stellung soll auch in der Besteuerung zum Ausdruck kommen. Für uns kommt das sehr wichtige Moment hinzu, daß rings um Berlin herum diese Wertsteuer eingeführt ist. Die Verhandlungen über Bebauungspläne, über die Ausschließung neuer Terrains, wie wir sie jetzt haben, würden gar nicht notwendig sein, weil, wenn wir das neue System schon hätten, diese Terrains längst der Bebauung erschlossen wären. Durch das ängstliche Festhalten an dem Nutzungswert hat man die übertriebene Bodenpekulation gegährt, die in der Peripherie an der Tagesordnung ist. Ich brauche ja nur die Namen Griebenow, Böhm, Wollant zu nennen. Die Abschätzung nach dem gemeinen Wert wird auch nicht für hundert Jahre stattfinden, sondern von Zeit zu Zeit revidiert werden; also gibt auch die praktische Seite der Sache den Gegnern keinen Angriffspunkt. Ich freue mich der Uebereinstimmung mit dem Kollegen Galland und bedauere nur, daß es Herrn Wallach gelungen ist, in seiner Fraktion die Stellungnahme der Vertreter derselben in der gemischten Deputation in die Rinderheit zu versetzen. Wie aber heute die Entscheidung fallen möge, sicher ist, daß der Gedanke sich durchsetzen wird. (Beifall.)

Stadtv. Gassel (A. L.): Nicht aus agrarischem Interesse, sondern im Interesse der Gerechtigkeit hatten die Freunde des Antrages Wallach das gemischte System für das richtige. Nicht wir wollen für die Hausbesitzer durch Festhalten an dem Bisherigen etwas erreichen, wohl aber wird Herr Singer das, wenn auch unabsichtlich, bewirken, denn bei der Wertsteuer werden sehr viele Hausbesitzer

weniger bezogen als bisher. Bei Ablehnung des Antrages Wallach würde ich meinerseits für die Vorlage stimmen. Gegen die letzte Unterstellung des Kollegen Singer bezüglich des „Umsfalls“ unserer Fraktionsvertreter erhebe ich Protest. Von einem „Umsfall“ kann keine Rede sein.

Oberbürgermeister Airsner: Darüber, daß die Besteuerung nach dem gemeinen Wert an sich richtig ist, scheint kein Streit mehr zu bestehen. (Zustimmung.) Auch Herr Wallach und seine Anhänger erkennen die Richtigkeit dieses Prinzips an, gegen das auch früher keine Abneigung bestanden hat. Man hat sich bloß dagegen bisher gestäubt, bei uns eine Reform einzuführen, welche immerhin mit ziemlicher Aufregung und Arbeit verbunden ist und andererseits für den Stadtschatz keine Mehreinnahme bringen konnte. Der Magistrat ist aber jetzt zu einer anderen Auffassung gekommen. In zahlreichen Gemeinden, namentlich um Berlin herum, ist dieses System eingeführt und funktioniert gut. Diese Erfahrungen aus konträren Verhältnissen sind uns eine Lehre gewesen. Ein so großes Gemeinwesen wie Berlin darf mit vollem Recht vorsichtiger mit Reformen umgehen als kleinere. Aber es wäre verkehrt, uns die Erfahrungen anderer Orte nicht zu eigen zu machen. Der Magistrat hält es jetzt für an der Zeit, mit der Reform vorzugehen, weil er darin eine gerechtere Verteilung sieht und die Mehrarbeit für gerechtfertigt ansieht, weil etwas Besseres geschaffen werden soll. Die Abneigung der Hausbesitzer kann ich absolut nicht verstehen. Es ist doch mit Händen zu greifen, daß die Hausbesitzer als solche nur Vorteil davon haben werden, es ist nach Adam Riese sicher. Wenn die Besitzer unbehauter Grundstücke härter herangezogen werden, so wird der Anteil der Hausbesitzer an der Grund- und Gebäudesteuer geringer. (Sehr richtig!) Bei der Unterverteilung kann ja der Einzelbesitzer unter Umständen, besonders durch Mietaufschläge, härter getroffen werden, aber diese kleinen Ausfälle werden mehr als ausgeglichen durch die Vorteile im ganzen. Der Magistrat hat auch geglaubt, ganze Arbeit machen zu sollen; dem steht der Antrag Wallach entgegen. Gewisse Werte, die den bebauten Grundstücken zuwachsen, werden bei der Steuer nach dem Ertrage nicht getroffen, und diese Vorteile, die den Besitzern in die Tasche fallen, sind nicht gering anzuschlagen. Beim System Wallach muß auch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die Judikatur bezüglich der Zulässigkeit zu einer anderen Auffassung kommt. Weichen Sie heute auf halbem Wege stehen, so wird die Entwicklung uns dazu treiben, den zweiten Schritt später zu machen (Sehr richtig!); da wäre es doch verständlicher, sich mit dem Prinzip auf dem ganzen Gebiete schon jetzt abzugeben. Dasselbe wird auch von der Regierung mit Wärme vertreten, und man wird uns bei allen unseren Reformvorschlägen immer entgegenhalten, daß wir hier noch rückständig sind. (Beifall.)

Stadtv. Rosenow (R. L.): Wir halten das Wertsteuerprinzip für einen Fortschritt, wenn eine häufige, vielleicht jährliche Revision der Einschätzung vorgenommen wird. Etwas komisch wirkt zwar, daß wir diese Entscheidung treffen sollen im Rahmen einer Vorlage, die drohende Ausfälle im Etat decken soll, da doch hiermit gar kein Ausfall gedeckt werden kann. (Heiterkeit und Zustimmung.) Daß das System das gerechtere ist, sollten auch die Hausbesitzer anerkennen.

Stadtv. Wallach (R. L.): Ich suchte den Fraktionskollegen Wallach ad absurdum zu führen, indem er u. a. auf einige Kommunen, wie Eberfeld, hinweist, die das System wieder abschaffen wollen. Das bestehende gute Steuersystem sollte man plötzlich opfern, ohne daß irgend etwas für die Stadt gewonnen würde außer einer Menge Beunruhigung und Veräufelung der grundbesitzenden Bürgerschaft und direkten Benachteiligungen einzelner. Es gebe gar keine richtigen Taxen; die Zahl der Reklamationen werde ungemein anschwellen. Beim Grundbesitz seien die „harren Schultern“ diejenigen, auf deren Grundstücken wenig oder keine Hypotheken ruhen; dieser Gesichtspunkt komme bei den Freunden der Wertsteuer gar nicht zur Geltung.

Damit schließt die Debatte. Im Schlusswort gibt der Referent Stadtv. Haberland (R. L.) sich Mühe, Herrn Wallach zu widerlegen, hat aber gegen die ununterbrochenen Einwürfe und Juris de letzteren einen schweren Stand.

In der Abstimmung wird zunächst der Vorschlag wegen der Hauptsteuer angenommen, nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte aber beschlossen, zuerst mit der Abstimmung über die Wertsteuer vorzugehen. Leber den Antrag Wallach wird soeben namentlich abgestimmt. Das Ergebnis ist die Ablehnung mit 54 gegen 44 Stimmen. Darauf gelangt der Ausschussantrag in seinem ersten Teil (Magistratsvorlage) mit 71 gegen 26 Stimmen zur Annahme; der Zusatzantrag des Ausschusses wegen ev. Heranziehung der unbehauten Grundstücke zu einem höheren Prozentsatz wird in einfacher Abstimmung ebenfalls angenommen. Dagegen der Vorschlag des Ausschusses betr. die Hauptsteuer jetzt abgelehnt.

Unter lebhafter und immer stärker werdender Unruhe der Versammlung referiert Stadtv. Haberland darauf über die Ausschussverhandlungen betr. die Erhöhung der Hundsteuer.

Die Versammlung tritt dem negativen Vorschlag des Magistrats bei, wonach es bei den jetzigen 20 M. verbleiben soll.

Ebenso stimmt die Versammlung dem Ausschussvorschlag bei, die Beschlußfassung über die Einführung einer besonderen Betriebssteuer bis zum Eingange der vom Magistrat vorgelegten Steuerordnung auszuschieben.

Die Vorlage im ganzen wird mit schwacher Mehrheit genehmigt. Hierauf erledigt die Versammlung noch eine Anzahl kleinerer Vorlagen.

Der Magistratsantrag betr. die Gewährung von 20 000 M. zu Preisen an die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft für ihre XX. Wanderausstellung (Schöneberg 1906) wird angenommen, nachdem der Antrag Singer auf Ausschussberatung, über den die vorige Sitzung wegen Beschlußunfähigkeit zum vorzeitigen Abbruch kam, heute abgelehnt worden war.

Dem Vorschlag der Gewährung eines Stifterbeitrages der Stadt Berlin von 500 M. an den Schwäbischen Schiller-Verein tritt die Versammlung bei.

Mit der vorgeschlagenen

Änderung des Bebauungsplans

der Abt. IX und XI zwischen der Berliner Ringbahn, der Hoch-, Rad-, Grünthaler- und Palmöerstraße, sowie der Reichbildergasse gegen Pankow, desgl. mit der Abstumpfung der nordöstlichen Ecke der Straße 62b X hat sich der niedergesetzte Ausschuss einverstanden erklärt.

Stadtv. Borgmann (Soz.): Der Ausschuss hat schnell aber nicht gut gearbeitet. Es soll hier eine Änderung des Bebauungsplans vorgenommen werden, wodurch den Wollanfähern Erben, welche uns bei der Ueberwindung die größten Schwierigkeiten gemacht haben, bezw. einer Terrainsgesellschaft sehr große Vorteile durch die Aufteilung der Pauls- und die Verfeinerung des Platzes J Abt. XI in den Schöpf geworfen werden. Wir sollten uns lediglich auf die Herstellung der notwendigen Verkehrsstraßen bezw. der Brücke über die Bahn im Zuge der Hornholmerstraße beschränken. In diesem Sinne bitten wir Sie zu beschließen. Die betreffenden Besitzer haben ja ohnehin ihr Terrain zum Teil noch auf zehn Jahre weiter verpachtet.

Stadtbaurat Krause: Auch unsere Vorschläge sollen nur dem Verkehr dienen. Freiwillig haben sich zu einem Beitrag für den Beckenbau die Abjaganten nicht verstehen wollen; es bleibt nur übrig, später auf Grund des § 9 das Kommunalabgaben-Gesetz mit ihnen zu verhandeln.

Stadtv. Borgmann: Dann werden wir eventuell das Nachsehen haben. Soll übrigens die lex Sachs wegen des § 9 ewig eine fata Morgana bleiben? Ich warne wiederholt vor einer Änderung des Bebauungsplanes, bevor mit den Abjaganten ein Abluß zustande gekommen ist.

Stadtv. Thieme (Fr. Fr.) hält den Antrag Borgmann für so beachtenswert, daß er die Angelegenheit dem Ausschuss zurückgeben will.

Stadtbaurat Krause: Die Anregungen des Herrn Borgmann sind bereits im Ausschuss erörtert und abgelehnt worden. Der Antrag Borgmann wird abgelehnt, der Ausschussvorschlag angenommen.

Der Spezial-Entwurf zum Neubau des städtischen Volkshades in der Gerichtstraße wird ohne Debatte genehmigt. Von dem Stadtv. Stapf (R. L.) ist mit Unterstützung einiger Kollegen aus anderen Fraktionen der Antrag vorgelegt:

Den Magistrat zu ersuchen, aus Anlaß der hundertjährigen Wiederkehr des Todestages Friedrich Schillers, zur dauernden Ehrung des Andenkens des großen vaterländischen Dichters, dem in Vorbereitung befindlichen Nordpark den Namen Schiller-Park zu geben.

Die Versammlung nimmt den Antrag ohne Diskussion einstimmig an.

Schluss 1/10 Uhr.

Verfammlungen.

Dem Gedenken an Ferdinand Lassalle war eine Volksversammlung gewidmet, die am 11. April, dem 80. Geburtstag unseres großen Vorkämpfers, im Ködliner Hof abgehalten wurde. „Was kann uns Lassalle heute noch lehren?“ lautete das Thema, über das Eduard Bernstein sprach. Der Lassalle war, sagte der Redner, das Wissen jeder, aber was er war, was er gedacht und gewirkt hat, das sei der jüngeren Generation unserer Parteigenossen kaum bekannt. Früher sei Lassalle in der Arbeiterbewegung überschätzt worden, heute werde er unterschätzt. Nach einer eingehenden Würdigung der wissenschaftlichen und politischen Leistungen unseres Vorkämpfers kam Genosse Bernstein zu dem Schluss: Lassalle ist für die Arbeiterbewegung nicht tot. Seine Idee der Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe hat sich zwar überlebt, aber was er an grundlegenden Anschauungen in seinen Werken niedergelegt hat, wird fortleben. Fortleben wird auch die Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts, die Lassalle als erster in die Arbeitermassen warf, eine Forderung, die zwar für das Reich, aber noch nicht für die Einzelstaaten erfüllt ist. Gerade jetzt zeigt uns die Behandlung der Berggesetz-Novelle im preussischen Landtage, wie arbeiterfeindlich dieses Dreiklassenparlament ist, und wenn wir heute das Andenken Lassalles feiern, werden wir uns fragen müssen, ob es nicht an der Zeit ist, daß die Arbeiterklasse durch machtvolle Demonstrationen auch für den preussischen Landtag das allgemeine gleiche Wahlrecht zu erringen sucht, eingedenk des Lassalle'schen Wortes, daß das allgemeine Wahlrecht die Grundlage ist zur Erringung der Klassenforderungen des Proletariats.

Die Agitation zu den Weisigerwahlen des Kaufmannsgerichts wird von dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Geheulinnen gegenwärtig mit reger Emsigkeit betrieben. Schon mehrere Versammlungen wurden dieserhalb abgehalten; zuletzt am Freitag in Vuggenbogens Saal am Vorplatz. Auch hier sprach Redakteur Kaliski über die Wichtigkeit der Normierung geeigneter Kandidaten zur Besetzung der Weisigerämter. Ein ganzes Konglomerat von Handlungsgehilfenvereinen und -Vereinen erscheint jetzt mit Kandidatenlisten auf der Bildfläche, um Stimmen zu werben. So z. B. der VBer Verband, der Leipziger Verband, der Verein junger Kaufleute, der Bankbeamten-Verein, der Verein reisender Kaufleute, der katholische kaufmännische Verein, der Verein junger Drogerien, der kaufmännische Hülfverein, der Verein deutscher Kaufleute (Hirsch-Dunderscher Richtung) und der antisemitische (deutsch-nationale) Handlungsgehilfen-Verband. Es erübrigt sich, auf die Tendenz der einzelnen bekannten und unbekanntenen Korporationen in diesem Vereinsammelsurium einzugehen. Die einen treiben bloße Vereinsmeierei, die anderen legen sich auf das Hülfswort, noch andere predigen Harmonie zwischen Gehilfen und Prinzipalen und glauben die Rechte der Angestellten durch Almosenbettel bei den Herrn Chefs zu wahren. Die Hauptlosome aber ergeht sich im blödesten Rassensatz und fanatischer Frauenverachtung. Alle zusammen zeichnen sie sich aus durch einen komischen Ständedünkel und erbarmenswerte sozialpolitische Rückständigkeit. Unter diesen Umständen kann sich die Agitation nur darauf erstrecken, die Kandidaten des Zentralverbandes, als der einzigen auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisation, zu empfehlen, weil diese auf Grund ihrer sozialpolitischen Schulung für eine sachgemäße Rechtsprechung die beste Gewähr bieten. In diesem Sinne erklärten sich auch die bisherigen Versammlungen.

Ausschussung des Arbeiter-Sängerbundes. Zur Aufnahme gemeldet haben sich die Vereine: „Liedertreue“ (Nothnischthal), „Gesundbrunnen Harmonie“ (Berlin) und „Freiheit Ost“ (Berlin). Aufgenommen in den Bund sind alle drei genannten Vereine. Zum Sängerkonferenz berichtete Meyer über den von der letzten Ausschussung angenommenen Antrag, Beschäftigung der Lokale „Tivoli“ (Tempelhofer) und „Müggelschloßchen“ (Friedrichshagen) betreffend. Derselbe meinte, daß bedauerlicherweise das Lokal „Tivoli“ für uns nunmehr nicht in Betracht kommen kann, da dasselbe jetzt gesperrt ist. Die vorhandenen Räumlichkeiten hätten zur Abhaltung eines Sängerkonferenzen für uns genügt. Was das Lokal „Müggelschloßchen“ betrifft, so ist der jetzige Inhaber mit der Abhaltung des diesjährigen Sängerkonferenzen einverstanden. Aus Niederschloß wurde der Vorschlag gemacht, das Sängerkonferenz in diesem Jahre dort abzuhalten. Nach längerem Ausfragen wurde beschlossen: Da die Zeit schon zu weit vorgeht, um eventuell in Verhandlungen mit den dortigen Lokalbesitzern einzugehen, sowie auch Bedenken wegen des Platzes vorhanden waren, das diesjährige Sängerkonferenz wieder in Friedrichshagen abzuhalten. Eine nochmalige Besprechung des Provinzial-Sängerkonferenzen wurde durch den Antrag des Vertreters von Ludenwalde notwendig. Derselbe, sowie der Vertreter von Zehdenitz, sprachen in längeren Auseinandersetzungen sich für die Abhaltung von Provinzial-Sängerkonferenzen aus. Diese Feste sind von hohem agitatorischen Wert für die kleinen Städte in der Provinz. Der Bund möge nur diese Feste bestimmen, eine Garantie für dieselben soll dem Bund nicht übertragen werden. Der Vertreter der „Typographia“ meinte, daß der Bund den Provinzial-Sängerkonferenzen nicht unsympathisch gegenüberstehe. Nur als Arrangeur dieser Feste könne derselbe sich nicht ergeben, da durch die schwache Beteiligung an denselben das Ansehen des Bundes gefährdet wird. Eine nochmalige Abstimmung, die Provinzial-Sängerkonferenzen abzuhalten, wurde abgelehnt, dagegen der Beschluß der vorigen Ausschussung aufrecht erhalten. Wegen Beteiligung an der Kaiserfeier wurde den Vereinen bekannt gegeben, in welchen Lokalen dieselben mitzuwirken haben. Eine Mitteilung des Bundes haben zwei Wahlkreise, und zwar: der dritte Wahlkreis SO. und der sechste Wahlkreis nicht beansprucht. Einzelnen Vereinen wurde der Vorwurf gemacht, mit dem Vertrauensmann des sechsten Wahlkreises in Unterhandlungen getreten zu sein, um an der Kaiserfeier mitzuwirken, und somit den Bund umgangen haben. Allen Vertrauensleuten ist bekannt, daß der Bund zur Kaiserfeier seine Sänger zur Verfügung stellt, nur war hier die Absicht vorhanden, den Bund abseits zu stellen und die Vereine einzeln heranzuziehen. Diese Handlungsweise wurde auf das schärfste verurteilt und beantwortet, daß der Bund auch hieraus seine Konsequenzen ziehen möge. Die Gesangsprobe zur Kaiserfeier findet am Sonntag, den 30. April, vormittags 10 Uhr, in denselben Lokalen, in denen die Vereine zur Mitwirkung berufen sind, statt. Der Vorsitzende macht nochmals auf den Prozeß des Vereins „Veritas“ gegen Restaurateur Bernau aufmerksam, indem derselbe die Richtigkeit, des Herrn Bernau im „Vornord“ und den Versammlungsbericht der letzten Ausschussung in Vergleich zieht. Zur Nachahmung sei noch bekannt gegeben, daß die Vereine „Niederschloß Männerchor“ und „Freie Sänger“ sich zu einem Chor vereinigt haben und jetzt 82 Mitglieder zählen. Der

Vertreter von „Vorax“ hat noch bekannt, daß die Verbände des Bergolder und Vorkesebiter mit mehreren Gesangsvereinen des Bundes Differenzen gehabt haben, welche ein Weiden dieser Verbände für die Arbeiter-Gesangsvereine rasch erscheinen lassen.

Eingegangene Druckschriften.

Landarbeiter in Mecklenburg. Von Josef Herzog, Mitglied des Reichstages. Berlin 1905. 79 Seiten. Preis 30 Pf. Verlag Buchhandlung Voermars.

Arbeiter-Sekretariat Altdenburg S.-M. Sechster Jahresbericht für das Jahr 1904 nebst einer statistischen Uebersicht über die Gewerkschaftsbewegung. Selbstverlag des Arbeiter-Sekretariats.

Handbuch der Friedensbewegung. Von Alfred G. Fried. 464 Seiten. Wien und Leipzig 1905. Verlag der österreichischen Friedensgesellschaft.

Dr. August Koppel. Für und wider Karl Marx. Volkswirtschaftliche Abhandlungen. VII. Band, I. Heft. Einzelpreis 3,60 M. Abonnementpreis 2,80 M. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Maurer und die Kaiserfeier.

Braunschweig, 13. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Heute nahm der Verbandstag der Maurer Stellung zur Frage der „Kaiserfeier“.

Der Referent brachte folgende Resolution ein:
Der 8. Verbandstag der Maurer Deutschlands hat beschlossen, daß von seinen Mitgliedern, soweit es ohne Schädigung ihrer wirtschaftlichen Interessen möglich ist, der 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert wird. Als Schädigung wirtschaftlicher Interessen ist die Einbuße des Arbeitslohnes für den Feiertag nicht anzusehen. Mittel der Hauptkasse dürfen zur Durchführung der Kaiserfeier und zur Unterstützung Gemahregelder und Ausgesperrter nicht verwendet werden.

Es liegt außerdem ein Änderungsantrag vor, daß die Worte „Mittel der Hauptkasse“ durch das Wort „Verbandsmittel“ ersetzt werden.

Hannover, 13. April. (B. L. V.) In dem Hause Windestr. 1, in welchem vorgestern der Luftsturm an der kleinen Erna Schaar erwidert wurde, fand die Kriminalpolizei ein im Keller vergrabenes, ziemlich gut erhaltenes Skelett eines Kindes, vermutlich das der seit vier Jahren verschwundenen Elise Kassel. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Beendigung des Tischlerstreiks.

Wien, 13. April. (B. L. V.) Nach einer Dauer von fast 15 Wochen ist heute der Lohnkampf der Tischlergehilfen, der durch Ausstand der Gehilfen und durch Aussperrung seitens der Meister geführt wurde, dadurch beendet worden, daß die Vereinigung der Meister die Hauptforderungen der Gehilfen anerkannt hat.

Paris, 13. April. (B. L. V.) Der „Temps“ erklärt, daß die Meldung eines auswärtigen Blattes betreffend die Rückkehr des französischen Gesandten Tallandier aus Bez nach Tanger unrichtig sei.

Paris, 13. April. (B. L. V.) Die „Agence Havas“ meldet: Es ist nicht richtig, daß Delcassé ein Rundschreiben an die Mächte über die Vorkoslo-Frage gerichtet hat. Er hat lediglich den an dem Sachdelegierten französischen Vorkoslosten und Gesandtschaften Mitteilungen über die Angelegenheit zugehen lassen.

Limoges, 13. April. (B. L. V.) Zehntausend Porzellanarbeiter sind heute in den Ausstand getreten.

Beratung des deutschen Handelsvertrages.

Brüssel, 13. April. (B. L. V.) Abgeordnetenhause. Bei der fortgesetzten Beratung des Handelsvertrages mit Deutschland betonten der Ministerpräsident de Smet de Naeyer und der Minister de Fabereau nachdrücklich die erlangten Vorteile. Die allgemeine Erörterung wurde hierauf geschlossen. Gegenüber einem Zusatzantrag auf Vorsehung der Einfuhr fremden Hafens stimmte die Kammer dem Antrage der Regierung auf Stellung der Vorfrage zu. Die Gesamtabstimmung wurde hierauf auf morgen vertagt.

Der Schiedsgerichtsvertrag mit Dänemark vor der Zweiten Kammer.

Oslo, 13. April. (B. L. V.) Das Haus berät den Schiedsgerichtsvertrag mit Dänemark. von Bylandt begrüßt den Vertrag als den Keim einer Einigung der kleinen Staaten zur Sicherung ihrer Neutralität; auch alle übrigen Redner sprachen sich für die Vorlage aus. Der Vertrag sieht für einsetzende Streitigkeiten Entscheidung durch Schiedsgericht vor und enthält nicht den Vorbehalt, daß Fragen, bei denen die Ehre, Unabhängigkeit oder lebenswichtige Interessen der Vertragschließenden berührt werden, hiervon ausgenommen wären. Im Laufe der Debatte erhielt van Ros (Sozialist) einen Ordnungsruf wegen beleidigender Äußerungen gegen den Kaiser von Rußland.

London, 13. April. (B. L. V.) Oberhaus. Lord Beach lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf den mit Rußland bezüglich der Frage der Kriegskonferenzen gepflogenen Schriftwechsel und fragt, ob die Regierung die Einladung des Präsidenten Roosevelt zu einer zweiten Haager Friedenskonferenz angenommen habe und ob die verschiedenen Fragen bezüglich der Kriegskonferenzen und der Stellung der Neutralen auf der Konferenz verhandelt werden würden. Der Minister des Äußerer Marquis of Lansdowne antwortet, er für seinen Teil könne auf diesen Schriftwechsel nicht mit einem Gefühl großer Befriedigung zurückblicken, weil er in schlagender Weise die außerordentlich unbefriedigende Lage illustrierte, in welcher man sich bezüglich so vieler wichtiger Fragen des Völkerrechtes befinde. Die Einspruchserklärungen und Vorstellungen, welche die englische Regierung Rußland gegenüber erhoben habe, seien nicht ganz ohne Erfolg geblieben. Die russische Regierung habe der englischen Auffassung, daß Vorkoslostermittlungsverfahren und einige andere Artikel nur bedingungsweise, nicht unbedingt als Konterbande anzusehen seien, beigepflichtet. Bezüglich des von England vertretenen Standpunktes, daß auch Kasse nur unter gewissen Umständen als Konterbande zu betrachten sei, behaupte er setzen zu müssen, daß die russische Regierung von der Haltung, die sie zuerst eingenommen hatte, nicht abgewichen sei, trotz aller von der britischen Regierung angeführten Beweisgründe und trotz der Tatsache, daß der russische Bevollmächtigte auf der Berliner Konferenz im Jahre 1864 genau den gegenwärtigen Standpunkt eingenommen habe. Obgleich England bezüglich dieses Gegenstandes von seinen Rußlands kein Zugeständnis erhalten habe, sei mit Genugtuung auf die Wirkung hinzuweisen, welche durch die vom russischen Minister des Äußerer Grafen Lambsdorff erlassenen Ergänzungsbestimmungen hervorgerufen wurde. Kein englisches Fahrzeug sei seit dem letzten Sommer von russischen Kreuzern beschlagnahmt worden.

Der Minister Marquis of Lansdowne fährt fort: Während all dieser Verhandlungen waren die diplomatischen Bemühungen Englands und der Vereinigten Staaten auf die Erreichung desselben Zieles gerichtet. Die Einladung ist von der englischen Regierung ohne Bögen angenommen worden, jedoch mit dem Vorbehalt, daß die Regierung zu geeigneter Zeit in Erwägung ziehen werde, welche Fragen der Konferenz vorgelegt werden sollten. Die Regierung, die es für unbedingt erforderlich hält, das Gebiet kriegerischer Vorgänge mit allen Mitteln einzuschränken und die daraus entstehenden Leiden und Schäden auf das geringste Maß zurückzuführen, heißt die Anregung der Vereinigten Staaten herzlich willkommen. Ich teile die Hoffnung, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo wir in der Lage sein werden, uns dieser so außerordentlich humanitären und ehrenvollen Aufgabe zu widmen.

Parteistimmen zum Organisationsstatut.

Die Parteigenossen beginnen bereits, zunächst in der Presse, mit den Erörterungen über den Entwurf zum Organisationsstatut. Wir werden unsere Leser möglichst ausführlich darüber unterrichten. Zunächst ist wichtig, was ein Mitglied der Organisations-Kommission in der „Vreslauer Volks-woche“ über die Gründe der Kommission mitteilt, die wir gern von der Kommission selbst schon jetzt gehört hätten. (Auf dem Parteitag wird Bollmar referieren.) Der erwähnte Genosse schreibt:

Unter den Genossen, die mit der Vorarbeit betraut waren, fanden sich Vertreter der verschiedensten Anschauungen und der vorliegenden Entwurf stellt ein Kompromiß dreier abweichender Richtungen dar. Da sind zunächst zu nennen die Freunde einer ganz strengen Zentralisation, die am liebsten einen großen Verein der deutschen Sozialdemokraten geschaffen hätten, so ähnlich wie ihn der Breslauer Organisationsantrag vorah. Diese Richtung befand sich in der Minderheit. Ihr gegenüber standen eine Anzahl süddeutscher Genossen, die die entgegengesetzte Anschauung vertraten. Sie wollten zwar den zentralistischen Bestrebungen in der Partei Konzessionen machen, ihre Ansicht läßt sich aber am besten zusammenfassen in den Satz: Zentralisation ja, aber nicht mehr als absolut notwendig erscheint. Im übrigen völlige Selbstständigkeit der Landesorganisationen und Wahlkreise. Zwischen beiden Minderheiten fanden eine Anzahl „gemäßiger Zentralisten“, zu denen auch die Mitglieder des Parteivorstandes zu zählen sind. Sie lehnten sich eng an eine Vorlage des Parteivorstandes an, die Zentralisation der Partei-Organisation befürwortete, soweit die Gesetze und Verhältnisse es möglich machen. Diese Vorlage wurde nach unbedeutlichen Änderungen der nun vorliegende offizielle Entwurf.

Ueber die Beschlüsse hinsichtlich der Beitragszahlung an die Hauptkassa wird ausgeführt:

Die entscheidende Bedeutung in der neuen Organisation bringt der § 10, um den sich auch die lebhafteste und ausgedehnteste Debatte in der Kommission entspann. Zwar waren alle Mitglieder der Kommission darin einig, daß fortan eine regelmäßige Beitragszahlung jedes deutschen Sozialdemokraten an die Hauptkassa der Partei festgesetzt werden muß, aber über die Art der Beitragszahlung und über die Höhe der Beiträge gingen die Meinungen doch weit auseinander. Dieser Paragraph hat, das wurde allgemein anerkannt, nicht nur eine finanzielle, sondern eine tiefgehende organisatorische Bedeutung. Die ständige Abrechnungsverpflichtung jedes einzelnen Wahlkreises ermöglicht dem Hauptvorstande zu jeder Stunde eine genaue Uebersicht über die Stärke der Organisationen, über ihre Tätigkeit und Finanzgebarung, sie legt gewissermaßen das Knochengerüst der Partei bloß. Sie ermöglicht uns einen Ueberblick über den Grundstock der Partei und gibt die Unterlage für die weitere Arbeit. Von dieser Erkenntnis ausgehend, wurde seitens der Parteivorstandsmitglieder und der Kommissionsmitglieder dem auch die Hauptbestimmung nicht auf die etwaige Höhe der Beiträge, sondern auf das Prinzip der Beitragszahlung an die Zentrale gelegt. Einige süddeutsche Vertreter, besonders die Bayern, Hessen und Badenier, befürchteten eine Zerstückelung ihrer Landesorganisation, wenn die Beiträge an den Hauptvorstand zu hoch bemessen oder wenn die einzelnen Wahlkreise unter Umgehung des Landesvorstandes direkt mit der Reichszentrale abrechnen und korrespondieren. Die Mehrheit hielt aber diese Art des Verkehrs von Wahlkreis zu Hauptvorstand gerade im Interesse der Partei-Einheit für geboten. Bei der Abstimmung ergab sich schließlich Einstimmigkeit für das Prinzip der Beitragszahlung an den Hauptvorstand, eine Zweidrittelmehrheit für den direkten Verkehr zwischen Wahlkreis und Hauptvorstand, und die Festsetzung des Beitrages auf 25 Proz. der Vereinsbeiträge wurde schließlich mit knapper Mehrheit beschlossen. Für 20 Proz. hätte sich schon ein größerer Teil der Kommissionsmitglieder erwärmt.

Ueber die Frage der Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag wird mitgeteilt, daß die Kommission es mit großer Mehrheit abgelehnt habe, diese einzuschränken. Folgende Gründe werden dafür angeführt:

Einmal würde die erwünschte Wirkung, die Vermehrung der Genossen „aus dem Lande“ damit kaum erreicht — vielleicht sogar das Gegenteil — zum anderen könnte die Auswahl des bevorzugten Viertels vielleicht auch zu Unannehmlichkeiten führen. Die Kommission beschloß sogar auf besonderen Antrag, eventuell lieber die Vertretung der ganzen Fraktion aufzugeben, als die eines Teiles derselben. Aber auch die sonstige Vertretung auf unseren Parteitagen ist dringend der Reform bedürftig. Mit der Bestimmung, jeder Wahlkreis wählt drei Delegierte, machen wir uns die Ungerechtigkeiten der deutschen Wahlkreiseinteilung zu eigen, räumen wir den nach vielen Tausenden zählenden Genossen in Berlin VI nur dieselben Rechte ein, wie den einzigen Hundert in jedem Provinzialstädtchen. Die Kommission verschloß sich diesen Ansichten nicht, schloß aber eine Lösung der Frage doch noch einige Jahre hinaus, bis die Abrechnungen der organisierten Wahlkreise eine feste Grundlage für proportionelle Vertretungen ermöglichen. Dann erst wird sich eine gerechte Vertretung nach der Zahl der Organisierten herbeiführen lassen, dann aber wird auch die eng damit verbundene Frage gelöst werden, ob die Delegationskosten nicht wie bei den meisten Gewerkschaften aus der Hauptkassa gedeckt werden.

Die „Fränkische Tagespost“ beschränkt sich zunächst auf folgende Einwendungen gegen die Regelung der Finanzen:

Am häufigsten dürfte die Kritik einsehen bei der neuen Bestimmung über die Abführung von 25 Proz. der Mitgliederbeiträge an die Parteihauptkassa. Freilich geschieht damit nichts anderes, als was seit langem in den Gewerkschaftsorganisationen üblich ist. Ob eine Uebertragung dieser Methode auf ganz andere Verhältnisse anwendbar ist, kann nicht einfach behauptet werden. Wir glauben, daß es besonders den kleinen und kleinsten Parteioorganisationen sehr schwer fallen wird, sich in diese neuen Verhältnisse zu schicken. Aber auch den großen Organisationen wird es nur in sehr seltenen Fällen möglich sein, mit 75 Prozent der Mitgliederbeiträge auszukommen. Es wird aber gerade in den seit Jahrzehnten auf eigenen Füßen stehenden Parteilocalitäten peinlich empfunden werden, vom Parteivorstande Zuschüsse für lokale Zwecke zu fordern. Mag das auch falsche Scham sein, so ist doch zu befürchten, daß man oft aus Mangel an Mitteln für die Partei manche nützliche Agitation unterlassen oder nicht in genügend großem Maßstabe unternehmen wird, um nicht der Parteikasse zur Last zu fallen. Nach wie vor werden zum Beispiel in Bayern die Leistungen an die Bezirksverbände, Gauen und dergleichen nötig bleiben, so daß die am Orte verfügbare Summe gar zu sehr zusammenzusinken wird.

Dem Parteivorstand wird durch diese neue Bestimmung eine ungeheure Arbeitslast und Verantwortung aufgebürdet, die zu trager vielleicht auch seine Schultern nicht stark genug sind. Es ist bei Geldforderungen der Partei-Organisationen nicht bloß die Aufgabe der Parteileitung, zu beurteilen, ob die Parteikasse imstande ist, die Summe zu entnehmen, es muß auch erwogen werden, ob die geforderte Summe nicht zu hoch ist für den erstrebten Zweck, ob das Geplante überhaupt im Interesse der Partei liegt, ob es durchführbar ist oder nicht u. s. f.

Künftig möchte also der Parteivorstand um Geld für die Durchführung der Landtagswahlen, für die Gemeindevahlen zc. senden,

Während der eine Teil der Menschen vorsichtig und zurückhaltend wird, wenn er mit nicht eigenem Gelde arbeiten muß, werden andere in diesem Falle läppig und verschwenderisch. Manche werden sich sagen, wenn wir früher für einen bestimmten Zweck die Aufwendung von 20 M. für ausreichend fanden, können wir nun 30, ja 50 M. verwenden, da das Geld nicht bloß aus unserer lokalen Kasse, sondern aus der Allgemeinheit stammt.

Wir meinen, daß die neue Bestimmung über die Parteifinanzen viel Wert, Arbeit zur Folge haben wird und die Parteifinanzen trotzdem nicht in der erwarteten Weise bessern wird. Mit diesen Einwendungen wollen wir uns aber nicht als Freunde des bestehenden Zustandes bezeichnen, in dem die Beiträge zur Parteihauptkassa ganz dem Belieben und der Stimmung der lokalen Parteiorganisation überlassen werden.

In der „Märkischen Volksstimme“ (Forst L.) macht Genosse H. M. gegen zwei Punkte Einwendungen. Er ist nicht einverstanden damit, daß der Ausschluß aus der lokalen Organisation gleichbedeutend sein soll mit dem Ausschluß aus der Gesamtpartei und begründet das mit folgendem: Es kommt vor, daß gewisse Parteigenossen, denen man nicht gerade nachsagen kann, sie seien keine Sozialdemokraten mehr, sich an ihrem Ort unmöglich gemacht haben und daß den Parteigenossen jede Begeisterung an der Arbeit im Parteiverein genommen wird, wenn sie gezwungen sein sollen, mit dem Betreffenden als gleichberechtigten Genossen zusammen zu arbeiten. Ein solcher Fall liegt bei den Hamburger Alfordmauern vor; ebenso kam es vor, wenn ein sozialdemokratischer Unternehmer, der eine kleinbürgerliche Existenz hat, so heftige Differenzen mit den von ihm beschäftigten Arbeitern hat, daß ein Zusammenarbeiten mit ihm im Parteiverein unmöglich ist, ohne daß man ihm wegen seines privaten Verhaltens in seinem Unternehmen, das er vielleicht nur mühsam aufrecht erhalten kann, geradezu die Parteizugehörigkeit absprechen kann.

Sein zweiter Einwand richtet sich gegen die Vorschrift hinsichtlich der Aufstellung von Reichstagskandidaten. Dazu sagt er:

Trotzdem wir die Bedenken kennen, welche der Aufstellung der Kandidaten lediglich durch die örtliche Partei-Organisation entgegenstehen, halten wir diese Methode für besser wie den von der Kommission vorgeschlagenen Weg. Jedenfalls sollte es nur eine Instanz geben, die über die Kandidaturen entscheidet. Will man die örtliche Organisation nicht bestimmen lassen, so überhaupt nur die Bezirks- oder Landesorganisationen. Aber auch das halten wir für taktisch unannehmlich. Sobald bekannt wird, daß ein Kandidat, den die Genossen des Ortes aufstellen wollten, nicht zugelassen wird, weil eine andere Instanz es nicht will, so schädigt das unsere Wahlagitiation und wir verlieren dadurch Stimmen, unter Umständen auch Mandate. Der Verlust von sozialdemokratischen Stimmen oder Mandaten schädigt die Arbeiterklasse aber weit mehr wie die Wahl eines sozialdemokratischen Abgeordneten, an dessen Stelle die Mehrheit der deutschen Genossen vielleicht lieber einen anderen gesehen hätte. Im Reichstag sorgen die Fraktionen für die Fraktion ihren Kampf führt, und die Notwendigkeit für jeden sozialdemokratischen Abgeordneten die Fraktionsbeschlüsse bei der Abstimmung auszuführen, dafür, daß jeder Parteigenosse im Reichstag, sei er wer er sei, für die Interessen des Proletariats und für die Ziele der Sozialdemokratie wirken muß. Der etwaige Vorteil, einen geeigneteren an Stelle eines ungeeigneteren Kandidaten durch eine zweite Instanz zu bekommen, wiegt für uns Verluste an Stimmen und Mandaten nicht auf.

Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ schreibt:

An den von der Kommission vorgeschlagenen Bestimmungen haben wir nach dem ersten flüchtigen Ueberblick nichts Wesentliches auszufügen. Wesentlich wirkt es allerdings, daß die Vorlage die Wahl von Vertrauenspersonen neben den Vereinsorganisationen für alle Reichstags-Wahlkreise obligatorisch machen will. Das mag für Preußen und einige andere Staaten notwendig sein, weil dort die Frauen den politischen Vereinen nicht beitreten dürfen. Für Sachen aber ist die Bestimmung durchaus überflüssig und deshalb die Verpflichtung lediglich eine unnötige Belästigung — der Bericht, der vom Wahlkreise dem Parteivorstand alljährlich einzureichen ist, kann vom Vereinsvorstand geliefert werden. Wir würden deshalb eine Änderung des Entwurfs vorschlagen, wonach nur die Wahlkreise jener Staaten zur Wahl von Vertrauenspersonen verpflichtet, in denen den Frauen die Mitgliedschaft politischer Vereine verweigert ist.

Uebrigens — diese alljährlichen Berichte der Wahlkreise! Wer soll sie bearbeiten? Das der Parteivorstand bei der Besetzung mit acht Mitgliedern, von denen zwei nur im Nebenamt tätig sind, das einfach nicht leisten kann, liegt auf der Hand. Es muß deshalb verstanden, daß nicht eine Verstärkung der Parteileitung vorgesehen wird. Der Gedanke, neben dem Vorstand eine Zentralagitationskommission zu bilden, ist schon früher aufgetaucht, aber verworfen worden. Sicher stehen ihm allerlei praktische Bedenken entgegen. Aber dann ist die Forderung nach Vermehrung der obersten Parteibeamten um so unabweisbarer!

Die „Leipziger Volkszeitung“ äußert sich zunächst im ganzen zustimmend, tut das jedoch in einem Punkte in so geschmackloser Form, daß wir auch die zustimmende Aeußerung zu zittern für nötig halten. Die Aeußerung lautet:

Endlich hat das neue Statut die Einrichtung der Schiedsgerichte mit Garantien umgeben. Nach dem bestehenden Statut konnte jeder empfindliche Literat, der eben in die Partei hereingeschmeißt hatte und dem einmal in derber Weise die Wahrheit gesagt wurde, ein Schiedsgericht wegen „Verleumdung“ einberufen, wenn er die — nicht immer zutreffende — Hoffnung haben mochte, seine Heidentaten seien nicht mehr so leicht erweislich. Schiedsgerichte aber kosten Geld, viel Geld, und es ist nicht wohlgetan, die Parteifinanzen für Dinge zu verwüsten, an denen wohl irgend ein obskurer Parteiliterat, nicht aber die Partei ein Interesse haben mochte, und darum ist es ganz in der Ordnung, daß nicht mehr jede parteigenössliche Schlipfenweese mehr hochdramatische Anträge auf „Ausschluß aus der Partei“ stellen kann, sondern daß dazu nur eine Partei-Organisation berechtigt ist.

Aus der Partei.

Die Meißner in Leipzig wird nach dem Beschlusse einer Parteiversammlung dieses Jahr wie folgt gestaltet werden:

Am 1. Mai sind für vormittags 11 Uhr vier große Bezirksversammlungen geplant. Nach Schluß derselben wird ein Spaziergang nach Stötteritz zum Trauerweigen unternommen, woselbst nachmittags 4 Uhr eine Massenversammlung stattfindet, in der Genosse Goldstein referieren wird. Vor und nach der Feiern werden Musik- und Gesangs-Aufführungen veranstaltet. Die Abendfeiern sollen diesmal in Leipzig und den einkreiselten Orten einschließlich Leipzig, Böhly, Ehrenberg, Mödern, Döllitz, Stäns, Stötteritz und Großschöcher stattfinden. Den außerhalb dieser Grenze liegenden Orten sollen Abendversammlungen gestattet sein.

Die sozialdemokratische Partei Niederlands im Jahre 1904.

Die niederländische Sozialdemokratie wird ihren diesjährigen Kongress in den Osterferien tags zu Haag abhalten. Der Bericht des Parteileiters Van Aulikhof ist bereits dieser Tage in „Het Volk“ veröffentlicht worden und zeigt dafür, daß die Partei sich auch im verflossenen Jahre beständig weiter entwickelt hat. Die Mitgliederzahl ist von 5600 auf 6100 gestiegen. Zwanzig neue Abteilungen sind gegründet worden, während sieben sich

auflösten. Am 31. Dezember 1904 zählte die Partei 137 Abteilungen; seitdem sind noch an acht Orten Abteilungen gegründet worden, ein Beweis dafür, daß die Partei sich auch im laufenden Jahre immer mehr ausdehnt. Zur Klärung über den Entwurf zu einem neuen Arbeitsgesetz gab der Parteivorstand ein Manifest heraus, das in 175 000 Exemplaren verbreitet wurde. Auch der Gesetzentwurf zur Regelung des Arbeitsvertrages wurde vom Parteivorstand geprüft. Die Partei schloß sich dem Komitee an, das die Aufgabe hat, Aufklärung über diese beiden Gesetzesentwürfe zu verbreiten, und als Vertreter der Partei wurde H. Spidman in das Komitee delegiert. Die Herausgabe der für die allgemeine Agitation bestimmten „Liegenden Blätter“ wurde Anfang des Jahres 1904 vorläufig eingestellt, weil sie in ihrer damaligen Form den Ansprüchen der Parteigenossen nicht genügt. Sie erscheinen jedoch jetzt von neuem mit mehr wissenschaftlichem Inhalt. Der Parteivorstand übertrug dem Genossen Helding die Redaktion der Blätter. Ein Plan zur Herausgabe eines Blattes für Arbeiterinnen und Arbeiterinnen wird den bevorstehenden Parteitag beschäftigen. — Die Parteipresse ist um zwei Organe, das Wochenblatt „Vorwärts“ in Rotterdam und das Monatsblatt „Hilversum Vooruit“, bereichert worden. Dagegen haben jedoch zwei Blätter, „De Volksstem“ und „De Rinkel“ ihr Erscheinen eingestellt. Außer den beiden neugegründeten hat die Partei neben der Tageszeitung „Het Volk“ und der Monatschrift „Nieuwe Tijd“ 7 Wochenblätter. Ferner wurde Anfang dieses Jahres ein Wochenblatt für Friedland gegründet. Das in Eindhoven erscheinende Organ der christlichen Arbeitervereine „De Vredraai“ hat sich von dieser Vereinigung losgelöst und erscheint nun als „Sozialistisches, nicht materialistisches Volksblatt“. In Droschieren wurden, abgesehen von dem Bericht der agrarischen Kommission und dem Kongressbericht, sechs herausgegeben, darunter das kommunistische Manifest in 2000 Exemplaren und das „Jahrbüchlein für 1905“ in 7500 Exemplaren.

Es wird ferner ausführlich über die Stellungnahme der holländischen Delegation zum internationalen Kongress in Amsterdam berichtet, besonders was die Taktikfrage anbetrifft. Ferner werden die Wahlen zu den Provinzialparlamenten erwähnt, die der Partei in Friesland und in Amsterdam III Erfolg brachten, und schließlich die Gemeinderatswahlen, die in Amsterdam, Haandam, Zutphen und Arnhem je einen Parteigenossen in den Gemeinderat führten.

Der Kassenbericht für das Jahr 1904 schließt in Einnahme und Ausgabe mit der Bilanzsumme von 11 718,00 Gulden. Im allgemeinen ist der finanzielle Stand nicht besonders günstig, und da eine Entschärfung der Ausgaben nicht ohne Schädigung für die Parteitätigkeit und Agitation möglich erscheint, wird sich der Parteitag wohl auch mit der Frage der Erschließung neuer Einnahmequellen befassen müssen.

Der Beirat für Arbeiterstatistik

hatte vom 10. bis 13. d. Mts. Sitzung. Ein Schreiben des Vorstandes des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter wurde verlesen, in welchem mitgeteilt wird, daß von dem Hofspeiditeur P. von Maur in Stuttgart der Aufsicht, der am 11. Januar dieses Jahres von dem Beirat vernommen wurde,

gemahnt ist. Diese Tatsache steht im Widerspruch mit der Eröffnungsrede, mit welcher der Präsident des Statistischen Amtes die Auskunftspersonen am 9. Januar ermahnte, die Wahrheit zu sagen. Er sagte: „Ich möchte Sie dringend bitten, nicht zurückhaltend zu sein, sondern uns alles zu sagen, was Sie zu sagen haben, und die Dinge so zu schildern, wie sie sich wirklich verhalten und wie Sie es mit Ihrem Gewissen vereinigen können, auch nicht zu fürchten, daß Ihnen daraus irgend welche Nachteile erwachsen werden . . . und Sie dürfen auch, soweit Sie Arbeitnehmer sind, von der Ehrenhaftigkeit der Arbeitgeber erwarten, daß Ihnen aus dem, was Sie der Wahrheit entsprechend aussagen werden, irgend welche Unzuträglichkeiten nicht erwachsen können.“ P. v. Maur hat nicht mitgeteilt, daß der Fuhrmann auch nur in einem Punkt die Unwahrheit gesagt hat, aber ein Nachteil ist der Auskunftsperson aus der Aussage erwachsen.

Ferner wurde mitgeteilt, daß die Fragebogen betreffend die Erhebungen der

Arbeitszeit in Blättchenform noch nicht ausgegeben sind. Die Ausgabe sollte ursprünglich Mitte Februar erfolgen. Die Sache stützt an einer bürokratischen Kleinigkeit. Der Auftrag lautete: Erhebungen über die Arbeitszeit, an Wochen Tagen vorzunehmen. Da aber die Arbeitszeit so sehr schwankend ist, und kein Mensch in der Lage ist, auch nur annähernd die Zahl der Arbeitsstunden für einen längeren Zeitraum anzugeben, so beschloß der Beirat, auf Vorschlag von Sachverständigen, nach den Arbeitsstunden einer bestimmten Woche zu fragen. Es wurden in dem Fragebogen sieben aufeinander folgende Tage genannt und bei jedem Tag sollte die Zahl der an diesem Tage geleisteten Arbeitsstunden eingetragen werden. Die genannte Woche hatte aber mit allen anderen Wochen des Jahres das gemein, daß darin ein — Sonntag — vorkam. Der Auftrag war aber nur für Erhebungen über die Arbeitszeit an Wochentagen gegeben. Nun war eine Rückfrage an das Reichsamt des Innern nötig. Dort liegt nun die Sache seit einigen Monaten und finden wohl große Beratungen mit den Vertretern der Bundesstaaten statt, ob diese große, grundsätzliche Änderung gebilligt werden soll. Die Arbeitswoche der Blätterin wird oft über die Ritterschaftsstunden des Sonnabends hinausreichen. Aber die Bundesregierungen wollen nur die Arbeitszeit an Wochentagen kennen lernen. Um aus diesem Dilemma herauszukommen, wird es großer staatsmännischer und juristischer Erwägungen bedürfen, die so leicht nicht zum Abschluß kommen. Vielleicht gelingt es bis zum Februar 1906 soweit zu kommen und kann dann der Fragebogen ohne Datumänderung herausgegeben werden.

Drei Tage wurden dann ausgefüllt mit Vernehmungen von Auskunftspersonen über die

Arbeitszeit in Kontoren. Es wurden 47 Auskunftspersonen verhört. Diese Erhebungen haben das eigentümliche, daß um so mehr Mißstände entdeckt werden, je weiter die Erhebungen fortschreiten. Die ersten Erhebungen durch Fragebogen gaben ein sehr günstiges Bild, und zwar nicht nur soweit die Antworten der Prinzipale in Frage kamen, sondern auch die Gehältern gaben günstige Auskunft. Die Mängel der ersten Auskunft werden jetzt entdeckt. Die bei den statistischen Erhebungen angegebene Arbeitszeit ist die sogenannte Kontorzeit. Die Schlusstunde ist aber fast nur eine nominelle, die nur in Zeiten mit flauem Geschäftsgang und dann nur bei günstigen Verhältnissen innegehalten wird. Besondere Zwischenfälle, übliche Gewohnheiten des Prinzipals, das Eintreten flatter Geschäftszustände usw. ändern die Verhältnisse, und so zeigt es sich, daß die Regel der regelmäßigen Arbeitszeit eigentlich die Ausnahme ist.

Jede Stadt und jedes Handelsgentrum hat sein besonderes Geschäft und dieses Geschäft hat dann seine flotten Geschäftszeiten, in denen es Regel ist, die angefertigte Schlusstunde nicht gelten zu lassen. Immer verlangt es das Geschäft und die Rücksicht auf die Konkurrenz, sich an die festgesetzte Schlusstunde nicht zu halten. In Berlin, Erfurt, Stettin, Breslau usw. ist es die Konfektion, in welcher während der Saison Ueberarbeit stattfindet. Saison ist es aber zweimal drei Monate im Jahre. Dann wird bis in die späte Nacht gearbeitet.

In Nürnberg verlangt der Hopfenhandel, die Spielwarenindustrie und der Lebkuchenhandel Ueberarbeit, in Magdeburg die Zuckerraffination, in Leipzig der Buchhandel usw. Einzelne Industrien, wie die Spielwarenindustrie, hat 10 bis 11 Monate so-

genannte Saison. Im Anschluß daran hat das Expeditionsgeſchäft ſich nach der Saison in allen Zweigen zu richten. Kaufen im Laufe des Tages Beſtellungen ein, dann ſollen die Beſteller befriedigt werden. Dann wird ſpät in der Nacht und ſelbſt an Sonntagen gearbeitet. Handlungsgehülſen, Bader und Hausdiener müſſen dann auf freie Zeit, oft ſelbſt auf die Zeit zum Einnehmen von Waſchzeiten und Zeit zum Schlafen verzichten. Nach Darſtellung der Prinzipale geht es nicht anders. Aus dem Buchhandel aus Leipzig wird mitgeteilt, daß es vorkommt, daß Gehülſen die ganze Nacht durcharbeiten müſſen, wenn Leipzig ſeine Poſition im Buchhandel behaupten will. Ein gewöhnlicher Sterblicher wird es ſchwer begreifen. Durch die Nacharbeit der Gehülſen wird doch höchſtens bewirkt, daß der Beſteller das Buch um einige Stunden, höchſtens einen Tag früher erhält. Nun wird es doch wohl kaum vorkommen, daß jemand, der ein beſtimmtes Buch haben will, ſich Pfefferkuchen oder Puffſachen für das Geld kauft, wenn er einige Stunden länger auf das Buch warten muß.

Vielſach ſind es üble Angewohnheiten des Prinzipals, welche die Arbeitszeit verlängern. Nur der Chef will die Briefe öffnen, er geht aber erſt ins Kantor, wenn die Gehülſen ſchon mehrere Stunden gewartet haben. Abends müſſen die Gehülſen die Briefe zur Unterſchrift vorlegen, aber dem Chef gefällt es, lange zu zögern. Die Hausdiener klagen, daß ſie eben vor Schluß der Poſt mit ganze Arme voll eingehender Briefe oder ganzen Wagenladungen Pakete zur Poſt geſchickt werden. Bevor die Sachen dann expediert ſind, iſt es ſpät am Abend. In welchem Umfange dieſer Unſinn getrieben wird, geht daraus hervor, daß die baieriſche Poſt ſchon eine Verfügung getroffen hat, daß nach Poſtſchluß von einzelnen Aufträgen höchſtens 15 Pakete angenommen werden.

Zuſammengefaßt, ſelbſt von Prinzipalen, wird zugegeben, daß eine Regelung der Arbeits- bzw. Ruhezeit wohl durchführbar iſt. Haben doch ſelbſt in Hamburg große Webereien und große Expeditionsgeſchäfte die ſogenannte engliſche Arbeitszeit und ſehr frühen Geſchäftſchluß eingeführt. Ein Vertreter des Großhandels verſicherte, daß bei der größeren Konzentration des Kapitals die Arbeit des Gehülſen immer einſeitiger wird, daß aber auch verſchiedene Praktiken aus dem großen Geſchäft verſchwinden. Was früher noch als reelles Geſchäft galt, wird heute vom Staatsanwalt verfolgt. Die „Robbeſſe“ des Hamburger Kaufmanns wurde aber dadurch charakteriſiert, daß er mittelte, in ſeinem Geſchäft wird kein Geſchäft eingeleitet, der Mitglied des Deutſch-nationales Handlungsgehülſen-Verbandes iſt.

Die Vorſchläge zur Verringerung der Mißstände waren verſchieden. Einige Gehülſen, die Mitglieder des Zentralverbandes ſind, ſorderten den Achtstundentag. Einer davon war in der glücklichen Lage, behaupten zu können, daß er ſchon ſeit Jahren die Segnungen des Achtstundentages genießt, obwohl er in Leipzig im Buchhandel beſchäftigt iſt. Die Firma des Geſchäfts „Leipziger Buchdruckerei und Verlagsanſtalt Aktiengeſellſchaft“ ſlang zwar unerbittlich. Als der Gehülſe aber die guten Einrichtungen des Geſchäfts und die ſtrikte Durchführung des Achtstundentages ſchilderte, da ſam ein Regierungsvorſteller doch zu der richtigen Anſicht, daß ſolche Ordnung nur in einem — ſozialdemokratiſchen Parteigeſchäft möglich ſei. Und ſo iſt es auch, denn die genannte Aktiengeſellſchaft iſt der Verlag der „Leipziger Volkszeitung“.

Die Mehrheit ſorderte den Neunstundentag, andere eine Minimalruhezeit von zwölf resp. elf Stunden. Die Minimalruhezeit von zwölf Stunden wurde von faſt allen Prinzipalen als durchführbar bezeichnet. Die längſte Arbeitszeit, welche als zuläſſig bezeichnet wurde, verlangte ein Geſchäftsdienſter. Die Verhandlungen ſind ſtenographiert und werden demnächst veröffentlicht.

Den dritten Gegenſtand der Tagesordnung bildete die Beratung über die

Vereinfachung der Protokolle.

Die mündlichen Erhebungen ſind bis jetzt ſtenographiert und dann im Druck erſchienen. Dieſer Modus ſoll zu viel Zeit in Anſpruch nehmen und bei der Finanzlage des Reiches zu teuer werden. Hier zeigt ſich, wofür das Reich kein Geld hat. Freilich ſind in der letzten Zeit einige Änderungen eingetreten. Als die Kommiſſion für Arbeiterſtatistik beſtand, wurden jährlich 39 000 M., darunter 30 000 M. für Bearbeitung und Drucklegung der Aufnahmen, bewilligt. Dieſes Geld wurde nie gebraucht. Die Rechnungen ergehen, daß von den in zehn Jahren bewilligten 390 000 M. keine 50 000 M. ausgegeben ſind. In der ganzen Zeit wurden 798 Kolonnen Stenogramme gedruckt. Durch Zufall ſind jetzt eine ganze Anzahl Verrechnungen ſchnell auf einander gefolgt, ſo daß vom Juni 1903 bis Ende Januar 1904 394 Kolonnen Stenogramme entſtanden und gedruckt ſind. Dazu kommen die Ausgaben für das „Reichsarbeitsblatt“, ſo daß der von der Kommiſſion für Arbeiterſtatistik verwendete Reichsſtatistik jetzt größere Druckrechnungen zu bezahlen hat. In einem halben Jahre ſieht 4000 M. für Stenogramme, das geht über die Finanzkraft des Reiches. Da ſoll plötzlich gepart werden. Aber ſparen und doch getreue Wiedergeben der Ausſagen erzielen, ſind zwei Dinge, die ſich nicht vereinbaren laſſen. Die Kommiſſion beſchloß, daß die Stenogramme in Zukunft etwas gekürzt werden ſollen, indem man Wiederholungen und rein formelle Sachen ſtreicht, aber die eigentlichen Verhörer ſollen nach wie vor im Wortlaut gedruckt werden.

Herner wurde ein Prozeßbogen feigeſtellt, der Ende April an 120 Organisations von Prinzipalen und Arbeitern aus dem Fuhrwerksgewerbe verſandt werden ſollen. Die Organisations ſollen ſich darüber äußern, wie eine Regelung der Arbeits- oder Ruhezeit durchführbar iſt.

Zum Schluß wurde noch beſchloſſen, die Erhebungen über die Arbeitszeit in der Fiſchinduſtrie fortzuführen.

Haus Industrie und Handel.

Arbeitslöhne im Handelskammerbezirk Barmen. In ihrem ſieben veröffentlichten Bericht für das Jahr 1904 beſchäftigt ſich die Barmen Handelskammer auch mit der Steigerung der Arbeitslöhne in ihrem Bezirk. Auf Grund der Nachrechnungen von 30 beſonders für Barmen in Betracht kommender Berufsgeſellſchaften gelangt ſie für die drei Jahre 1901/02 (für 1904 fehlen noch die Angaben) zu folgendem Reſultat:

Jahr	Zahl der Betriebe	Zahl der Arbeiter	Gesamtlöhne Mark	Mithin pro Kopf Mark
1901	2297	34 422	32 380 880	940
1902	2457	35 786	34 878 505	948
1903	2607	39 019	37 654 458	965

Leider gibt die Zuſammenſtellung keinen Aufſchluß darüber, wie weit auch Werkführer, Vorarbeiter und andere Angestellte mit Beamtenqualität zu den Arbeitern gezählt worden ſind, und wie ſich die Durchschnittslöhne in einzelnen für erwachsene männliche Arbeiter, für Arbeiterinnen und für jugendliche Arbeiter ſtellen.

Auf die ſechs bedeutendſten Industriezweige Barmens verteilen ſich die obigen Zahlen in folgender Weiſe:

Berufsgeſellſchaft	Zahl der Betriebe	Zahl der Arbeiter	Höhe der Gesamtlöhne Mark	Auf den Kopf der Arbeiter Mark
Textilberufsgeſellſchaft	922	19 865	18 891 531	951
Seidenberufsgeſellſchaft	147	1 812	1 151 570	678
Maschinenbau und Meißel-Induſtrie-Berufsgeſellſchaft	209	4 032	4 567 243	1098
Papierverarbeitungs-Berufsgeſellſchaft	58	1 465	1 372 942	937
Holz-Berufsgeſellſchaft	250	1 081	1 074 812	994
Gewerks-Berufsgeſellſchaft	461	5 520	4 688 432	840

Für die Textilinduſtrie, in der wie die obige Tabelle zeigt, ungefähr die Hälfte aller induſtriellen Arbeiter des Barmen Bezirks beſchäftigt iſt, ergeben ſich für die letzten fünf Jahre folgende Lohnſteigerungen:

Jahr	Zahl der Arbeiter	Gesamtlöhne	Durchschnitt
1900	18 457	17 015 563 M.	920 M.
1901	17 892	16 465 304	920
1902	19 029	17 773 851	934
1903	19 865	18 591 531	951
1904	20 278	19 312 789	952

Der Lohn iſt also in den letzten fünf Jahren noch nicht um 1/2 Prozent geſtiegen. Und dieſe geringe Steigerung entſpricht, ſoweit ſich erheben läßt, nicht etwa einer Lohnhöhung, ſondern dem beſſeren Geſchäftsgang in den letzten Jahren, der eine regelmäßige Beſchäftigung der Arbeiter zur Folge hatte. Speziell waren, wie die Handelskammer am Eingang ihres Berichts ſelbſt angibt, die Riemendreferei, Wandweberei, die Fabrikation von Beſagartikeln, die mechanische Weberei ſowie die Stütz- und Rotgarnfärberei während des Jahres 1904 gut beſchäftigt.

Die Lage des Ruhrkohlenmarktes hat ſich nach Kölner und Dortmund Meldungen in letzter Woche noch mehr verſchlechtert, und es iſt mit ziemlicher Sicherheit darauf zu rechnen, daß wenn das Wetter ſich milder geſtaltet, der Abſatz weiter abnehmen wird. Auf den Lagerplätzen mancher Beſen beginnen ſich bereits wieder recht anſehnliche Vorräte anzuhäufen. Schon ſeit Beginn des vorigen Monats ſind vielfach Feierschichten eingelegt worden; voraussichtlich werden ſie bald beträchtlich zunehmen. Auch Ründigungen ſind ſchon mehrfach erfolgt.

Die Roheiſenproduktion Oberſchleſiens betrug nach den ſtatistiſchen Angaben des Vereins deutſcher Eiſen- und Stahlinduſtrieller im Monat März 69 692 Tonnen. Davon entfielen auf Gießerei-Roheiſen 7822 Tonnen, auf Beſſemer-Roheiſen 2203 Tonnen, auf Thomas-Roheiſen 20 608 Tonnen, auf Stahlſeilen und Spiegelſeilen 6928 Tonnen, und auf Puddel-Roheiſen 31 741 Tonnen. Im ganzen erſten Quartal 1905 betrug die Geſamtproduktion 199 530 Tonnen gegen 189 897 Tonnen im erſten Quartal 1904.

Stahlwerkverband. In einer geſtern in Dünſeldorf abgehaltenen Verſammlung der Stahlwerksbeſitzer wurde beſchloſſen, die Verteilungsziffer in Stabeisen und Blechen um 5 Prozent zu erhöhen. Nach dem Geſchäftsbericht ſtellt ſich der Gesamtverband der Produkte der Gruppe A (Halbzug, Schienen uſw.) für März auf 470 680 Tonnen, übertrifft also den Februarverband (320 890 Tonnen) um 140 790 Tonnen.

Gewerkchaftliches.

Nicht zu spät!

Die Verwaltung des Textilarbeiter-Verbandes hat eine Broſchüre herausgegeben, welche noch einmal zuſammenfaſſend jenen heiduchhaften Kampf der 7000 Crimmitschauer Weber und Weberinnen ſchildert, den unſere Leſer in allen ſeinen Wäſen durch unſer Blatt kennen gelernt haben. Der Verfaſſer der Broſchüre entſchuldigt ſich in ſeinem Vorwort, daß es ihm erſt heute, ein Jahr nach der Beendigung jenes Kampfes, möglich geweſen ſei, das geſamte Material darüber der Öffentlichkeit zu übergeben. Er meint jedoch mit Recht:

„Zweifellos iſt das Intereſſe an der weiteren Entwidlung der Dinge in Crimmitschau ſeit Beendigung jenes Kampfes innerhalb der Arbeiterſchaft noch durchaus lebhaft. Zeigt doch gerade dieſe Entwidlung, daß das arbeitende Volk von den herrſchenden Gewalten nichts zu erwarten hat. Es wird genarrt und geſoppt, mit leeren Worten abgeſpielt. Regierung und Unternehmertum arbeiten ſich dabei in die Hände.“

Der Verfaſſer dieſes Wortwortes hat uns dabei geradezu eine Antwort auf den „Selbſtverleumdung“ vorweggenommen, der in ſeiner neusten Nummer unſere Einwände gegen Schip pel vom Geſchäftsſtandpunkte wertet und ſchreibt:

„Die ſozialdemokratiſchen Arbeiter müſſen nach wie vor in dem Glauben erhalten bleiben, daß alles, was außerhalb der Sozialdemokratie ſteht, arbeiterfeindlich iſt. Wenn die Arbeiterſchaft zu derleiſen Erkenntnis läme, wie ſie Schip pel zum Ausdruck gebracht hat, dann würde das Parteigeſchäft eine erhebliche Einbuſe erleiden. Für den Fortſchritt der praktiſchen Arbeiterbewegung und der geſetzlichen ſozialen Reform würde dies allerdings von Vorteil ſein.“

Nun, damals nach der Crimmitschauer Ausſperrung ſtand die Sache nicht anders als jetzt nach dem Bergarbeiterſtreik. Daſſelbe wehleidige Intereſſe einer Anzahl Tränendrüſen-Menſchen, dieſelben Tiraden des Sozialliberalismus und des Zentrums und dieſelbe Furcht der von ihren Arbeiterwählern geſchobenen Vertreter dieſer Parteien davor, daß der kapitaliſtiſche Pelz bei der Wäſche naß werden könne.

Im Vorwort der Broſchüre über den Crimmitschauer Kampf heißt es:

„Die Crimmitschauer Fabrikanten erklärten während des Kampfes, ſie ſeien nicht gegen den Jeſtundentag, nur müſſe dieſer geſetzlich für ganz Deutschland feigelegt werden. Sie hätten mit den Verhältniſſen ihrer Konkurrenztabis zu rechnen. Die Reichsregierung aber erklärte vor kurzem feierlich durch den Mund Poſadowski: Wir ſind von der Notwendigkeit des Jeſtundentages überzeugt, nur haben wir mit der Konkurrenz des Auslandes zu rechnen. Der Jeſtundentag muß gleichzeitig in allen Ländern eingeführt werden. Kann es ein anderes Verſtändnis ſpiel wohl geben? Das Unternehmertum erklärte ſeinerzeit den Arbeitern: Wir wollen uns verpflichten, auf die Geſetzgebung einzuzuwirken; und derleiſe Man, welcher während des Kampfes im Reichstag als ihr Vertretersmann fungierte, der Abgeordnete Lehmann, verkündete jetzt im Reichstag vor aller Welt die Theorie vom „freien Spiel der Kräfte“. Eine geſetzlich feigelegte Arbeitszeit bedeuete einen Eingriff in die perſönliche Freiheit, und Lehmann und ſeine Unternehmertumspartei würden dagegen ſein. So erwieſen ſich noch jetzt viele ſeinerzeit gemachten Verſprechungen als purer Schwindel. Wenn also die Arbeiter der Textilinduſtrie den Jeſtundentag haben wollen, ſo müſſen ſie aus neue dafür kämpfen. — Der Crimmitschauer Kampf war eine außerordentlich lehrreiche Episode der Arbeiterbewegung. Auch in einem künftigen Kampfe können, müſſen und werden wir ſeine Lehren beherzigen. Deshalb dürfte es auch jetzt mit dem Erſcheinen dieſer Broſchüre nicht zu spät ſein.“

Nein, wahrlich nicht! Dieſe Lehren konnten nicht rechtzeitig wieder vor die Maſſe gebracht werden, als im gegenwärtigen Augenblicke!

Berlin und Umgegend.

Der Tarif der Handelsgärtner, welcher ſitzlich zwischen den Organisations der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbart wurde, iſt am 1. April offen, auch den außerhalb ihrer Organisations ſtehenden Arbeitgebern zur Unterſchrift vorgelegt worden. Wo die Unterſchrift nicht gegeben wurde, da ſollte gleichzeitig mit der Verlegung des Tarifs die Ründigung des Arbeitsverhältniſſes ausgeſprochen werden, ſo daß die Arbeitsniederlegung am 15. dieſes Monats erfolgen kann. In der am Mittwoch abgehaltenen öffentlichen Gärtnerverſammlung wurden die letzten Verhandlungen der Tarifkommiſſion beſprochen, und war es beſonders ein Umſtand, welcher die ſtärkſte Oppoſition hervorrief. Nach den urſprünglichen Forderungen ſollte die Vertretung der Arbeitnehmer in der Tarifkommiſſion die nach Annahme des Vertrages eine ſelbſtändige Einrichtung ſei) dem Stärkeverhältnis der beiden Organisations: Allgemeiner deutſcher Gärtner-Verein und Chriſtlicher

Verband entſprechen. Der Verband hat dieſe Forderung zuerſt aufgeſtellt und der Verein hat ſie ſpäter ebenfalls übernommen. Als nun die letzte Tarifierung mit den Arbeitgebern ſtattfind, verlangte der Vertreter des Chriſtlichen Verbandes, der ſeiner Stärke nach überhaupt keinen Anſpruch auf Vertretung in der Kommiſſion erheben konnte, daß er ebenſo wie der Verein drei Mitglieder in die Kommiſſion ſende. Man einigte ſich ſchließlich, daß dem Verband zwei Kommiſſionsmitglieder zuſtanden wurden. Während die Vereinstreitung dieſe drei Chriſtlichen unterbeſondere gemachte Konzeſſion als nicht ſo bedeutungsvoll bezeichnen, erhoben die Weber aus der Verſammlung faſt ohne Ausnahme den ſtärkſten Proteſt dagegen, daß man denen um Wehrens, deren Zahl in Berlin gar nicht in Frage komme, ſo weitgehende Rechte eingeräumt habe. Es wurde betont, daß Streben des Vereins gehe doch dahin, die Kollegen von der Bevormundung durch eine Handvoll Chriſtlicher Verbandsmitglieder zu befreien und dem Verein den Einfluß auf die Arbeitsverhältniſſe zu verſchaffen, den er ſeiner Mitgliederzahl nach mit Recht beanspruchen könne. Mehrere Weber führten unter ſtarkem Weislaß aus, daß ſie eher auf den ganzen, ohnehin ſehr minimalen Tarif verzichten würden, als dem bedeutungsloſen „Verband“ die gleichen Rechte wie dem für Berlin ausſchlaggebenden Allgemeinen deutſchen Gärtnerverein zuzugeſehen. — Folgende Reſolution wurde einſtimmig angenommen:

Die Verſammlung hält an dem einmal abgeſchloſſenen, von ihr genehmigten Tarif feſt und beauftragt den Gewerksrat, in der nächſten Woche, ſobald die Reſultate der Tarifierungsverhandlung bekannt ſind, eine Gewerksratſammlung zur endgültigen Beſchlußfaſſung einzuberufen. Allen Kollegen, welche den Lohn von 18 M. nicht erhalten, wird zur Pflicht gemacht, am 15. April, wo bis jetzt noch nicht geſchloſſen iſt, ſpäteſtens am 1. Mai die Arbeit niederzulegen.

Zu dem Streik der Teppichweber bei den Firmen Baader, Benjamin und Feiſch in Berlin iſt zu berichten: In auswärtigen Zeitungen, wie in Münchenerſdorf und Chemnitz werden Teppichweber für Berlin geſucht. Nach einem Inſerat in der „Münchenerſdorfer Zeitung“ werden 50 Teppichweber für Berlin geſucht, organiſierte ausgeſchloſſen. Offerten an Roſſe. Bis jetzt iſt es jedoch noch nicht gelungen, auch nur einen Weber auf dieſe Offerte zu bekommen, und dürfte es wohl auch für die Zukunft ſchwerer halten, Streikbrecher zu erhalten. Da nicht zu beſtreiten iſt, daß aus den Reihen der Streikenden Leute abtrümmigt werden und auch die Handwerker in Bernau und anderen Orten ſich der Bewegung anſchließen, ſo iſt die beſte Zuſicht vorhanden, daß der Streik mit Erfolg für die Arbeiter endigen muß.

Achtung, Holzarbeiter! In Magdeburg ſtehen die Arbeiter im Streik. Mehrere Agenten von dort ſind bemüht, in Berlin Arbeitswillige zu werben. Die Kollegen werden erſucht, Zugang von Magdeburg fernzuhalten. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Lederarbeiter! Die Sperre über die Lederfabrik von Steinlein iſt aufgehoben, da die Differenzen durch erneute Unterhandlung dem Stande der Dinge entſprechend geregelt worden ſind. Der Zentralvorſtand.

Achtung, Breiterträger! Die Sperre bei Kempfer u. Lude, Treptow, Hoffmannſtraße, beſteht weiter.

Deutſches Reich.

Lohnbewegungen in Schleswig-Holſtein. Die Schumacher Riels haben mit ihren Arbeitgebern einen Tarif abgeſchloſſen, durch den ſie eine Reihe von Forderungen, die ſie im vorigen Jahre vergeblich durch einen Streik durchzuführen verſucht hatten, bewilligt erhalten. Der Wochenlohn wird von 20 auf 21 M. erhöht. Für unſerſchuldete Verſäumnisse von geringer Dauer dürfen Lohnabzüge nicht gemacht werden. Die Furnituren werden künſtig vom Arbeitgeber geliefert. Die Arbeitszeit iſt auf 9 1/2 Stunden feigeſetzt. Der Tarif wurde auf die Dauer von drei Jahren abgeſchloſſen. — Die Maurer in Rortorf ſetzten ohne Kampf ihre Forderung durch. Vom 28. April 1905 bis 1. Januar 1906 ſoll der Stundenlohn 42 Pf. betragen. — Auch die Zimmerer in Uetersen erreichten auf günſtigem Wege eine Erhöhung des Stundenlohnes von 47 auf 50 Pf. — Die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter in Glückſtadt ſind in den Streik getreten. Die Maurer und Zimmerer fordern einen Stundenlohn von 50 Pf. (früher 47 Pf.), die Bauarbeiter einen ſolchen von 48 Pf. (früher 40 Pf.).

Die Tapezierer in Halle haben einen Erfolg erzielt. Sie haben ihre Bewegung beendet, da alle Kollegen zu den neuen Bedingungen arbeiten. Ueber mehrere Geſchäfte, die mit Arbeitswilligen arbeiten, wurde die Sperre verhängt. — Die Tapezierer in Heidelberg ſind in den Ausſtand getreten, nachdem die Unternehmerr ſich erdreifert hatten, den zu einer Unterhandlung erſchienenen Vertrauensleuten der Arbeiter für eine zehn tündige Arbeitszeit einen Minimallohn von 14 M. pro Woche anzubieten. Gegenüber einer ſolchen Unverfrorenheit gab es für die Arbeiter natürlich kein anderes Mittel als den Streik. Die Gehülſenforderungen bewilligt haben bis jetzt zwei Firmen mit acht Gehülſen. An den Tapezierergehülſen wird es nimmehr liegen, den Hochmut der hieſigen Innungsmeiſter in die Schranken zu weiſen.

Der Streik der Maler, Anſtreicher und Lackierer in Darmſtadt dauert fort. Das Gewerbegericht hatte ſeine Vermittlung angeboten. Die Arbeitnehmer ſtimmen dem zu, dagegen lehnten die Arbeitgeber das Anerbieten des Gewerbegerichts ab. Der Kampf wird von den Arbeitgebern zur Nachfrage geſtempelt. Der Verband der baugetverbiſchen Unternehmerr von Darmſtadt fordert ſeine Mitglieder auf, die Maler- und Anſtreichermeiſter in dieſem Kampfe zu unterſtützen, um einen Erfolg der Gehülſen zu verhindern. Da jeder Erfolg nur „die Begehrtheit der Arbeiter reize“. — Der Zugang iſt ſtrengſtens fernzuhalten. Alle arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Der Streik der Tischler bei der Firma Geſchbach, Fiſchgrabenabteilung in Radberg bei Dresden, iſt beendet. Sämtliche Ausſtändigen haben die Arbeit wieder aufgenommen. Ebenſo haben die Klempner, die durch den Streik in Mitleidenschaft gezogen waren, die Arbeit wieder gemeinſchaftlich aufgenommen.

Die Schleifer der Firma Schächle Glaswerke vorm. Gräbner u. Winter in Deuben legten inſolge Differenzen am Montag die Arbeit nieder, nachdem alle Verſuche des Verbandsvorſtandes, eine Einigung zuſtande zu bringen, an dem Starren der Betriebsleitung geſcheitert waren. — Es wird dringend vor Ruzug von Schleifern und Drechern gewarnt. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Die Bewegung der Maler uſw. in Nürnberg ſpielt ſich auf einen Konflikt zu. Die beiderſeitigen Unterhandlungen ſind an der Frage der Stundenlöhne geſcheitert. Die Arbeiter ſordern für längere Geſchäfte 40, für ältere 50 Pf. Mindestlohn, in der Verhandlung gingen jedoch die Gehülſenvertreter auf 48 Pf. zurück, während die Unternehmer im allgemeinen nur 40 Pf. Stundenlohn bewilligen wollen, der zudem noch auf 3 Jahre ohne jede Steigerung feigelegt werden ſoll. Eine Arbeiterverſammlung legte dieſes Anſinnen einſtimmig ab, ſo daß der Kampf jederzeit entbrennen kann.

Zur Bewegung der Arbeiter in den Siemens-Schuckertwerken in Nürnberg.

Am Mittwoch wurde vom Arbeiterauſchuß der Direktion ein Tarifentwurf vorgelegt, der folgende Forderungen enthält: Die normale Arbeitszeit beträgt neun Stunden. Die Unterteilung derſelben bleibt der Vereinbarung zwischen der Direktion und dem Arbeiterauſchuß überlaſſen, doch muß die Mittagspause mindedeſtens 1 1/2 Stunden betragen. Die Mindest-Stundenlöhne der ausſchließlich oder vorwiegend im Feilſlohn ſtehenden Arbeiter ſind wie folgt beſtimmt: für Arbeiter unter 21 Jahren auf 45, für Arbeiter über 21 Jahren auf 50 Pf., für ſonſtige gelernte Arbeiter 35 resp. 40 Pf., für angelernte Arbeiter 33 resp. 35 Pf., für ungelernete Arbeiter 30 resp. 33 Pf., für Arbeiterinnen 20 resp. 25 Pf. Auf die zur Zeit des Tarifabſchlusses beſtehenden Stundenlöhne wird 20, auf die Akkordſätze 10 Proz. Aufſchlag bezahlt. Den Akkordarbeitern

und Arbeiterinnen wird der Stundenlohn garantiert. Abordnungen können nur dann vorgenommen werden, wenn der durchschnittliche Stundenlohn im letzten Vierteljahr bei männlichen Arbeitern 80, bei weiblichen Arbeitern 50 Pf. übersteigt. Für die Abordnungen wird folgende Ordnung aufgestellt: Die Firma stellt für jede Werkstätte eine vollständige Abordnungsliste mit der Schreibmaschine her, die von den Meistern unter Verschluß zu halten ist. Bei Übernahme eines Abordes wird diese Liste dem betreffenden Arbeiter vorgelegt. Mittwoch und Sonnabends von 11 bis 12 Uhr liegt außerdem die Liste bei dem betreffenden Werkstatthalter behufs Kontrolle der übernommenen Aborde zur Einsicht der Arbeiter auf. Zu jeder Veränderung der in der Abordnungsliste vorgesehenen Abordnungsliste wird ein von dem betreffenden Werkstatthalter delegierter Vertrauensmann beigezogen, falls die Arbeiter dies verlangen. Es bleibt der Direktion unbenommen, zur Verhandlung über die Abordnungsliste einen Betriebsingenieur hinzuzuziehen. Falls über die Höhe des Abordnungslohes eine Einigung nicht zu Stande kommt, ist der Arbeiterausschuss berechtigt, bei der Direktion vorstellig zu werden. Für Überstunden werden 25, für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Proz. des durchschnittlichen Verdienstes des letzten Vierteljahres bezahlt.

Die Tarifbestimmungen haben Geltung für alle während der Tarifdauer im Rührberger Werke beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Vereinbarungen sollen gelten vom 1. Mai 1905 bis zum 30. April 1908. Wenn sie nicht drei Monate vor Ablauf durch die Direktion oder den Arbeiterausschuss gekündigt werden, so gelten sie jeweils um ein weiteres Jahr verlängert.

Steinarbeiter-Aussperrung in München.

Ein Privattelegramm meldet uns: München, 13. April. Sämtliche organisierten Steinarbeiter wurden ausgesperrt. Dieselben sollten einen Revocis unterzeichnen, in dem sie sich verpflichten, aus der Organisation auszutreten.

Husland.

Porzellanarbeiter-Aussperrung in Frankreich in Sicht.

Ein Telegramm des „Volksrecht“ meldet aus Limoges: Unter den Arbeitern zweier hiesiger Porzellanfabriken ist eine Ausstandsbewegung im Gange. Es heißt, daß sich im Falle eines Ausstandes die übrigen Fabriken mit den beiden betroffenen Fabriken solidarisch erklären wollen. Dadurch würden 20 000 Arbeiter beschäftigungslos werden.

Organisierte und unorganisierte in Amerika.

Nach neueren Gewerkschaftsberichten sowie nach dem letzten Jahresbericht des amerikanischen Fabrikantenorgan „Independent“ folgende Liste über das Verhältnis der organisierten zu den unorganisierten Arbeitern in den Hauptzweigen der Industrie in den Vereinigten Staaten:

	Organisiert	Unorganisiert
Gewerbetriebe	500 000	1 000 000
Bergwerke	400 000	200 000
Eisenbahnen	300 000	1 000 000
Leinwand	175 000	425 000
Eisenhütten	150 000	200 000
Druck- und Verlagswesen	100 000	100 000
Bekleidung	75 000	225 000
Strassenbahnen	50 000	50 000
Schuhwaren	50 000	100 000
Tabakfabrikate	50 000	100 000
Textilwaren	50 000	500 000
Maschinenwesen	40 000	200 000
Eisen und Stahl	25 000	825 000
	1 965 000	4 485 000

Das Fabrikantenblatt stellt Betrachtungen an über die Gefahren, die der bestehenden Ordnung erwachsen, wenn die Organisation Fortschritte macht. Ein Drittel der Arbeiter sei organisiert. Gelingt

es den Arbeitern, noch ein weiteres Drittel zu organisieren, so komme die Produktion damit unter eine neue Kontrolle und große Veränderungen in sozialer und in politischer Beziehung müßten sich daraus ergeben. Darum wird den Kapitalisten geraten, im Kampf gegen die Gewerkschaften niemals zu ermüden.

Aus der Frauenbewegung.

Der Verein für Frauen und Mädchen Schönebergs und Umgegend hielt am 10. April seine regelmäßige Vereinsversammlung im Klubhaus ab. Herr Dr. Pankus hielt einen Vortrag über: „Erkennung und Bekämpfung der Krebskrankheit.“ Der Vortrag war sehr interessant und lehrreich. Nach Erledigung verschiedener Vereinsangelegenheiten erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Die sozialistische Frauenvereingung in Gent hat dieser Tage im Festlokal des „Boort“ eine Ausstellung von Frauenarbeiten eröffnet, die eine treffliche Uebersicht über die Produkte der Kunstfertigkeit und des Fleißes der Frauen bietet. Neben Handarbeiten verschiedenster Art sind Gruppen für Handel, Industrie, Kunst, für Krankenpflege und andere soziale Betätigungen vertreten. — Die Sozialistische Frauenvereingung von Gent, deren Gründung auf das Jahr 1899 zurückzuführen ist, als die Parteigenossinnen für den aus dem Gefängnis heimkehrenden Genossen eine Fest veranstalteten, zählt jetzt 100 Mitglieder. Das im Jahre 1900 von der Organisation gegründete Organ „De Stem der Vrouw“ erscheint jetzt in einer Auflage von 1800 Exemplaren.

Gerichts-Zeitung.

Die Folgen der winterrischen Glätte sollten sich bei dem Portier Gustav Berg in sehr unangenehmer Weise bemerkbar machen. Wegen fahrlässiger Körperverletzung war B. gestern vor dem Schöffengericht II angeklagt. Im Januar d. J. herrschte an einigen Tagen nicht nur eine harte Kälte, sondern durch Schneefälle wurde auch noch ein äusserst gefährliches Glatteis auf den Strassen verursacht. In diesen Tagen hatten neben den Strassenreinigern auch die Portiers und Hausverwalter ein schweres Stück Arbeit zu bewältigen; insbesondere für letztere hieß es, so schnell als möglich den Schnee fortzuschaffen und das Glatteis durch Sandstreuen zu beseitigen. Der Angeklagte, welcher in dieser Beziehung etwas nachlässig war, hoffte immer, ein Tauwetter würde ihn der schweren Arbeit überheben. Als eines Tages ein sehr gefährliches Glatteis herrschte, veräumte es der Angeklagte, der Portier eines Grundstücks in der Hauptstraße zu Schöneberg war, rechtzeitig den Schnee zu beseitigen und Sand zu streuen, trotzdem ihn ein Polizeibeamter darauf aufmerksam gemacht hatte. Die Folge war, daß eine alte 50jährige Almosensammlerin infolge der Glätte hinfürzte und sich außer einem Oberschenkelbruch noch verschiedene Verwundungen zuzog. Gegen den Angeklagten wurde das vorliegende Strafverfahren wegen fahrlässiger Körperverletzung anhängig gemacht. Der Staatsanwalt beantragte 100 M. Geldstrafe. Der Gerichtshof erkannte auf 50 M. Geldstrafe event. 10 Tage Gefängnis.

Schon wieder einer. Hinter verschlossenen Türen verhandelte gestern die zweite Strafkammer des Landgerichts I gegen den Restaurateur Paul Labowitz wegen fortgesetzten Sittlichkeitsverbrechens an seiner eigenen Pflegetochter. Der seit Anfang März in Untersuchungshaft befindliche Angeklagte war Inhaber eines größeren Restaurants, in welchem seine Pflegetochter, die 16jährige Marie L. in dem Haushalt tätig war. Der Gerichtshof belohnte es dem Antrage des Justizrats Friedmann gemäß bei der gesetzlich zulässigen Mindeststrafe von sechs Monaten Gefängnis.

Erst geschlossene Gesellschaft, dann Schankgäste. Beim Gastwirt Böhm in der Jordanerstraße zu Berlin tagte eines Tages ein Theaterverein und auf der Regellebahn vernünftige sich ein Kegelflub.

Die fraglichen Räume waren den Vereinen für den Abend überlassen worden. Nachdem Böhm sein Lokal um 12 Uhr bei Eintritt der Polizeistunde für den allgemeinen Verkehr geschlossen hatte, fanden sich die Damen und die Kegelflübler im Schankraum zusammen, um nach Schluß der Sitzungen dort noch ein Schoppen zu nehmen. Darin sahen Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht eine Uebertretung der Polizeistunde. Böhm wurde deshalb bestraft. Das Kammergericht verwarf am 18. April seine Revision, indem es die Auffassung des Landgerichts billigte, daß aus den Mitgliedern beider Vereine, die im Vereinszimmer und auf der Regellebahn, jeder für sich, geschlossene Gesellschaften darstellten, mit Betreten des allgemeinen Schankraumes Schankgäste geworden seien.

„Jena oder Sedan“ vor dem Reichsgericht. Der bekannte Roman von H. D. Veyerslein war die Veranlassung einer Klage, die den 6. Zivilsenat des Reichsgerichts beschäftigte.

Das Deutsche Verlagshaus „Vita“ in Berlin, welches jenen Roman zum Preise von 7 M. herausgegeben hatte, veranfaßte später eine Nachausgabe für 3 M. Darauf ist am 25. Oktober 1905 in der „Hamburger Nachrichten“ ein drei Spalten langer Zeitartikel erschienen, welcher sich gegen jenes Buch richtete und die Tendenz des Romans als antimilitarisch und sozialistisch bezeichnete; es wurde die Vermutung ausgesprochen, daß die sozialistische Parteileitung der Preisherabsetzung nicht fern stehe, die deutschen Buchhändler wurden aufgefordert bei der weiteren Verbreitung des Romans nicht mehr mitzuwirken. Das Verlagshaus „Vita“ hat darauf gegen den Verleger der „Hamburger Nachrichten“, Dr. H. Hartmeyer Klage angestrengt, ihr den Schaden zu ersetzen, welcher ihr durch den Artikel entstanden ist und noch entsteht. Der Beklagte erhob den Einwand der Unzuständigkeit des Landgerichts Berlin, wo die Klage angestrengt war.

Das Landgericht I Berlin hat durch ein Teilurteil den Einwand der Unzuständigkeit verworfen, von der Annahme des fliegenden Gerichtsstandes der Presse ausgehend. Gegen dieses Urteil legte der Beklagte Berufung beim Kammergericht Berlin ein, welches aber von demselben Gesichtspunkt ausgehend die Berufung zurückwies und die Sache zur weiteren Verhandlung an das Landgericht zurückverwies. Nunmehr ergriff der Beklagte das Rechtsmittel der Revision, welche das Reichsgericht teilweise für begründet anah, indem insoweit die Revision zurückgewiesen wurde, als die Klagesprüche auf Ersatz des der Klägerin durch die Verbreitung des fraglichen Zeitungsartikels im Bezirke des Landgerichts I Berlin entstandenen oder noch entstehenden Schadens gerichtet sind, im übrigen wurde das genannte Urteil des Kammergerichts aufgehoben und in der Sache selbst auf die Berufung des Beklagten unter Abänderung des Urteils des Landgerichts Berlin, insoweit die erhobene Klage wegen Unzuständigkeit des Gerichts abgewiesen. Der Klägerin wurden drei Viertel der Kosten der Berufung und Revision auferlegt, der Beklagte hat ein Viertel dieser Kosten zu tragen.

Die Klägerin wird nun wohl ihre vermeintlichen Ansprüche beim Landgericht Hamburg geltend machen.

Marktpreise von Berlin am 12. April. Nach Ermittlungen des hgl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Kentner: Weizen**), gute Sorte 17,30—17,28 M., mittel 17,26—17,24 M., geringe 17,22—17,20 M. Roggen**), gute Sorte 13,80—13,78 M., mittel 13,78—13,77 M., geringe 13,76—13,75 M. Ruttgergerle*), gute Sorte 16,00—14,90 M., mittel 14,80 bis 13,70 M., geringe 13,60—12,50 M. Geler*), gute Sorte 16,20—15,40 M., mittel 15,30—14,80 M., geringe 14,50—13,80 M. Gersten, gelbe, zum Kochen 15,00—30,00 M., Speisebohnen, weiße 50,00—30,00 M. Ähren 30,00—30,00 M. Kartoffeln 10,00—4,50 M. Kartoffeln 5,00—4,50 M. Heu 9,20—7,20 M. Für ein Allogramm: Butter 2,80—2,80 M. Eier per Schock 4,00—2,80 M. *) Frei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 12. April. Elbe bei Ruffig + 1,73 Meter, bei Dresden + 0,30 Meter, bei Magdeburg + 3,10 Meter. — Ustrut bei Straußfurt + 2,10 Meter. — Oder bei Kallidor + 2,00 Meter, bei Breslau Ober + 6,20 Meter, bei Breslau Unter + 6,20 Meter, bei Frankfurt + 2,25 Meter. — Betschke bei Draßemünde + 4,83 Meter. — Bartsch bei Josen + 1,02 Meter.

Arbeiter-Sängerbund Berlins u. Umgegend.

1. Vorsitzender: Julius Weher, Berlin, Ullrichstr. 131. 1. Kassierer: August Seifrit, Berlin, Bergmannstraße 104 IV.

Alle Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an: Max Sinner, Niddorf, Fuldstr. 59, vorn II.

Sitzung haben Montag:

- „Gemeinschaft“, Berlin, Kienitz, Eibingerstr. 15.
- „Fisch auf 1“, Friedrichshagen, Friedrichstr., Frankfurter Allee 198.
- „Harmonie Dammhor“, Berlin, Dammhor, Stargarderstr. 58.
- „Solidarität“, Berlin, Augustin, Lindenstr. 69.
- „Liederkreis“, Berlin, Käthe, Stalitzerstr. 53.
- „Treu und Held“, Berlin, Käthe, Gubenstr. 6.
- „Weddinger Harmonie“, Berlin, Mühlberg, Köpenickerstr. 7.
- „Jugend“, Friedrichshagen, Köpenick, Kronprinzengasse 15.

Sitzung haben Dienstag:

- „Wendigkeit“, Berlin, Alenast, Barthauserstr. 53.
- „Dammhor“, Berlin, Udenwalde, Gerhard, Haag 5.
- „Dammhor“, Berlin, Udenwalde, Gerhard, Haag 5.
- „Scho 1“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 19.
- „Edelweiss“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 15.
- „Einigkeit“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 18.
- „Einigkeit III“, Rummelsburg, Salentin, Neue Behn, Mühlbergstr. 44.
- „Freie Kollbäume“, Berlin, Biallath, Stalitzerstr. 51/52.
- „Freie Sänger“, Rummelsburg, Schulz.
- „Freie Sänger-Chor“, Mühlberg, Mitte, Köpenickerstr. 33.
- „Freia 1 gem. Chor“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 57.
- „Freiheit II gem. Chor“, Köpenick, Van, Köpenickerstr. 10.
- „Freiheit III“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit IV“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit V“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit VI“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit VII“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit VIII“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit IX“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit X“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XI“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XII“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XIII“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XIV“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XV“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XVI“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XVII“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XVIII“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XIX“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XX“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.

Sitzung haben Mittwoch:

- „Wendigkeit“, Berlin, Alenast, Barthauserstr. 53.
- „Dammhor“, Berlin, Udenwalde, Gerhard, Haag 5.
- „Dammhor“, Berlin, Udenwalde, Gerhard, Haag 5.
- „Scho 1“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 19.
- „Edelweiss“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 15.
- „Einigkeit“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 18.
- „Einigkeit III“, Rummelsburg, Salentin, Neue Behn, Mühlbergstr. 44.
- „Freie Kollbäume“, Berlin, Biallath, Stalitzerstr. 51/52.
- „Freie Sänger“, Rummelsburg, Schulz.
- „Freie Sänger-Chor“, Mühlberg, Mitte, Köpenickerstr. 33.
- „Freia 1 gem. Chor“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 57.
- „Freiheit II gem. Chor“, Köpenick, Van, Köpenickerstr. 10.
- „Freiheit III“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit IV“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit V“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit VI“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit VII“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit VIII“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit IX“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit X“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XI“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XII“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XIII“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XIV“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XV“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XVI“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XVII“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XVIII“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XIX“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XX“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.

Sitzung haben Donnerstag:

- „Wendigkeit“, Berlin, Alenast, Barthauserstr. 53.
- „Dammhor“, Berlin, Udenwalde, Gerhard, Haag 5.
- „Dammhor“, Berlin, Udenwalde, Gerhard, Haag 5.
- „Scho 1“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 19.
- „Edelweiss“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 15.
- „Einigkeit“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 18.
- „Einigkeit III“, Rummelsburg, Salentin, Neue Behn, Mühlbergstr. 44.
- „Freie Kollbäume“, Berlin, Biallath, Stalitzerstr. 51/52.
- „Freie Sänger“, Rummelsburg, Schulz.
- „Freie Sänger-Chor“, Mühlberg, Mitte, Köpenickerstr. 33.
- „Freia 1 gem. Chor“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 57.
- „Freiheit II gem. Chor“, Köpenick, Van, Köpenickerstr. 10.
- „Freiheit III“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit IV“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit V“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit VI“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit VII“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit VIII“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit IX“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit X“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XI“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XII“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XIII“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XIV“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XV“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XVI“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XVII“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XVIII“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XIX“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XX“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.

Sitzung haben Freitag:

- „Wendigkeit“, Berlin, Alenast, Barthauserstr. 53.
- „Dammhor“, Berlin, Udenwalde, Gerhard, Haag 5.
- „Dammhor“, Berlin, Udenwalde, Gerhard, Haag 5.
- „Scho 1“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 19.
- „Edelweiss“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 15.
- „Einigkeit“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 18.
- „Einigkeit III“, Rummelsburg, Salentin, Neue Behn, Mühlbergstr. 44.
- „Freie Kollbäume“, Berlin, Biallath, Stalitzerstr. 51/52.
- „Freie Sänger“, Rummelsburg, Schulz.
- „Freie Sänger-Chor“, Mühlberg, Mitte, Köpenickerstr. 33.
- „Freia 1 gem. Chor“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 57.
- „Freiheit II gem. Chor“, Köpenick, Van, Köpenickerstr. 10.
- „Freiheit III“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit IV“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit V“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit VI“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit VII“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit VIII“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit IX“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit X“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XI“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XII“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XIII“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XIV“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XV“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XVI“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XVII“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XVIII“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XIX“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XX“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.

Sitzung haben Samstag:

- „Wendigkeit“, Berlin, Alenast, Barthauserstr. 53.
- „Dammhor“, Berlin, Udenwalde, Gerhard, Haag 5.
- „Dammhor“, Berlin, Udenwalde, Gerhard, Haag 5.
- „Scho 1“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 19.
- „Edelweiss“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 15.
- „Einigkeit“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 18.
- „Einigkeit III“, Rummelsburg, Salentin, Neue Behn, Mühlbergstr. 44.
- „Freie Kollbäume“, Berlin, Biallath, Stalitzerstr. 51/52.
- „Freie Sänger“, Rummelsburg, Schulz.
- „Freie Sänger-Chor“, Mühlberg, Mitte, Köpenickerstr. 33.
- „Freia 1 gem. Chor“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 57.
- „Freiheit II gem. Chor“, Köpenick, Van, Köpenickerstr. 10.
- „Freiheit III“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit IV“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit V“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit VI“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit VII“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit VIII“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit IX“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit X“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XI“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XII“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XIII“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XIV“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XV“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XVI“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XVII“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XVIII“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XIX“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.
- „Freiheit XX“, Berlin, Udenwalde, Lindenstr. 21.

Die Krankheit unserer Zeit,

die Nervosität, ist vielfach die Folge von minderen oder größeren Verdauungsstörungen. Das allgemeine Wohlbefinden hebt sich rasch, die Lebensfreude kehrt wieder, wenn die Diät aus nahrhaften, aber leicht verdaulichen Speisen besteht, wie solche in Knorr's vortrefflichen Hafersflocken und in Knorr's Hafersgrübe zu finden sind! Bei deren Gebrauch bessert sich das Allgemeinbefinden sichtlich, die frische Gesichtsfarbe kehrt zurück und die frühere Energie und Lebenskraft befähigt den einzelnen zu reger Berufstätigkeit. Allen Nervösen ist deshalb die so einfache Verwendung von Knorr's Haferspräparaten im eigenen Interesse angeraten. Beim Einkauf achte man stets auf die Firmenzeichnung Knorr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 14. April.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Die Heirat wider Willen.
Schauspielhaus. Götz von Berlichingen mit der Eisenhand.
Deutsches. Don Carlos. (Anfang 7 Uhr.)
Berliner. Was dem der läßt! Westen. Der Bettelstudent.
National. Der Freischütz.
Neues. Minna von Barnhelm.
Thalia. Der Kilometerfresser.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Augen rechts. Hierauf: Die sittliche Forderung.
Schiller N. (Friedrich-Bühelmännisches Theater.) Iphigenie auf Tauris.
Seifing. Prolog. Demetrius. Nänie. Kleines. Die Knechtchen. Abschließesouper.
Reichsh. Herzogin Crevette. (La Duchesse des Polies-Bergère.)
Zentral. Der Barbier von Sevilla.
Kriano. Ihr Bild.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Welle-Alliance. ... noch einmal so leben!
Carl Weiß. Die kleinen Vagabunden. Raifen. Die Nola-Dominos.
Kasino. Solos Vater.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Lustspielhaus. Eine Abrechnung.
Die Bäuerin.
Apollo. Das Weilschenmädgen. Spezialitäten.
Herrnfeld-Theater. Die Meyerhains.
Palast. Das Geheimnis der alten Mamsell. Spezialitäten.
Passage-Theater. Emmi Kröchert.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wintergarten. Cleo de Mérode.
Julius Spielmann. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis.
Nachmittags 4 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.
Jubiläumstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Minna von Barnhelm.
Sonabend nachm. 2 1/2 Uhr bei ermäßigten Preisen: Ein Sommernachtsstraum. Abends 7 1/2 Uhr: Ein Sommernachtsstraum.
Sonntag: Ein Sommernachtsstraum.
Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Neuvermählten.
Vorher: Abschiedssouper.
Sonabend: Salomo.
Sonntag nachm. 3 Uhr bei ermäßigten Preisen: Familienidyl. Liebesträume. Sorenissimus.
Abends 8 Uhr: Angelo. Abschied vom Regiment.
National-Theater.
Weinbergsweg 19.
Freitag, den 14. April 1905:
Der Freischütz.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonabend: Das Glöckchen des Eromilan.
Sonntag abends 7 1/2 Uhr: Gastspiel des königlichen Kammerängers Francesco d'Andrade: Don Juan.
Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die rosa Dominos.
Sonabend: April-Phix.
Sonntag nachm.: Der Herrgott-schniter.
Abends: Die rosa Dominos.
Montag: Die rosa Dominos.
Apollo-Theater.
218. Friedrichstraße 218.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Das Weilschenmädgen.
Vorher 8 Uhr:
Die April-Spezialitäten.
Sonntag, 16. April, nachm. 3 Uhr, ermäßigte Preise: Berliner Luft und die April-Spezialitäten.
Deutsch-Amerikanisches Theater.
Köpnickerstr. 67/68, Stal. Jannowitzbr.
Zum Jeden Abend! Ueber'n großen Teich.
Male: Anf. 8 Uhr, Ende 10 1/2
Sonntag nachm. 3 Uhr: HALBE PREISE.
„Ueber'n großen Teich“.
Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
Die kleinen Vagabunden.
Sensationskomödie in 5 Akten und 8 Bildern von P. Decourcelles.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Kinder-vorstellung: Hansi und Gretel.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Die Kinder des Kapitän Grant.

Freitag, abends 8 Uhr:
Augen rechts.
Komödie in 3 Akten v. Jon Lehmann.
Hierauf: Die sittliche Forderung.
Plauderei von Otto Erich Hartleben.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Augen rechts.
Hierauf: Die sittliche Forderung.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Fuhrmann Henschel.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Iphigenie auf Tauris.
Hierauf: Die sittliche Forderung.

Freitag, abends 8 Uhr:
Iphigenie auf Tauris.
Schauspiel in 5 Aufzügen v. Johann Wolfgang Goethe.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Die Herren Söhne.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Wallensteins Lager.
Die Piccolomini.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Augen rechts.
Hierauf: Die sittliche Forderung.

Freitag, abends 8 Uhr:
Iphigenie auf Tauris.
Schauspiel in 5 Aufzügen v. Johann Wolfgang Goethe.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Die Herren Söhne.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Wallensteins Lager.
Die Piccolomini.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Augen rechts.
Hierauf: Die sittliche Forderung.

Freitag, abends 8 Uhr:
Iphigenie auf Tauris.
Schauspiel in 5 Aufzügen v. Johann Wolfgang Goethe.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Die Herren Söhne.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Wallensteins Lager.
Die Piccolomini.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Augen rechts.
Hierauf: Die sittliche Forderung.

Freitag, abends 8 Uhr:
Iphigenie auf Tauris.
Schauspiel in 5 Aufzügen v. Johann Wolfgang Goethe.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Die Herren Söhne.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Wallensteins Lager.
Die Piccolomini.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Augen rechts.
Hierauf: Die sittliche Forderung.

Freitag, abends 8 Uhr:
Iphigenie auf Tauris.
Schauspiel in 5 Aufzügen v. Johann Wolfgang Goethe.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Die Herren Söhne.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Wallensteins Lager.
Die Piccolomini.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Augen rechts.
Hierauf: Die sittliche Forderung.

Freitag, abends 8 Uhr:
Iphigenie auf Tauris.
Schauspiel in 5 Aufzügen v. Johann Wolfgang Goethe.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Die Herren Söhne.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Wallensteins Lager.
Die Piccolomini.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Augen rechts.
Hierauf: Die sittliche Forderung.

Freitag, abends 8 Uhr:
Iphigenie auf Tauris.
Schauspiel in 5 Aufzügen v. Johann Wolfgang Goethe.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Die Herren Söhne.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Wallensteins Lager.
Die Piccolomini.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Augen rechts.
Hierauf: Die sittliche Forderung.

Freitag, abends 8 Uhr:
Iphigenie auf Tauris.
Schauspiel in 5 Aufzügen v. Johann Wolfgang Goethe.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Die Herren Söhne.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Wallensteins Lager.
Die Piccolomini.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Augen rechts.
Hierauf: Die sittliche Forderung.

Freitag, abends 8 Uhr:
Iphigenie auf Tauris.
Schauspiel in 5 Aufzügen v. Johann Wolfgang Goethe.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Die Herren Söhne.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Wallensteins Lager.
Die Piccolomini.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Augen rechts.
Hierauf: Die sittliche Forderung.

Freitag, abends 8 Uhr:
Iphigenie auf Tauris.
Schauspiel in 5 Aufzügen v. Johann Wolfgang Goethe.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Die Herren Söhne.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Wallensteins Lager.
Die Piccolomini.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Augen rechts.
Hierauf: Die sittliche Forderung.

Schiller-Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Augen rechts.
Komödie in 3 Akten v. Jon Lehmann.
Hierauf: Die sittliche Forderung.
Plauderei von Otto Erich Hartleben.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Augen rechts.
Hierauf: Die sittliche Forderung.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Fuhrmann Henschel.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Iphigenie auf Tauris.
Hierauf: Die sittliche Forderung.

Neues Konzerthaus.
Grand Hotel Alexanderplatz.
Gr. Kurt Goldmann-Konzert.
unter Mitwirkung des Salon-Quartetts G. Bonnè. Anfang 8 1/2 Uhr.
empfehle zu Versammlungen und Festlichkeiten jeglicher Art.
22222

Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.
Nachmittags 4 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
P. GASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Das sensationelle Riesen-Mädchen!!!
Rosa Wedsted, 2 Meter 20 cm hoch, größte lebende Riesin der Welt.
Passage-Theater.
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Sonntag, 3. Sonntag, 5 Uhr.
Emmi Kröchert
dem Berliner sein Fall.
Die 7 Allison
Akrobaten.
Lotte Sebus
Vortragskünstlerin.
Losoros, Koloratur-Sängerin.
Man do Wirth, Damen-Imitator.
14 neue glänzende Nummern.

Passage-Theater.
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Sonntag, 3. Sonntag, 5 Uhr.
Emmi Kröchert
dem Berliner sein Fall.
Die 7 Allison
Akrobaten.
Lotte Sebus
Vortragskünstlerin.
Losoros, Koloratur-Sängerin.
Man do Wirth, Damen-Imitator.
14 neue glänzende Nummern.

Passage-Theater.
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Sonntag, 3. Sonntag, 5 Uhr.
Emmi Kröchert
dem Berliner sein Fall.
Die 7 Allison
Akrobaten.
Lotte Sebus
Vortragskünstlerin.
Losoros, Koloratur-Sängerin.
Man do Wirth, Damen-Imitator.
14 neue glänzende Nummern.

Passage-Theater.
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Sonntag, 3. Sonntag, 5 Uhr.
Emmi Kröchert
dem Berliner sein Fall.
Die 7 Allison
Akrobaten.
Lotte Sebus
Vortragskünstlerin.
Losoros, Koloratur-Sängerin.
Man do Wirth, Damen-Imitator.
14 neue glänzende Nummern.

Passage-Theater.
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Sonntag, 3. Sonntag, 5 Uhr.
Emmi Kröchert
dem Berliner sein Fall.
Die 7 Allison
Akrobaten.
Lotte Sebus
Vortragskünstlerin.
Losoros, Koloratur-Sängerin.
Man do Wirth, Damen-Imitator.
14 neue glänzende Nummern.

Passage-Theater.
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Sonntag, 3. Sonntag, 5 Uhr.
Emmi Kröchert
dem Berliner sein Fall.
Die 7 Allison
Akrobaten.
Lotte Sebus
Vortragskünstlerin.
Losoros, Koloratur-Sängerin.
Man do Wirth, Damen-Imitator.
14 neue glänzende Nummern.

Passage-Theater.
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Sonntag, 3. Sonntag, 5 Uhr.
Emmi Kröchert
dem Berliner sein Fall.
Die 7 Allison
Akrobaten.
Lotte Sebus
Vortragskünstlerin.
Losoros, Koloratur-Sängerin.
Man do Wirth, Damen-Imitator.
14 neue glänzende Nummern.

Passage-Theater.
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Sonntag, 3. Sonntag, 5 Uhr.
Emmi Kröchert
dem Berliner sein Fall.
Die 7 Allison
Akrobaten.
Lotte Sebus
Vortragskünstlerin.
Losoros, Koloratur-Sängerin.
Man do Wirth, Damen-Imitator.
14 neue glänzende Nummern.

Passage-Theater.
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Sonntag, 3. Sonntag, 5 Uhr.
Emmi Kröchert
dem Berliner sein Fall.
Die 7 Allison
Akrobaten.
Lotte Sebus
Vortragskünstlerin.
Losoros, Koloratur-Sängerin.
Man do Wirth, Damen-Imitator.
14 neue glänzende Nummern.

Residenz-Theater.
Dir.: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Herzogin Crevette.
Schwan in einem Vorspiel u. 3 Akten von Georges Feytaud, in Deutsch bearb. v. Benno Jacobson.
Sonntag, 16. April, nachm. 3 Uhr:
Der Gürtelbesitzer.



Neues Programm.
Cleo de Mérode.
Genaro u. Theol, Contorsionisten.
Violet Wagner, Engl. Soubrette.
W. C. Fields, Komisch. Jongl.
Paul Jülich, Humorist.
Diane de Fontenay, Lebende Bilder.
Stilling u. Revell, Kom. Reckturn.
Barthe Brésina, Paris. Sängerin.
Karl Hertz, Amer. Illusionist.
Kaufmann-Truppe, Kunstradfahrer.
Pas de Fleurs, Biograph.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater.
Frankfurter-Allee 85.
Das vollst. neue April-Programm.
Neu! Jul. Hauff, brillanter Charakter-Komiker. Neu! Dr. Adolph Quasibrot auf dem Drahtseil. Wig. Elvira, Jongleuse auf rollender Kugel. Mizzi Rother, Wiener Wiederlängerin. Stella Oest, deutsch-dänische Soubrette.
Serra u. Sano, ausgezeichn. Original-Duettilen etc.
Anf. Wochentags 7 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Sanssouci.
Kottbuser Tor - Stat. der Hochbahn.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger u. Tanzkränzen.
Zum Schluss neu!
Familie Pinte b. Baron.
Dienstag und Mittwoch:
Waldbliedchen, über: die Tochter der Freiheit.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
Unsere süßen Dienstmädel.
Anf. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

M. von Reusner
Prof. des Staatsrechts.
Die russischen Kämpfe um Recht und Freiheit.
III. 2.20, geb. 3 (Porto 20 Pf.)
Gebauer-Schwetfische Druckerei und Verlag m. b. H., Halle a. S.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein.
(Nicht d. Arb.-Rab.-Fund. „Solidarität“).
Touren am Sonntag, 16. April:
1. 2. 3. Abt., früh 8 Uhr: nach Straußberg (Magnum), mittags 2 Uhr: Neuhagen (Kohlwein). Start: Mariannenpark.
4. Abt., früh 6 Uhr: nach Oberwalde (zur Kühle), mittags 1 Uhr: Verano. Start: Hindenburgplatz.
5. Abt., früh 7 Uhr: nach Ludenwalde, mittags 1 1/2 Uhr: nach Hochlichterfelde (v. Richter). Start: Viktoria-Platz.
6. Abt., früh 7 Uhr: nach Rauen, mittags 2 Uhr: Spandau (Runde). Start: Viktoria-Platz.
7. Abt., früh 8 Uhr: nach Königs-Butterhausen (Schützenhaus), mittags 1 Uhr: nach Schmiedewitz (Rode). Start: Pappelplatz.
8. Abt., früh 8 Uhr: nach Saarmund. Nähere Beteiligung an dieser Tour wird erwünscht. Nachmittags 1 1/2 Uhr: nach Rosow. Beide Start: am Brandenburger Tor.
Heute abend 7 1/2 Uhr:
Fahrt - Sitzung
bei Ostrowski, Schillingstr. 24.
Nächste Announce erscheint abendm. 8 Uhr nächsten Donnerstag.
Die Versammlung der 8. Abteilung findet ausnahmsweise am Dienstag statt.
12/5

Otto Pritzows
Abnormitäten - Ausstellung
Männstraße 10.
Täglich Vorführung.
Miß Arabella,
die einzige Dame, welche auf dem gaucau Räder tanzen kann.
Medizinische Rätsel, anatomische Wunder, Riesen! Zwerge!
Volksgarten - Theater
(früher Weimann).
Heute:
Keine Vorstellung.
Nächste Vorstellung:
Sonntag, den 16. April, nachmittags: Schneewittchen und Rosenrot.
Abends: **Schuldig.**

„Die Nonne“
Roman von Denis Diderot.
Dieses von Goethe und Schiller hochgeschätzte Buch wurde auf Antrag der königl. Staatsanwaltschaft Leipzig beschlagnahmt, aber kürzlich wieder freigegeben. Der Verfasser behandelt in dem Buche die Erlebnisse eines jungen Mädchens im Kloster, das von seinen Eltern gezwungen wurde, Nonne zu werden, und gibt gleichzeitig eine Schilderung der im Kloster herrschenden Sittenverhältnisse.
234/3
Das Buch kostet brosch. 2,- M., geb. 3,50 M.
Ferner empfehlen wir:
Güter geweihten Mauern.
Aufzeichnungen aus dem Tagebuche eines Klostergeistlichen von Peter Verdicus.
Dieses Buch behandelt ebenfalls das Leben im Kloster und ist sehr interessant geschrieben.
Der Preis beträgt 3,50 M.
Buchhandlung Vorwärts,
Berlin SW. 68,
Lindenstr. 69, Laden.

Landschinken.
Dittpreußische Knochenhäuten, in ganz u. halb. Pfd. 95 Pf.
Thüring. Dellfleischhäuten 110 Pf.
Speck, mager u. fett 70 Pf.
Gallische Zwiebelwurst 55 Pf.
Thüring. Rotwurst 55 Pf.
Braunschweig. Leberwurst 65 Pf.
Thüring. Fleischwurst 65 Pf.
Bommersehe Landrotwurst 90 Pf.
Braunsch. ff. Leberwurst 95 Pf.
Ragdwurst 95 Pf.
Polnische u. Mettwurst 65 Pf.
Schlachtwurst u. Salami von 95 Pf. an.
Paul Klähn, Chauffeurstr. 27.

Krug zum grünen Kranze
am Alexanderplatz (im Keller).
Täglich: „Fidelitas!“
Carl Lüdeckes
humoristisches Ensemble.
Entree frei. 25682*

Sporthaus zur großen Krampe.
Kolonie Müggelheim. W. Troppens.
Jernstr. Amt Köpenick 141.
Being hierdurch den werthen Vereinen, Fabriken und Gewerkschaften mein herzlich an Bald und Wasser gelegenes Lokal in freundliche Erinnerung. Drei Säle und sonstige Räume, 1000 Personen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend. Küche, sowie Getränke in bekannter Güte. 25382*

Moabiter Gesellschaftshaus
(Inh.: H. Peters), Wiclowstraße 24.
Sonntag, den 16. April (Palmsonntag):
Lichtbilder-Vortrag
gehalten vom Vertreter der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, Herrn Martin Krollik, veranstaltet von Mitgliedern der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend 6. Verkaufsstelle Moabit. 126/2
I. Teil: Die Konsum-Genossenschaft Englands.
II. Teil: Die Konsum-Genossenschaften Deutschlands.
Nach dem Vortrage: **Gemütliches Beisammensetzen.**
Eröffnung 6 Uhr, Anfang 7 Uhr. Entree 20 Pf.
Freunde und Anhänger der Konsum-Genossenschaftsbewegung sind freundlichst eingeladen. Das Komitee.

Brennabor-Räder
und Jenensia-Räder auf
Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie!
Sozial-Luxus-Räder M. 65,-, mit Freilauf M. 100,-.
Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten.
23. R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Blitz-Schnell
kommt man mit der Hochbahn bei Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Hansi. Empfehlung:
1 Posten getragene Anzüge, 1 Posten getragene Paletots, 1 Posten getrag. Beinkleider zu staunend billigen Preisen.
auch für formulente Herren.
Dieselben sind von feinen Kadaveren und Heisenden, die nur einen Monat ihre Garberode tragen. 25242*
Fahrgeid wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Möbel-Fabrik - Niederlage
Otto Plettner,
Tischlermeister,
N., Dalldorfer - Straße 19.
Komplette
Wohnungs - Einrichtungen
und einzelne Möbel 2533L*
in gediegener Ausführung zu soliden Preisen.

Verband der Schneider und Schneiderinnen und Verwandten
Berufsgenossen Deutschlands.
(Filiale Berlin.)
Todes-Anzeige.
Am Dienstag, den 11. d. Mts., verstarb nach langem schweren Leiden unser Mitglied
Hermann Schulz
(Frankfurter Wwe 129)
im 36. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
163/3
Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme sowie für die reichlichen Anwesenheit bei der Beerdigung unseres Lieblingen **Hannchen** sagen allen Freunden und Bekannten sowie meinen Kollegen unseren herzlichsten Dank.
Hermann Eggert, Einseher
nebst Frau.

Daufragung.
Allen lieben Freunden und Bekannten, welche meinen lieben Enkelchen **Fritz Gottschalk** in so zahlreicher Weise die letzte Ehre erwiesen haben, sage ich auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank.
+127 **Hax Pieritz.**

Gerrenfragen, rein Wein. 4 f.
beste Qualität. D. W. 3 u. 3,50
Wasserketten, prima. 4fach
1/2 D. M. 1,80 und 2,25.
Servietten, größte Auswahl
Stück von 30 Pf. an.
Krawatten, Handschuhe,
Sofenträger, Taschentücher,
Strümpfe etc.
Detailverkauf zu Engros-Preisen.
Ernst Marcuse
23. Münzstrasse 23.

Nach Schluß der Sammlung für die Bergleute des Ruhrgebietes

Sind bei dem Unterzeichneten noch folgende Beiträge eingegangen:

München, Sammlung der „Münchener Post“ 9. und Schlusgabe 254,15. Gelberhader, Verlag und Redaktion des „Arbeiter-Radfahrer“ 8.—, Oberlangenbieten, durch die Expedition des „Proletarier“ 600.—

Berlin, 2. Wahlkreis, 7. Rate, Listen: 512 9,80; 514 7,70; 520 8,10; 525 5.—; 527 5.—; 535 9,90; 537 13,40; 554 3.—; 555 2,50; 561 4,25; 567 6,65; 595 2.—; 600 6,25; 629 4,90; 630 12,90; 641 8.—; 645 6,10; 647 2,30; 657 3,65; 659 9.—; 660 19.—; 663 14,70; 665 3,75; 669 1.—; 680 2,20; 691 12,70; 836 4,40; 839 16,50; 840 7,30; 841 10,65; 843 4,30; 845 5,75; 851 9,90; 858 5,20; 855 7,80; 859 3,60; 888 2,30; 893 7,70; 897 4,25; 908 3,15; 917 3,40; 939 12,85; 941 4,75; 945 9,50; 947 8,95; 948 7,50; 949 9.—; 954 10,15; 959 12,20; 964 1,55; 968 7,75; 972 9,15; 973 2,75; 975 8,15; 976 10,55; 982 5,50; 983 4,95; 988 1,95; 990 6,75; 992 20.—; 993 10; 995 16,95; 998 11,05; 1005 6,70; 1012 18,30; 1014 5,20; 1015 13,50; 1016 12,95; 1017 9,35; 1023 3,05; 1030 13,90; 1083 14,25; 1084 4,75; 1085 13.—; 1086 5,50; 1093 9,90; 1099 14,65; 1047 7,35; 1051 5,65; 1055 8,10; 1070 16,50; 1085 5,80; 1092 3,60; 1094 14,20; 1096 8.—; 1097 3,75; 1102 4.—; 1105 12,60; 1108 10,05; 1113 6.—; 1240 14,05; 1247 12,75; 1256 5,45; 1260 9,60; 1263 2,30; 1269 5,50; 1271 5,80; 1273 13,15; 1274 1,70; 1280 3,80; 1282 8,30; 1301 10,25; 1304 15,85; 1306 8,80; 1309 2,05; 1311 3,70; 1312 5,55; 1323 14,45; 1324 4.—; 1334 5,75; 1334 11,30; 1357 1,50; 1363 5,60; 1366 12,30; 1368 5,90; 1372 8,75; 1376 7,05; 1381 4,50; 13818 12,80; 1405 5,60; 1424 1,45; 1448 5,85; 1451 5,25; 1453 6,50; 1516 3.—; 1517 5,50; 1534 11,80; 1567 8,45; 1568 16,30; 1567 10,20; 1665 11,40; 1688 12.—; 1672 10,25; 1685 2,30; 1687 10,80; 1691 3.—; 1692 5,50; 1754 21.—; 1758 10,90; 1905 3.—, Summa 1233,45.

2. Wahlkreis 8. Rate 479,75 (darunter Listen: 760 Kollegen der Firma G. Grant 9,40; 808 Glasfabrik Godesbücker 13,56; 698 durch Ritz 11,05; 1495 u. 1496 Paul Rese, Brandenburgerstr. 5 u. 6. Rate 8,30; 571 Sauerwein 12,10; 621 Selmann u. Sohn 4,75; 1585 Monteur und Schlosser d. Firma Lemmer, Zimmerstr. 37 14,35; 1603 durch Köhn 4.—; 1604 Dalmier, Martenfelde 8. Wst. d. Duna 14,25; 1288 d. Borgfeld 6,70; 1291 durch Rabahy 6,30; 842 End u. Straßer 8,20; 920 Helm u. Lehmann, Reindendorf 11,75; 1800 Baumberg 7,45; 1182 Stod u. Co., Saal 13 14,45; 1507, 8. u. 10. Rate u. R. 3. Rate 25,35; 1709 Wälschbühl Einigkeit 10,70; 1724 Glasfabrik Blauenhof 3,50; 1727 Grün u. Hedwig 15,40; 502 — 85; 503 1.—; 505 2.—; 508 5.—; 539 1,80; 545 5,40; 553 1,50; 590 8,85; 598 2,90; 597 10,80; 598 3,60; 518 10,45; 576 6,05; 572 1.—; 580 2,95; 601 3,70; 603 — 80; 602 2.—; 604 2.—; 606 13,10; 614 — 50; 619 9,65; 625 2,55; 633 2,25; 630 1,50; 661 1,25; 667 3,25; 674 7,80; 702 13,80; 719 6,20; 728 — 80; 735 3,80; 736 25,25; 740 8,60; 741 1,50; 742 7,95; 743 9,90; 746 5,25; 766 5,30; 767 1.—; 791 1,80; 762 3,05; 763 0,50; 800 1,50; 820 2,85; 825 1,50; 829 2,65; 826 1,80; 827 0,50; 828 3.—; 832 6,25; 872 3,80; 882 14,80; 883 12,75; 889 7,20; 924 1.—; 950 11,40; 960 0,70; 961 2,10; 963 — 50; 967 2,10; 965 5,20; 971 10.—; 974 6,50; 977 8,80; 979 4,20; 981 7,75; 986 3,35; 987 1,40; 997 — 35; 1006 — 95; 1026 — 50; 1027 1,50; 1018 6,05; 1024 2,75; 1030 5,15; 1069 3,15; 1083 4,50; 1094 3,35; 1096 5,80; 1101 1,80; 1104 4.—; 1106 13,70; 1107 7.—; 1109 1,25; 1114 1,50; 1117 9.—; 1118 1,80; 1119 7.—; 1124 4,40; 1126 2.—; 1151 7,15; 1160 3,20; 1167 2,60; 1172 2,05; 1176 3,55; 1179 11,35; 1180 2,80; 1186 6,60; 1194 6,30; 1195 1,60; 1196 — 80; 1196 7,35; 1217 7,55; 1219 7.—; 1220 4,35; 1224 3,50; 1239 5.—; 1249 3,80; 1250 4,40; 1253 2,45; 1255 1,65; 1262 1,50; 1266 3,25; 1267 1,20; 1270 4,70; 1276 4,75; 1278 9,20; 1279 5,65; 1275 2.—; 1284 11,75; 1297 1,10; 1299 3,10; 1315 2,15; 1317 3,50; 1327 1.—; 1337 3.—; 1339 2,50; 1340 1,35; 1342 5,65; 1344 17,05; 1345 18.—; 1352 4,25; 1356 7,50; 1362 2,25; 1364 11,80; 1375 3,30; 1378 3.—; 1380 4,40; 1389 4,10; 1389 6,40; 1390 25.—; 1391 1,25; 1394 2,30; 1395 21.—; 1397 2,50; 1400 2,10; 1412 4,20; 1414 4.—; 1418 1,80; 1419 — 50; 1422 — 50; 1430 3,80; 1440 1,50; 1441 11,80; 1449 2,70; 1461 2.—; 1463 2,10; 1466 1.—; 1470 6,65; 1473 4,80; 1477 5.—; 1480 4,85; 1487 1,05; 1490 2.—; 1492 3,75; 1497 7,40; 1522 14,15; 1528 3,90; 1529 2,75; 1530 — 35; 1531 4,80; 1532 1,50; 1540 2,05; 1544 3,25; 1554 9,60; 1556 1.—; 1558 3,30; 1559 6,30; 1569 1,25; 1571 1,90; 1572 1,70; 1576 2.—; 1577 — 50; 1578 1.—; 1579 — 50; 1582 8,75; 1515 6,05; 1518 9,05; 1527 13,05; 1632 1,40; 1639 2,70; 1660 4,25; 1666 7,05; 1675 13,65; 1686 11,80; 1701 2,50; 1702 6,80; 1703 1,65; 1704 11,60; 1705 11,50; 1707 1,20; 1710 1,30; 1725 13,25; 1726 1,20; 1728 1,80; 1730 2.—; 1731 4,35; 1732 11,30; 1736 1,90; 1756 6,30; 1760 1,60; 1765 1,80; 1772 2,60; 1773 1.—; 1774 10.—; 1902 7.—; 2001 6,05; 1345 5,65; 1770 14,80.)

Wahlkreis 8. Rate u. Besatzung - Charlottenburg, sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein: Auf Listen von Wahlvereinen und Einzelbeiträge: Rautendorf 147,56; Reichenhof 47.—; Reichenhof 44,55; Wilmsdorfer 147,35; Von Hahnbürgerstr. 33/34 7,85; Herr G. Seyfert 10.—, Sa. 165,30; Charlottenburg 269,60; S. R. Nr. 123/134 86,70; Brudersperson u. R. Hoff 12,50; Restaurateur Binder, Georgenstr. 11.—; Siemens-Schuckert-Werke, Wst. B. 6,90; von den Einwohnern der Firma Reinde, Nonnenhamm 13,90; Sa. 690.—; S. R. Nr. 15. Wst. 146,90; Schmarzender 58,48; Groß-Niederfelde 106,05; Gef. Rabat Qina, dritte Rate 10,10; Sa. 116,15; Rudow 21,40; Schenkenhof 20,30; Wst. -Glienide 56,22; Friedenau 13,90; Zellerfammlung 12,50; Sa. 26,40; Tellow 135.—; Tempelhof 76,40; Tischler Eppel, Bergmannstr. 11.—; R. u. G. R. D. D. Bergmannstr. 5.—; Sa. 92,40; Wamsfree — 50; Fritz 19,80; Trebbin 6,75; Neu-Jützin 11.—; Wst. 17,90; Wst. 17,90; Groß-Becken 18,50; Steglitz 67,10; Grünau 4,20; Schöneberg 142,65; Laternendörfer der Engl. Gartenstr. 40,30; Anshäger u. Gabel u. Wiedemann 22.—; Sa. 204,95; Rixdorf 340,10; Arbeiter u. Lumberhaußen, Weinstr. 99, 10,55; S. H. Arbeiter u. Arbeiterinnen Wst. Langner 10,60; Wst. H. Unterweg 6,65; Stammsitz Kreuzmarkt 2. Rate 13,43; Dalmier Rotorenfabrik 15,25; Westlich Meyer 3,20; Sa. 400.—; Insgesamt 2213,60. Bereits quittiert 13 383,79, im ganzen 15 507,65.

München, durch 3. Postmann 45,64. Berlin, verspätete Zahlung von einem Indifferenten wegen Bildung einer Bekanntheit 2,50. Arbeiter, sozialdemokratischer Wahlverein, Liste 6, 7, 60. Briefe 12.—. Jubiläummalde a. Spree, vom Gewerkschaftsrat 9. und letzte Rate 116,05. Desgleichen nachträglich eingegangen: Verband der Kupferschmiede 5.—, Erd- und Bauhilfsarbeiter 4.—, Maurer 3,50, Summa 12,50. Berlin, bei der Geschäfts-Kommission der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften eingegangen: Von der Gewerkschaftskommission Hannover: von Bismarckern 8.—, von Riesenlegern 7,50, von Holzarbeitern 9.—, von Weibern 4,50, Summa 29,50. Halberstadt, nachträglich eingegangen 250.—, Schwed u. O., von den Vertretern des Wahlkreises Prenzlau-Angermünde, 2. Rate, 93,75, Summa 638,56. (Dem Unterstützungsfonds der sozialdemokratischen Partei überwiefen.)

Weiter eingegangen: Baden-Baden, gesammelt in einer Sitzung des national-liberalen und liberalen Vereins 90.—; Liste 1313, 2. Berliner Wahlkr. 20,25, Sa. 110,25. (Dem Verband deutscher Berg- und Göttemarbeiter überwiefen.)

Zur Unterstützung der Opfer der russischen Revolution sind mir weiter folgende Beiträge zugehakt worden:

Schönebeck a. E., durch den Vertrauensmann 30,85. Desgleichen 33,20. Desgleichen 35,45. Desgleichen 56,50. Von Kameraden Parteigenossen 7.—. Potsdam, gesammelt in einer Volksversammlung 20.—. Spandau, gef. auf dem Bau Bleich u. d. Bauern und Bauarbeitern 17,80, bei einem Auszug der Böttcher, Jahnstraße Sp., gesammelt 4.—, u. d. Spandauer Genossen des Bezirks 4 u. 5 bei einem Auszug nach Falkenberg gesammelt 9.—, Sa. 30,80. Offenbach a. R., durch den Verlag des „Offenbacher Abendblatt“ 122,62. Demelungen, Zellerfammlung vom 18. März 9,90. Sorau R. 2., d. G. R. 2,15. Berlin, von der U. G. R. Nr. 3, 31,85. Berlin, von den Mitgliedern des Verb. deutscher Buchdrucker L. Horowitz 25.—. Dresden, bei der Expedition der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ eingegangen 359,30. Sa. 768,92.

Berlin, den 10. April 1905.

A. Gerisch, Lindenstr. 60.

Achter Verbandstag der Maurer Deutschlands.

Braunschweig, 12. April.

Vormittags-Sitzung.

Die Statutenberatung wird bei Titel

Verbandsbeitrag

fortgesetzt.

Hierzu liegen die Anträge 48 bis 78 vor. Von Friedrichshagen und Aufsied vor beantragt, von einer Beitragserhöhung Abstand zu nehmen, von Herde liegt ein gegenseitiger Antrag vor, auch Köln und Bremen wollen Änderungen nach oben vornehmen, der Verbandsvorstand beantragt die erste Beitragsklasse, 25 Pf. pro Woche, zu streichen.

Eine Fülle von Anträgen beschäftigt sich mit der Beitragsleistung der Erwerbslosen, Kranken, Streikenden, Inhaftierten usw. In einer interessanten Debatte gibt der Antrag Köln Veranlassung, welcher für die Großstädte höhere als bisher gezahlte Beiträge bezweckt. In dieser Debatte gibt der zweite Vorsitzende des Verbandes, Eissinge, folgenden Nachweis: Die drei in Frage kommenden Städte: Berlin, Hamburg, Leipzig haben in den letzten zehn Jahren an die Hauptkasse eingekandt: 1 555 541,01 M.; nach Abzug der von diesen drei Städten für Streik, Rechtschutz, Gemahrgelien, Kranken- und Sterbe-Unterstützung benötigten Gelder verbleibt der Hauptkasse ein Ueberschuss von 1 112 924,38 M. Angesichts dieser Ergebnisse sollte man es sich reiflich überlegen, ob es gerecht wäre, diese Städte noch mehr zu belasten. Redner ersucht, den Antrag Köln abzulehnen.

Diesen Ausführungen tritt Grimhagen-Danzig entgegen; der von Köln geforderte Beitrag bedeute für die Kollegen der in Frage kommenden Städte bei weitem nicht eine so empfindliche Belastung, als der vom Vorstand geforderte Wegfall der ersten Beitragsklasse für die auf dem Lande wohnenden Kollegen, die unter 30 Pf. Lohn erhalten.

Die dann folgende ausgedehnte Debatte gipfelte in längerer Ausführungen Bömelsburgs, die in erschöpfender Weise die zur Diskussion stehende Materie behandelte. Die Abstimmung ergibt folgende Änderungen:

Die erste Beitragsklasse von 25 Pf. pro Woche wird gestrichen, der sogenannte Winterbeitrag wird beseitigt. Beschlüsse, welche örtliche Zuschlagsbeiträge festsetzen, sind für alle im Zweigvereinsgebiet beschäftigten Mitglieder bindend. Die Anträge, die eine Milderung der Beitragspflicht bei langer Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. bezwecken, werden abgelehnt mit der Motivierung, daß diese Fälle der örtlichen Regelung zugewiesen werden müssen.

Der Redaktionskommission überwiesen wird der Antrag Bömelsburgs, für die durch Beitragserhöhung eintretende Erhöhung der Unterstützungssätze eine einjährige Karenzzeit vorzuschreiben.

Sobald erfolgt die Beratung der zu den §§ 21-25 des Statuts vorliegenden Anträge, die sich mit der Art der Zahlung und Berechnung der Beiträge beschäftigen. Die Debatte dreht sich größtenteils um das Verhältnis zwischen dem Zweigverein Berlin und den umliegenden Zweigvereinen, deren Mitglieder zum Teil in Berlin arbeiten. Nach dem Statut sind diese Mitglieder verpflichtet, den Berliner Beitrag zu zahlen und die zur Quittierung der Beiträge benötigten Marken von dem Zweigverein Berlin zu entnehmen. Gegen die letztere Bestimmung richten sich die Anträge der Zweigvereine Adlershof, Wannau usw. Das ähnliche Verhältnis besteht in Leipzig.

Nach längerer Ausführungen der daran interessierten Delegierten erklärt Bömelsburg, daß der Verbandstag in dieser Frage kaum eine Entscheidung treffen könne, wenn ein Ausweg gefunden werden kann, so kann dieser nur von einer Konferenz der beteiligten Organisationen gesehen. Einige Anträge wollen die Anteile der Zweigvereine an den Beiträgen in anderer Weise regeln.

Diese Anträge werden dadurch erledigt, daß sich der Verbandstag mit großer Mehrheit für Beibehaltung des bisherigen Zustandes ausspricht.

Für Berlin soll der Verbandsvorstand eine Konferenz zur Regelung der angeführten Punkte veranlassen.

Damit ist diese Materie erledigt, es folgt nun der Titel

Unterstützung und Rechtschutz.

Hierzu liegen 69 Anträge vor.

In der

Nachmittags-Sitzung

wird in die Diskussion über die Anträge eingetreten und nimmt dabei zunächst das Wort

Bömelsburg: Die vielen vorliegenden Anträge betreffen, daß in den Kreisen unserer Mitglieder das Verständnis für die eigentlichen Aufgaben unseres Verbandes teilweise geschwunden ist. Wenn wir den Anträgen Rechnung tragen, so ist damit der finanzielle Ruin des Verbandes besiegelt. An das notwendige Korrelat dieser Erweiterung des Unterstützungswesens, eine Beitragserhöhung, kann in absehbarer Zeit nicht gedacht werden. Nicht ein einziger der Anträge, die die Erhöhung der Unterstützungen fordern, ist realisierbar, ohne das Vermögen des Verbandes zu schädigen. Und was wäre die Folge, wenn wir mit einer Unterbilanz abschließen würden? Unsere Position bei den Lohnbewegungen würde ganz bedeutend geschwächt werden; die Folge wäre also eine Abschwächung des Kampfscharakters unserer Organisation, in Summa: eine Verringerung unserer Erfolge bei den Lohnbewegungen. Sollen wir eine Unterstützung in irgendwelchen Krisenfällen höher bewerten, als eine Erhöhung des Lohnes? Redner geht dann ausführlich auf die einzelnen Anträge ein und kommt zu dem Schluß, daß eine Erhöhung der Sterbe-Unterstützung nicht angängig ist; eine Umzugsunterstützung ist für uns überhaupt nicht diskutabel, über den von Schwarz-Danzig gestellten Antrag bezüglich Erwerbslosen-Unterstützung kann meines Erachtens überhaupt nicht geredet werden. Das einzige, was ich aus den Anträgen herausgeschält habe, ist der Antrag Hamburg, der den Verbandsvorstand beauftragt, dem nächsten Verbandstag eine Vorlage betreffs Verbesserung der Krankenunterstützung zu unterbreiten. Redner bittet die Delegierten, alle auf Erhöhung oder Erweiterung der Unterstützungen gerichteten Anträge abzulehnen, dann nur würden sie im Interesse des Verbandes handeln. (Beifall.)

Schwarz-Danzig erklärt, er habe die Frage der Erwerbslosen-Unterstützung lediglich einmal zur Sprache bringen wollen, da sei er nicht so ängstlich wie Bömelsburg. Man kenne über die starke Situation in unserem Verband, wie wolle man sie aber beseitigen? Das gehe nur durch weiteren Ausbau unseres Unterstützungswesens, daran ändere alles Reden über den Kampfscharakter der Gewerkschaftsbewegung nichts. Redner verbreitet sich dann des Weiteren über das Unterstützungswesen, speziell die Unterstützung bei Erwerbslosigkeit, wird aber durch Ablauf der Redezeit an weiteren Ausführungen gehindert.

Die folgenden Redner sind im großen und ganzen auch gegen Erweiterung der Unterstützungen, haben aber im einzelnen doch Wünsche betreffs Kranken- oder Miets-Unterstützung. Auch die Inhaftierten-Unterstützung ist Gegenstand mancherlei Wünsche.

Die Abstimmung hat folgendes Resultat: Betr. der Krankenunterstützung werden alle Anträge auf Erhöhung resp. Erweiterung abgelehnt, angenommen wird ein Antrag, der den Vorstand beauftragt, dem nächsten Verbandstage Vorschläge zu einer Verbesserung, die jedoch nicht eine Unterstützung für den Winter bezwecken darf, zu machen.

Angenommen wird weiter, daß die Kranken binnen einer Woche dem Zweigvereinsvorstand, binnen drei Wochen dem Hauptvorstand zu melden sind. Ueber die Dauer der Krankheit sind die ärztlichen Atteste, deren Kosten das betreffende Mitglied zu tragen hat, einzusenden. Weiter soll die Karenzzeit zwei Jahre statt ein Jahr betragen. (Diese Bestimmung tritt erst am 1. Januar 1906 in Kraft.)

Abgelehnt wird die Einführung einer Erwerbslosen- und Umzugsunterstützung; Anträge auf Verbesserung der Miets-Unterstützung werden dem Vorstand resp. der Redaktionskommission überwiesen. Alle anderen Anträge auf Erhöhung sind abgelehnt.

Bei Titel

Statistik

wird ein Antrag Bochum angenommen, wonach der Vorstand eine Statistik über die Fluktuation der Mitglieder aufnehmen soll.

Die Bestimmungen über Ehrenmitglieder erfahren eine Änderung in dem Sinne, daß dieselben dann Beiträge zahlen müssen, wenn sie vom Verband irgend welche Unterstützungen beziehen. Bei Berechnung der Unterstützungssätze sollen die zuletzt gezahlten Beiträge maßgebend sein.

Der Ausschluß von Mitgliedern soll in Zukunft stets in Versammlungen erfolgen. Für die Beschwerden gegen Ausschluß wird die Beschwerdefrist nach einem angenommenen Antrag des Ausschusses geregelt.

Sodann stimmt der Verbandstag der

Vergrößerung des „Grundstein“

zu.

Es folgen Anträge zum

Streikreglement.

Ein Antrag Cuxhaven, wonach in Orten, die einen Stundenlohn von über 60 Pf. haben, in den nächsten drei Jahren keine Angriffsstreiks geführt werden dürfen, wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Beschlossen wird, daß die Mitglieder der Streikleitungen eine tägliche Entschädigung von 50 Pf. erhalten sollen.

Weitere Abänderungsanträge sollen bei dem Punkt Streikakt (Donnerstag, in nicht öffentlicher Sitzung) erledigt werden.

Auf eine Erörterung der zum

Parteilibertrag

vorliegenden Anträge verzichtet der Verbandstag, da diese im Vorstandsbericht ihre Erledigung erfahren haben.

16. Generalversammlung der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

Dresden, 11. April.

(Vormittags-Sitzung.)

Nach Verlesung der Präsenzliste und nach Bekanntgabe eines Begrüßungsschreibens, welches von den sozialdemokratischen Stadtverordneten Kopenhagens eingegangen ist, wird wiederum in die Debatte über den Vorstandsbericht eingetreten. Es äußert sich dazu der Delegierte Oenen-Wilhelmshaven, der den enormen Aufschwung des Verbandes zum großen Teil auf die Anstellung der Gauleiter zurückführt. Er wünscht, daß diese Einrichtung noch besser ausgebaut wird. Ferner äußern sich die Delegierten Dreh-Nürnberg, Engelbrecht und Kemmer-Wünchen, die zum Teil eine interne Münchener Angelegenheit behandelt. Es wird zur Regelung dieser Angelegenheit eine fünfgliedrige Kommission gewählt. Ege-Frankfurt und Kling-Gotha äußern sich ebenfalls zu dem Geschäftsbericht. Letzterer vertritt die mit den Gothaer Innungsmeistern abgeschlossenen Arbeitsvertrag zu revidieren. Dieser wird von Schrader und Bringmann scharf unter die Lupe genommen und der Beweis erbracht, daß derselbe als ein äußerst reaktionärer zu bezeichnen ist, der geeignet sein dürfte, der gesamten modernen Arbeiterbewegung einen Schlag zu versetzen. Promm-Essen schildert ein ähnliches Angebot, das die Offener Krämmer den dortigen Zimmerern gemacht haben, welches aber von diesen dankend abgelehnt wurde. Durch Annahme eines Antrages, daß Verträge mit dem Unternehmern, welche geeignet sind, eine Spaltung unter den Zimmerern herbeizuführen, nicht abgeschlossen werden dürfen, war der Gothaer Fall erledigt.

Zum Geschäftsbericht äußern sich weiter die Delegierten Nathmann, Rogge, Jubs, Lehmann und Schwarz-Reg. Letzterer schildert die schwierige Situation, die in den Reichslanden die Agitation hemmen.

Im Schlußwort nimmt Schrader Gelegenheit, verschiedene irrtige Auffassungen der Delegierten zu berichtigen.

Zum Ausschlußbericht sprechen eine ganze Anzahl Delegierte, die sich besonders über die Ansicht des Ausschusses, die derselbe in puncto der Rückwehrtreits an den Tag legt, äußern. Römer, Verbandskassierer, wirft die Frage auf, ob man in Zukunft bei allen Streits Unterstützung vom ersten Tage an gewähren solle. Dieses scheint ihm die wichtigste Frage, die zu erledigen sei. Allerdings erfordert dieses eine bedeutende Mehrausgabe, die im letzten Jahre vielleicht 120 000 bis 150 000 M. betragen hätte.

In der Nachmittags-Sitzung erstattet die Mandatsprüfungs-Kommission Bericht über den an sie zurückgewiesenen Fall Halberstadt. Es wird betont, daß wohl der Protest zum Teil berechtigt sei, daß aber nach teilweisen Erwägungen die Kommission das Mandat für gültig erkläre, da trotz der vorgenommenen Manipulationen sich die größere Stimmzahl auf den Kameraden aus Halberstadt vereinigt habe. Zu dem Bericht des Ausschusses erhalten weitere Delegierte das Wort. Die einzelnen hierzu gehörigen Anträge stehen mit zur Verhandlung. Bringmann, Schrader und Kube betonen, daß es immer komplizierter wird, Streik und Aussperrung zu unterscheiden und daß dadurch auch die Festsetzung der Unterstützung eine immer schwieriger wird. Durch Antrag wird beschlossen, künftig eine gleiche Frist für die Unterstützung bei allen Streiks zu setzen und alle Streikunterstützungen vom vierten Tage an zu zahlen.

Nachdem Kube sich im Schlußwort noch über den Ausschluß zweier Mitglieder aus Bielefeld geäuert und seiner Befriedigung über die Lösung der strittigen Frage betreffs der Streikunterstützung Ausdruck gegeben, wird dieser Punkt für erledigt erklärt.

Es wird in die Debatte über

Verlag und Redaktion des „Zimmerers“

eingetreten. Alle hierzu gestellten Anträge stehen mit zur Debatte. Die große Anzahl der Delegierten sprechen sich lobend über die Haltung des „Zimmerers“, sowie über die „Praktischen Wink“ und die „Geschichte der deutschen Zimmererbewegung“ aus. Es wird dem Wunsch Ausdruck gegeben, letzteres Werk in zusammengefaßter Form herauszugeben. Mit schlichten einfachen Worten schildert der Delegierte Delfs, wie er die Nachzeitung gar häufig zur Agitation auf dem platten Lande benutze. Gubisch-Ghemnich wünscht, daß einmal Artikel über die Befugnisse der Gewerkschaftskasselle im „Zimmerer“ veröffentlicht werden. Des Weiteren wird dem Wunsch Ausdruck gegeben, ausfallende Artikel über den Mißbrauch des Alkoholgenusses zu bringen.

Im Schlußwort gibt Bringmann über die gegebenen Anregungen seiner Freude Ausdruck. Er erklärt, daß es auch sein Verlangen sein werde, allen Wünschen möglichst Rechnung zu tragen, damit sich die Auflage des „Zimmerer“, die im letzten Jahre eine Durchschnittszahl von 41 745 Exemplaren hatte, erhöhen würde. Redner macht weiter auf den Kostenpunkt und die technischen Schwierigkeiten, die eine monatliche Beilage verursachen würde, aufmerksam. Redner teilt ferner mit, daß auch der dritte Band der „Geschichte der deutschen Zimmererbewegung“ voraussichtlich bis zum Jubiläumsjahre des Bestehens des Zentralvereins erscheinen würde. Alle Anträge auf Abänderung der Nachzeitung werden abgelehnt. Dem Vorstand wird in der Gesamtheit Decharge erteilt.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung erhält Schrader das Wort. Derselbe schildert die

Entwicklung des Verbandes

und betont, daß trotz aller Kämpfe derselbe in der jetzigen Form groß und stark geworden sei. Auch das Jahr 1905 scheint ein recht bewegtes für den Verband zu werden. Schon vor acht Tagen lagen aus 200 Jahrestellen mit annähernd 17 000 Mitgliedern Streik-anmeldungen vor. In acht Jahrestellen mit 588 Mitgliedern tobt bereits seit etlichen Tagen der Kampf. In den letzten sechs Jahren hat sich infolge der Agitation und Organisationsstätigkeit in 1085 Jahrestellen der Lohn erhöht, und in 246 Jahrestellen ist die Arbeitszeit verlängert worden. Der vierte Teil der Verbandsmitglieder hat bereits seit etlichen Jahren der Kampf. In den letzten sechs Jahren hat sich infolge der Agitation und Organisationsstätigkeit in 1085 Jahrestellen der Lohn erhöht, und in 246 Jahrestellen ist die Arbeitszeit verlängert worden. Der vierte Teil der Verbandsmitglieder hat bereits seit etlichen Jahren der Kampf. In den letzten sechs Jahren hat sich infolge der Agitation und Organisationsstätigkeit in 1085 Jahrestellen der Lohn erhöht, und in 246 Jahrestellen ist die Arbeitszeit verlängert worden. Der vierte Teil der Verbandsmitglieder hat bereits seit etlichen Jahren der Kampf. In den letzten sechs Jahren hat sich infolge der Agitation und Organisationsstätigkeit in 1085 Jahrestellen der Lohn erhöht, und in 246 Jahrestellen ist die Arbeitszeit verlängert worden. Der vierte Teil der Verbandsmitglieder hat bereits seit etlichen Jahren der Kampf. In den letzten sechs Jahren hat sich infolge der Agitation und Organisationsstätigkeit in 1085 Jahrestellen der Lohn erhöht, und in 246 Jahrestellen ist die Arbeitszeit verlängert worden. Der vierte Teil der Verbandsmitglieder hat bereits seit etlichen Jahren der Kampf. In den letzten sechs Jahren hat sich infolge der Agitation und Organisationsstätigkeit in 1085 Jahrestellen der Lohn erhöht, und in 246 Jahrestellen ist die Arbeitszeit verlängert worden. Der vierte Teil der Verbandsmitglieder hat bereits seit etlichen Jahren der Kampf. In den letzten sechs Jahren hat sich infolge der Agitation und Organisationsstätigkeit in 1085 Jahrestellen der Lohn erhöht, und in 246 Jahrestellen ist die Arbeitszeit verlängert worden. Der vierte Teil der Verbandsmitglieder hat bereits seit etlichen Jahren der Kampf. In den letzten sechs Jahren hat sich infolge der Agitation und Organisationsstätigkeit in 1085 Jahrestellen der Lohn erhöht, und in 246 Jahrestellen ist die Arbeitszeit verlängert worden. Der vierte Teil der Verbandsmitglieder hat bereits seit etlichen Jahren der Kampf. In den letzten sechs Jahren hat sich infolge der Agitation und Organisationsstätigkeit in 1085 Jahrestellen der Lohn erhöht, und in 246 Jahrestellen ist die Arbeitszeit verlängert worden. Der vierte Teil der Verbandsmitglieder hat bereits seit etlichen Jahren der Kampf. In den letzten sechs Jahren hat sich infolge der Agitation und Organisationsstätigkeit in 1085 Jahrestellen der Lohn erhöht, und in 246 Jahrestellen ist die Arbeitszeit verlängert worden. Der vierte Teil der Verbandsmitglieder hat bereits seit etlichen Jahren der Kampf. In den letzten sechs Jahren hat sich infolge der Agitation und Organisationsstätigkeit in 1085 Jahrestellen der Lohn erhöht, und in 246 Jahrestellen ist die Arbeitszeit verlängert worden. Der vierte Teil der Verbandsmitglieder hat bereits seit etlichen Jahren der Kampf. In den letzten sechs Jahren hat sich infolge der Agitation und Organisationsstätigkeit in 1085 Jahrestellen der Lohn erhöht, und in 246 Jahrestellen ist die Arbeitszeit verlängert worden. Der vierte Teil der Verbandsmitglieder hat bereits seit etlichen Jahren der Kampf. In den letzten sechs Jahren hat sich infolge der Agitation und Organisationsstätigkeit in 1085 Jahrestellen der Lohn erhöht, und in 246 Jahrestellen ist die Arbeitszeit verlängert worden. Der vierte Teil der Verbandsmitglieder hat bereits seit etlichen Jahren der Kampf. In den letzten sechs Jahren hat sich infolge der Agitation und Organisationsstätigkeit in 1085 Jahrestellen der Lohn erhöht, und in 246

König haben Berlin, Hamburg und Leipzig große Summen an die Zentralstelle abgeführt, und bekommen haben diese Zahlstellen in den letzten Jahren nichts. Sodann streift der Referent kurz die einschlägige Taktik der Lohnkämpfe, die nicht festgelegt werden können, sondern von Fall zu Fall erzwungen werden müssen. Redner ist der Meinung, daß den Unternehmerorganisationen Strafe und feste Arbeiterorganisationen entgegengestellt werden müssen, um ihre Machtmittel zu durchbrechen. Ferner dürfe es praktisch sein, Tarifverträge nicht für eine allzu lange Zeit abzuschließen, es sei denn, daß man einen Staffeltarif errungen habe. Zielbewußt und besonnen müßte dem Ziele zugestimmt werden, dann kann der Verband seinen Mitgliedern Schutz und Stütze gewähren. Damit erfolgt Schluß des zweiten Verhandlungstages.

Dresden, 12. April.

Vormittags-Sitzung.

Nach Verlesung der Präsenzliste erstattet Jmbs namens der Kommission Bericht über die Münchener Angelegenheit. Derselbe betont, daß die Kommission nach dem vorliegenden Material in diesem Falle keine Maßregelung erblicken könne. — Die Generalversammlung verwirft den Antrag der Kommission und betrachtet den Münchener Kameraden als gemahregelt.

Sodann beginnt die Debatte über das Referat Schrader's. Hierbei werden die Anträge, die sich mit der Agitation und Organisation beschäftigen, mit verhandelt. Von einzelnen Orten ist der Antrag gestellt, daß der Zentralvorstand zu beauftragen ist, Schritte in die Wege zu setzen, um eine

Verschmelzung der Zentralverbände der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter herbeizuführen.

Walter's Dornmund begründet diesen Antrag. Redner glaubt, daß eine Verschmelzung dieser drei Verbände großes für die Arbeitnehmer im Baugewerbe zu leisten vermöge, da auch der Arbeitgeberbund sich nicht in einzelne Branchen gliedere, sondern für das Baugewerbe fest und geschlossen dastehet. Redner ist ferner der Ansicht, daß durch die Verschmelzung dieser Verbände ein rascheres Tempo bezüglich des Bauarbeiterkampfes zu erreichen sei.

Laure-Leipzig begründet den Antrag auf Aufhebung des zwischen den drei Verbänden bestehenden Kartellvertrages. Durch Erfahrung, die derselbe in Leipzig, Gera usw. mit den Bruderverbänden gemacht, erklärte er die Stellungnahme der Leipziger. Eine weitere Anzahl Delegierter aus allen Gegenden Deutschlands geben ihren diesbezüglichen Erfahrungen Ausdruck. Jansen macht bekannt, daß in Herne die Maurer mit den häufigsten Mitteln gegen die Zimmerer gearbeitet haben. In beredten Worten die Handlungsweise der Maurer in den einzelnen Orten scharf verurteilend, begründet Brington eine vorliegende Resolution. Redner stellt die Industrieverbände den Berufsverbänden gegenüber und glaubt, daß unter den heutigen Verhältnissen die letzteren sich bei Lohnkämpfen am besten bewähren, denn allenthalben dort, wo Gewerbe und Industrie im Uebergange begriffen sind, sinken die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter und daher sind die Berufsorganisationen notwendig. Die Industrieverbände scheinen sich bei Lohnkämpfen als nicht so praktisch zu bewähren, wie am Metallarbeiter-Verband ersichtlich ist.

Kube-Berlin, Vertreter der Generalkommission, tritt den Ausführungen Bringtons entgegen, so weit sie sich auf den Metallarbeiter-Verband beziehen. Es ist nicht richtig, daß der Metallarbeiter-Verband nicht in der Lage wäre, Lohnkämpfe mit Nachdruck zu führen. Die Lohnkämpfe der Metallarbeiter in Berlin beweisen, daß der Metallarbeiter-Verband ein sehr gefürchteter Gegner der Arbeitgeber ist und wenn nicht überall der gewünschte Erfolg erzielt wurde, so ist das in anderen Organisationen und auch bei uns vorgekommen. Man dürfe nicht außer acht lassen, daß in der Metallindustrie das Unternehmertum besser organisiert sei, als in den übrigen Gewerben. Der Metallarbeiter-Verband hat sich in derselben geordneten Weise entwickelt, wie die meisten übrigen Organisationen. Es ist auch nicht angängig, den Metallarbeiter-Verband für überlegen gegen die Industrieverbände heranzuziehen. Die zweckmäßigste Form der Organisation ergibt sich aus den besonderen Verhältnissen eines Gewerbes. In der Metall-Industrie laufen die Spezialberufe so durch- und ineinander, daß für diese Industrie der Industrie-Verband wohl die zweckmäßigste Form sein dürfte. Anders liege es im Baugewerbe. Die Berufsorganisation habe sich gut entwickelt und es liege kein Grund vor, die Form der Organisation zu ändern.

Durch Annahme folgender Resolution ist die Frage der Organisationsform erledigt:

In Erwägung, daß die Organisationen im Baugewerbe in ihrer heutigen Verfassung recht ansehnliche Erfolge erzielt und den gewerkschaftlichen Kampf wirksam geführt, auch in absehbarer Zeit aus Kämpfen herauszukommen keine Aussicht haben, hält es die 10. Generalversammlung nicht für zeitgemäß, Organisationsformfragen in dem Umfange aufzuwerfen und zu fordern, wie die vorliegenden Anträge es verlangen. Hingegen erklärt es die Generalversammlung, daß sie noch wie vor auf dem Boden der Kartellverträge mit den verwandten Berufsorganisationen steht.

In Hinsicht auf die im Laufe der Debatte angeführten Widerwärtigkeiten, wie solche durch Vertreiben von Funktionären des Maurer-Verbandes hervorgerufen wurden, bedauert die Generalversammlung diese das fernere Zusammenwirken mit den kartellierten Berufsorganisationen außerordentlich gefährdenden Vorkommnisse und spricht die Erwartung aus, daß Mißbilligtes bezeichneter Art fernverhin nicht mehr Anlaß zu Erörterungen geben werden. Sie beauftragt deshalb die Verbandsfunktionäre mehr wie bisher ihr Augenmerk darauf zu richten, daß auch die Maurer-Organisation in allen Fällen im Sinne des Kartellvertrages arbeitet, anderenfalls der Verband die gegenseitigen Verbindlichkeiten als gebrochen betrachtet und hieraus die nötigen Konsequenzen ziehen müsse.

Die gestellten Anträge, die sonst zur Debatte stehen, fördern wesentlich neue Gesichtspunkte nicht zutage.

Reinann-Berlin gibt dem Wünsche Ausdruck, daß sich die Gauleiter etwas mehr mit der sozialpolitischen Gesetzgebung befassen möchten.

Nach Annahme eines Antrages der besagt, daß der Zentralvorstand künftig im Bedarfsfälle weitere Gauleiter anstellen kann und nachdem beschlossen, daß zur Vertreibung einer nachdrücklichen Agitation und Besseren Einfassung der Beiträge das Platzdeputierten- und Hausfasserrecht möglichst in allen Zahlstellen eingeführt werden soll, ist die Debatte über die Agitation beendet.

Die weitere Debatte über die Lohnbewegung fördert recht interessante Momente, die sich in den einzelnen Orten bei dem Kampf um die Arbeitsnachweise gezeigt haben, zutage.

In der Nachmittags-Sitzung

nimmt die Debatte über die Lohnbewegung ihren Fortgang. Sämtliche Anträge, 41 an der Zahl, die zur Abänderung des Streikreglements gestellt sind, stehen zur Beratung. Diefelben werden von den einzelnen Delegierten begründet. Zur Generaldebatte spricht Ede-Hamburg. Derselbe zieht aus den ganzen Anträgen den Extrakt, daß dieselben darauf hinauslaufen, recht viel aus dem Verband herauszuziehen; aber leider sind für neue Einnahmequellen keine Wege gegeben.

Demgegenüber Dresden wendet sich gegen die von Schrader betriebene Ansicht, daß Kämpfe gegen die Arbeitsnachweise der Unternehmer künftig zu unterbleiben haben. Er ist der Meinung, daß wenn dieser Kampf erlahmt, all überall dieselben zum Schaden der Zimmerer emporsprossen werden.

Bringmann-Hamburg legt in längeren Ausführungen die Schäden dar, die daraus entstehen, wenn bei Kämpfen die notwendigen taktischen Grundzüge außer acht gelassen werden, da dies sich schwer rächt, wie der Ausgang der Kämpfe in Lehe-Gewerbetunde und Bremen beweisen. In diesen Orten war es der Wille der Unternehmer, in den Kampf mit den Arbeitern einzutreten. Diese Bewegungen beweisen, daß man sich niemals seinen Gegnern stellen sollte, wenn es diesen paßt, sondern nur dann, wenn die Arbeiter selbst den Zeitpunkt zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung für gekommen erachten. Die Vorwürfe, die seitens der Frankfurter erhoben werden, daß nur der Zentralvorstand zur Verhandlung mit dem dortigen Unternehmertum zugezogen sei, sei unberechtigt. Dieses sei lediglich eine strategische Klugheit gewesen, denn wenn die Verhandlungen und Beschlüsse in der breitesten Öffentlichkeit gefaßt worden wären, dann wäre jedenfalls keine Lohnerböschung von 6 Pf. pro Stunde erzielt worden. Die Unternehmer hätten dann von dem Kraftverhältnis und dem Einfluß sowie der Kontrolle, die der Verband über die dortigen Zimmerer hatte, Kenntnis erhalten. Nach Lage der Sache ist der Erfolg grobartig. Wohl selber dürfte es vorkommen, daß bei einer Aussperrung eine Lohnerböschung in diesem Maße erzielt werde.

Auf Antrag werden die Anträge zum Streikreglement zurückgesetzt und in die besondere Debatte über die Lohnbewegung eingetretet. Es äußern sich Wiegmann-Hannover, Jung-Elberfeld, Schrader-Hamburg und Kube-Berlin dazu. Letzterer bekämpft ganz entschieden das Mißtrauen, welches in dem Frankfurter Falle gegen den Vorstand zutage getreten ist. Ferner wünscht derselbe, daß auch den Gauleitern in Zukunft mehr Vertrauen und Entgegenkommen bewiesen werde, damit dieselben voll und ganz ihre Aufgabe, praktisch für den Verband zu arbeiten, nachkommen können. Es sprechen noch Jmbs-Strahburg und Groß-Hamburg. Letzterer schildert die Art der Kontrolle, die der Arbeitgeberverband im Baugewerbe dort über die Arbeiter übt, um Mißliebige zu treffen.

Mit der Erklärung, daß auch künftig bei Kämpfen aller Art die Grundzüge der Taktik, die auf der 15. Generalversammlung beschlossen, Geltung haben sollen, wird die Debatte geschlossen.

Es erfolgt weitere Beratung der einzelnen Anträge des Streikreglements. Die Anträge, die auf eine Mehrbelastung der Hauptkasse hinauslaufen, werden abgelehnt, die übrigen der Statutenberatungs-Kommission überwiesen.

Soziales.

Zunahme der Unfälle im Bergbau.

Der „A. C.“ entnehmen wir die nachstehenden, im „Kompas“ veröffentlichten amtlichen Zahlen aus der Unfallstatistik der Knappschafts-Vereinsgenossenschaft:

Sektion	Versicherte Arbeiter	Entschädigte Unfälle pro 1000 Versicherte
Bonn	1897	89 104
	1904	111 922
Bogum	1897	176 003
	1904	265 916
Krausthal	1897	15 681
	1904	20 680
Salle	1897	64 209
	1904	78 082
Waldburg	1897	21 401
	1904	28 844
Zarnowitz	1897	64 855
	1904	95 461
Zwidau	1897	28 642
	1904	30 260
München	1897	8 428
	1904	10 461
Gesamtsumme	1897	468 963
	1904	642 526

Die Zahlen zeigen in allen Bezirken eine starke Zunahme der Unfälle seit 1897; außerdem ist bemerkenswert, daß in den großen Bezirken Bonn, Bogum und Zarnowitz, in denen der kapitalistische Charakter der Produktion am schärfsten ausgeprägt ist, auch die Unfallzahlen am höchsten sind.

Der Gesetzesentwurf über die Berufsvereine soll demnächst an den Bundesrat gehen.

Der Leipziger Kassenschnitt soll beigelegt werden. Es sind zwischen Ärzten und Kassenvorstand sowie der Behörde Verhandlungen im Gange. Die Grundlagen der Verhandlung bilden die Wiedereinführung der Familienbehandlung zu einem Pauschalbetrag von 2,60 M. pro Kopf der zu ärztlicher Behandlung berechtigten und Dedung von 16 2/3 Proz. der Gehälter der festangestellten Ärzte außerhalb des Pauschales. Wenn darüber Einigung erzielt wird, dann soll die Verwaltung wieder vollständig dem Kassenvorstande übergeben werden. Wenn die jetzigen Verträge der festbesoldeten Ärzte ablaufen, werden sie nicht wieder erneuert, doch sollen Zusicherungen erzielt werden, daß diese Ärzte nicht mehr drangaliert werden. Am 28. April ist eine außerordentliche Generalversammlung, der die Vereinbarungen unterbreitet werden sollen.

Prinzipielles vom § 9 des Kommunalabgaben-Gesetzes.

Bei Heranziehung von Grundbesitzern und Gewerbetreibenden zu den Kosten von Gemeindeveranstaltungen gemäß § 9 des Kommunalabgaben-Gesetzes muß nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 11. April das der Heranziehung vorangehende Beschlußverfahren bei Bezirksauschuß und Provinzialrat schon soweit Vorforgere tragen, daß für den Magistrat bei Heranziehung der einzelnen nur noch ein Rechenexempel übrig bleibt und nicht etwa der Magistrat erst nur die Vorteile feststellen braucht, die den einzelnen aus der Gemeindeveranstaltung erwachsen sind. Es wurde für berechtigt erklärt, daß anlässlich der Verbreiterung einer Straße Magdeburgs in dem Beschlußverfahren nach § 9 nur gesagt war: „Es bleibt dem Magistrat überlassen, die einzelnen Straßenanlieger (Grundbesitzer) nach den ihnen erwachsenen Vorteilen zu den Kosten der Verbreiterung heranzuziehen.“ Eine größere Anzahl Grundbesitzer, auf die die Hälfte der Kosten jener Straßenverbreiterung verteilt worden war, mußten wegen jenes Mangels im Beschlußverfahren freigestellt werden.

Ein schärferes Vorgehen gegen die Ausbeutung der Kinderarbeit ordnet die mittelfränkische Kreisregierung an. Unter Vorlage des Berichtes der Fabriken- und Gewerbe-Inspektoren bemerkt sie in einem Schreiben an die Stadtmagistrate, wie aus dem Bericht hervorgehe, lasse die Durchführung des Reichsgesetzes betreffend die Kinderarbeit noch viel zu wünschen übrig. Es solle daher die Materie im Auge behalten, wie überhaupt auf die Verbesserung der Arbeiterverhältnisse fortgesetzt Bedacht genommen werden. Der Stadtmagistrat Nürnberg beschloß, die Gewerbe-Aufsichtsbeamten anzuweisen, der Kinderarbeit besonderes Augenmerk zuzuwenden, außerdem soll der Fabrikinspektor ersucht werden, bei Verschulungen gegen das Gesetz dem Magistrat Mitteilung zu machen.

Eine Weltfirma und ihre Arbeiter.

Im Verlage der Allgemeinen Verwaltungsstelle Nürnberg des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist soeben ein interessantes, zwei Bogen starkes Schriftchen erschienen unter dem Titel: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Siemens-Schuckert-Werken Nürnberg, Berlin, Wien; bearbeitet von Adolf Braun.“ Das Schriftchen, das zur Verteilung an die Arbeiter der genannten Werke bestimmt ist, be-

zweckt die Klarstellung der tatsächlichen Arbeitsbedingungen und gibt der gewerkschaftlichen Tätigkeit wertvolles Material an die Hand für ihr Bestreben, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Für eine der größten Unternehmungen nicht nur Deutschlands sollen die Einkommensverhältnisse der Arbeiter statistisch festgestellt werden. Allerdings ist nur ein Teil der Arbeiter, vor allem der Berliner und Wiener, von der Erhebung erfaßt, aber es wird, wie in dem Vorwort bemerkt ist, wohl nicht zu bezweifeln sein, daß in allen wesentlichen Punkten die Angaben richtig sind und ein klares Bild über die Lohnverhältnisse dieser Arbeiter gewähren.

Den Anstoß zu dieser Arbeit, die als ein erster Versuch sozialstatistischer Feststellung für ein Kleinunternehmen durch eine Gewerkschaft bezeichnet werden kann, gab der beständige Hinweis der einzelnen Fabrikleitungen, daß diese oder jene Arbeit in den anderen Werken billiger hergestellt werde als an dem betreffenden Orte. Auf dieser Behauptung wurde ein regelrechtes System der Preisdrückerei aufgebaut, das endlich die organisierten Arbeiter der drei Hauptproduktionsstätten der Siemens-Schuckertwerke veranlaßte, Fühlung miteinander zu nehmen, ihre Erfahrungen gegenseitig auszutauschen und ein engeres Solidaritätsgefühl unter ihnen zu erzeugen. Das Ergebnis war eine Konferenz von Vertrauensmännern, in der u. a. beschlossen wurde, auf Grund eines einheitlichen Fragebogens die Verhältnisse der Arbeiter in ihren wesentlichen Punkten für die drei Fabriken in Berlin, Nürnberg und Wien festzustellen. Auf Grund des eingegangenen Fragebogenmaterials ist das erwähnte Schriftchen verfaßt. Die Antworten bezogen sich auf 4451 Arbeiter und 1462 Arbeiterinnen, zusammen 5913 beschäftigte Personen. Dies ist allerdings nur ein, wenn auch recht erheblicher Teil der Arbeiter der drei Werke; auch liegen nicht für sämtliche Arbeitergruppen Angaben vor, doch dürften die Feststellungen auch einen Rückschluß auf die fehlenden Gruppen gestatten.

Unter „Allgemeines“ erbringt die Schrift zunächst den Nachweis, wie die Großindustrie, durch die Zollpolitik und den Mangel an billigen Transportwegen dazu gezwungen, von der nationalen Grundlage der Produktion auf eine internationale übergeht und überall an den verschiedensten Orten Fabriken errichtet, alsdann wird eingehend die Entwicklung der elektrischen Großindustrie besprochen. Darauf folgen Angaben über die Organisationsverhältnisse. Die Arbeiter, die die Fragebogen beantwortet haben, gehören verschiedenen Berufsgruppen und insofern auch verschiedenen Organisationen an. An erster Stelle steht der Deutsche Metallarbeiter-Verband, dann folgen der Deutsche Holzarbeiter-Verband, der Glasarbeiter-Verband, der Handels- und Transportarbeiter-Verband, der Verband der Land-, Fabrik- und ungleitender Arbeiter. In Berlin finden sich außerdem noch in geringer Anzahl Mitglieder der Metallarbeiter-Gewerkschaft, der christlichen Organisationen (16) und der Christ-Brüderchen Organisation (43). 16 Arbeiter waren in Lokalvereinen organisiert, Mitglieder der zentralen Gewerkschaften waren 2147 Befragte, das sind 50,2 Proz. Von den Arbeiterinnen waren 245 — 16,8 Proz. organisiert.

Der dritte Abschnitt behandelt die Arbeitszeit. Für das Nürnberg und das Wiener Werk ließ sich die Arbeitszeit einfach feststellen, nicht aber für das Berliner, weil dort den Arbeitern wohl das theoretische Zugeständnis des Achtstundentages gemacht wurde, in Wirklichkeit aber an den fünf ersten Wochentagen zehn Stunden gearbeitet wird, ohne daß die Arbeiter einen Anspruch auf einen Zuschlag für die neunte und zehnte Stunde gehabt hätten. Tatsächlich beträgt also in Berlin die Arbeitszeit 58, in Nürnberg 58 1/2 Stunden. Am günstigsten sind die Arbeiter in dem Wiener Werk gestellt, deren normale Arbeitszeit 50 Stunden pro Woche beträgt.

Neben der normalen Arbeitszeit kommen auch Ueberstunden vor. In Berlin bilden sie die Regel, vor allem diejenigen, die durch einen Zuschlag nicht verteuert werden; in Nürnberg werden im allgemeinen Ueberstunden nur in Fällen gemacht, die die Firma für besonders dringend erklärt. In Nürnberg und in Wien werden für die Ueberstunde 25 Proz. Zuschlag auf den Stundenlohn bezahlt, und zwar sowohl den Zeitlohn, als den Akkordarbeitern. In Wien sollen ziemlich viel Ueberstunden gemacht werden, doch waren genaue Angaben nicht zu erlangen. In einzelnen Abteilungen des Wiener Werkes waren die Ueberstunden geringer.

In Berlin bildete die Arbeitszeit von 10 Stunden die Regel; eine höhere Bezahlung der Ueberstunden fand erst von der elften Arbeitsstunde ab statt, doch kommen Arbeitszeiten von mehr als 10 Stunden nicht häufig vor.

Bezüglich der Lohnsysteme wurde festgestellt, daß von der Gesamtheit der Befragten über ein Viertel im Zeitlohn, fast ein Viertel abwechselnd im Zeit- und Akkordlohn und über die Hälfte im Akkordlohn arbeiteten. In Berlin arbeiten 73,5, in Nürnberg 47,0 Proz. im Akkord. In Wien hat das Prämienlohnsystem die Akkordform verdrängt; 38,0 Proz. arbeiten im Prämienlohn. Die bei diesem System erfolgende stärkere Anspannung der Arbeitskraft war auch die Ursache, daß im Wiener Werk die Arbeitszeit auf 50 Stunden verläßt wurde.

Ueber die Löhne selbst gibt eine ganze Reihe von interessanten Tabellen Aufschluß. Zunächst werden die Löhne im allgemeinen behandelt; daraus ergibt sich, daß in Nürnberg die schlechtesten Löhne bezahlt werden. Zum Zwecke des leichteren Vergleiches werden die Stundenverdienste in drei Gruppen, in die der niedrigsten (bis 30 Pf.), der mittleren (bis 50 Pf.) und der höchsten Löhne (über 50 Pf.) zusammengefaßt. Bei je 1000 im Zeitlohn arbeitenden kamen in Nürnberg auf die Gruppe I 477, auf Gruppe II 485, auf Gruppe III 38, in Berlin 116, 701 und 183, in Wien 140, 790 und 70; bei den im Zeit- und Akkordlohn Strebenden war das Verhältnis in Nürnberg 5, 844, 151; in Berlin 159, 405, 436; in Wien —, 889 und 111; für die im reinen Akkord beschäftigten in Nürnberg 3, 715, 282, in Berlin 22, 219 und 759. Bei den im Prämienlohn stehenden Arbeitern des Wiener Werkes hatten von je 1000 Arbeitern 3 die niedrigsten, 214 die mittleren, 789 die höchsten Stundenverdienste. Die Arbeiterinnen standen zumeist im Akkordlohn, die Angaben der Wiener Arbeiterinnen lauten nur auf Prämienlohn. Sämtliche Stundenverdienste der Akkordarbeiterinnen blieben in Nürnberg auf der Stufe der niedrigsten Gruppe, in Berlin und Wien war dies auch für die überwiegende Mehrzahl der Akkordarbeiterinnen der Fall; ebenso hatten zwei Drittel der Wiener Prämienarbeiterinnen niedrigste Stundenlöhne.

Eine längere Betrachtung ist den Stundenlöhnen und tatsächlichen Stundenverdiensten in den einzelnen Werken gewidmet. Die Lohnverhältnisse werden hier in einfachen und leichtverständlichen Tabellen dargestellt. Das Gesamtbild ist, wie es in den Schlussbetrachtungen heißt, ein unerfreuliches. Die Verdienste der Arbeiter sind zu niedrig und die Stundenlöhne bleiben noch unverhältnismäßig tief unter den tatsächlichen Verdiensten zurück. Während die Siemens-Schuckertwerke bei der Preisfestlegung ihrer Fabrikate keinen Unterschied machen mit Rücksicht auf den Ort, wo der Abnehmer sich befindet, sind im Gegensatz zu diesem Grundzuge die Arbeiter bei sonst gleichen Verhältnissen sehr verschieden entlohnt, je nach dem Orte ihrer Tätigkeit. Der Einwand kann nicht gemacht werden, daß die Leistungsfähigkeit der Arbeiter in den drei Werken erheblich von einander abweicht. Das Unternehmen selbst hat dies festgestellt, indem es die Fabrikation von einem Werke auf das andere übertrug und indem es ganze Gruppen von Arbeitern von einem Werke nach dem anderen versetzte. Die Stundenlöhne werden möglichst tief gehalten, so daß selbst manche hoch qualifizierte Arbeiter, wenn sie im Zeitlohn tätig sind, den ortsüblichen Lohn gewöhnlicher ungleitender Arbeiter kaum überschreiten. Die Firma wendet gegenüber den Wünschen der Arbeiter auf Erhöhung der Stundenlöhne im Verhältnis zur Qualifikation der Arbeiter ein, daß die Akkordverdienste doch ausschlaggebend seien und die Höhe der Stundenlöhne tatsächlich nicht in Betracht komme. Die Unrichtigkeit dieser Einwendung wird durch diese Statistik bewiesen; gibt es doch eine sehr erhebliche Anzahl Arbeiter, die auch in der Periode guten Geschäftsganges im Zeitlohn stehen und von den über Gebühr gerühmten Akkordverdiensten keinen Nutzen haben. In den Zeiten flauen Geschäftsganges nimmt die Zahl der im Zeitlohn stehenden Arbeiter außerordentlich zu, so daß dann die Nachteile für die Arbeiter offensichtlich werden. Aber auch

für die im Afford stehenden Arbeiter ist während einer Prosperitätsperiode der niedrige Stand der Stundenlöhne direkt schädlich; denn die Aufschläge für die Überstunden werden in Nürnberg und Wien auf Grund der Stundenlöhne berechnet und entsprechen somit durchaus nicht den Opfern, die die Arbeiter durch die Ausdehnung der Arbeitszeit zu bringen haben. So ergibt sich der in seiner Allgemeinheit begriffliche Wunsch der Arbeiter nach einer Erhöhung der Stundenlöhne. Die Affordfrage, von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, sind nicht nur zu niedrig, sie werden auch willkürlich festgesetzt, d. h. ohne jeden zureichenden Grund heruntergesetzt. Wohl sind den Arbeitern, speziell den Nürnbergern und dem Wiener Werkes, ausdrückliche Versprechungen gemacht worden, daß überhaupt nicht oder nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen Abzüge vom Affordlohn gemacht werden dürfen. Tatsächlich finden aber derartige Abzüge nur zu häufig statt. Dies führt im Zusammenhang mit der geringen Befriedigung, die die Entlohnung bietet, zu einer starken Mißstimmung unter den Arbeitern. Diese Mißstimmung wird in hohem Maße gesteigert durch das starre Festhalten der Fabrikleitung an einer zu langen Arbeitszeit. ... So spitzt sich die Situation immer mehr zu, wenn den bescheidenen Forderungen der Arbeiter nicht endlich Rechnung getragen wird. Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Stundenlöhne, Regulierung der Affordlöhne, Sicherung der Arbeiter gegen eine Verabredung derselben und gegen sonstige willkürliche Eingriffe in das Arbeitsverhältnis können leicht bewilligt werden, sie liegen nicht nur im Interesse der Arbeiter, sie bedeuten auch ein gutes Geschäft für das Unternehmen.

kräftigung eines Vermögensinventars. Wird die Abbestellung abgelehnt, so kann der Schuldner auf Antrag des Gläubigers bis auf sechs Wochen in Haft genommen werden. Vor der Verhaftung hat der Gläubiger die Verpfändungskosten (24 Mark in Preußen für den Monat) zu verauslagern. — **S. S. 18.** Sie sind an die falsche Schmiede gegangen. Die Armenverwaltung hat nur für Großjährige das Zeugnis der Unfähigkeit zur Tragung von Prozesskosten auszustellen. Das für Ihr Bündel erforderliche Zeugnis erhalten Sie vom Vormundschaftsgericht. Legen Sie diesem den Sachverhalt dar und beantragen schleunigste Uebermittlung des Attestes. Das Attestzeichen steht in Ihrer Bestallung. Sie persönlich hatten nicht für die Kosten. — **S. S. 23.** Dem neuen Gläubiger gegenüber haben Sie das gleiche Recht der Gegenrechnung wie Ihrem Exekuten. — **S. S. 14/15.** Zeitungs- und Buchhandlungen sind Handelsgewerbe. Handelsgewerbe sind eintragungspflichtig, wenn ihr Betrieb über den des Kleinhandels hinausgeht. Darüber, welches die Grenze des Kleinhandels ist, können die Landesregierungen Vorschriften auf der Grundlage der nach dem Geschäftsumfange bemessenen Steuerpflicht oder in Ermangelung einer solchen Steuer nach anderen Merkmalen näher festsetzen. Brauchen hat solche Grenzvorschriften nicht, erlassen: maßgebend ist von Fall zu Fall das Ermessen des Registrator's. In der Regel verlangt der Berliner Registrator einen Umsatz von 2000 Mark jährlich. Invaliden- und Krankenversicherungsamt, in der Regel aber nicht Unfallversicherungsamt liegt für Ausdrägerinnen vor. — **S. S. 1898.** 1. und 2. Ja. 2. Nein. — **S. S. 18.** Haben Sie Ihren Sohn allgemein ermächtigt, in Dienst oder Arbeit zu treten, so können Sie gegen den einzelnen von ihm abgeschlossenen Vertrag selber nichts anrichten. Haben Sie solche Ermächtigung nicht erteilt, so sind Sie berechtigt, sofortige Aufhebung des ländlichen Arbeitsvertrags und Rückkehr Ihres Sohnes zu verlangen. — **S. S. 100.** Weder eine mündliche, noch eine schriftliche, noch eine notariell oder gerichtlich abgeschlossene Verpfändung, die in der Absicht vorgenommen wird, Gläubigern zu entgehen, hat rechtliche Wirksamkeit. Sie ist nichtig und kann strafbar sein. — **S. S. 1. Ja. 2. Nein.** — **Grübl.** Sie sind an den Kauf gebunden; es ist nur eine Einigung mit dem Möbelhändler möglich. — **S. M. 2.** Soweit ohne Einsicht in die Verträge ersichtlich, ist ein Gesellschaftsvertrag geschlossen und noch nicht aufgehoben, vielmehr nur Ihr Anteil anders wie anfangs berechnet. Ist dies der Fall, so kann Ihr Gesellschafter nur in der im Gesellschaftsvertrage vorgesehenen Frist kündigen. — **S. Dn. 70.** Da nach Ihrer Darstellung ein Enterbungsgrund nicht vorlag, kann die Tochter das Testament

anfechten, das heißt, ihr Pflichterbrecht beanspruchen. Das steht in Ihrem Falle ein Anfechtel der Erbschaft zu betragen. — **S. S. 23.** Nein. — **S. M. 10.** Konkursanmeldung würde in dem von Ihnen geschilderten Fall wohl nur nutzlose Kosten verursachen. Das gerichtlich ist es, eine Einigung mit den nicht eingetragenen Gläubigern zu versuchen. — **S. 2. Weiskensee.** Einsicht in das Grundbuch (nicht nur Mitteilung aus demselben) hat jeder zu beanspruchen, der ein berechtigtes Interesse darlegt, das heißt ein durch die Eintragung gerechtfertigtes Interesse darlegt, z. B. das Grundstück kaufen, beleihen, mit dem Grundstücksbefitzer einen Verbotsertrag abschließen will u. dgl. Glaubhaftmachung seines Interesses ist nicht erforderlich. Rechtsanwälte nehmen keine andere Stellung hierbei ein als Privatpersonen. Notare haben in Preußen das unbedingte Recht der Einsicht in das Grundbuch. — **H. B. 23.** 1. Rein. 2. und 3. Ja.

Witterungsübersicht vom 13. April 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometer-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C
Swinemünde	762	WS	2	bedeckt	4	Dahrannda	769	SW	1	wolkig	-7
Hamburg	764	WS	2	bedeckt	2	Petersburg	765	SW	1	wolkig	-7
Berlin	763	WS	4	bedeckt	5	Scilly	752	SW	4	wolkig	11
Krankfurt	762	W	3	wolkig	11	Übersee	756	SW	4	Regen	6
München	762	W	2	wolkig	10	Paris	761	O	1	wolkig	9
Wien	761	WS	3	bedeckt	11						

Wetter-Prognose für Freitag, den 11. April 1905.
Nachts sehr kühl, am Tage wärmer, zunächst ziemlich heiter bei mäßigen südlichen Winden; später neue Trübung und etwas Regen.
Berliner Wetterbüro

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

S. 34. Wegen der Forderung kann die Leistung des Offenbarungseides begehrt werden. Der Offenbarungseid besteht in der eidlichen Be-

Achtung! Arbeiter, Parteigenossen!

Wir bitten von der Tatsache Notiz zu nehmen, daß die Firma **Peel u. Cloppenburg**, Gertraudenstraße, Ede Hofstraße, welche in Düsseldorf eine Filiale besitzt, von hiesigen Lager- (Heim-) Arbeitern für den genannten Platz Maharbeit anfertigen läßt. Unsere Kollegen in Düsseldorf befinden sich in der Lohnbewegung; dennoch werden die hiesigen Kollegen gegen ihre Absicht und gegen ihren Willen als Streikbrecher benutzt!

163/4

Verband der Schneider (fil. Berlin), Engel-Ufer 21, part.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 34, Amt IV, 3353.

Montag, den 17. April, abends 8 1/2 Uhr, in der Neuen Welt, Hofenheide 108/114:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung in Leipzig.
2. Diskussion über die Anträge zum Verbandstag.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Zahlreichen Besuch erwartet

115/3

Die Ortsverwaltung.

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin C 54, Dragonerstr. 15, H. I. — Telefon: Amt III, Nr. 5026.

Sonntag, den 16. April 1905, vormittags 10 Uhr, in „Wendts Industriesälen“, Beuthstraße Nr. 20:

General-Versammlung

des Vereins der Zimmerer Berlins u. Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1905.
2. Vereinsangelegenheiten.
3. Gewerbliches und Verschiedenes.

287/15

Der Vorstand.



Spezial-Hut-Engrosgeschäft
Größte Auswahl an Formen und Qualitäten, weit billiger als Ladengeschäfte. Als allein dastehend ein Posten steifer **1.85** Mk. und weicher Herrenhüte moderner Formen, per Stück.
so lange der Vorrat reicht. Beim Einkauf von 2,50 M. an vergütet ich 5 Proz. (Annonce ausschneiden.) Holzmarktstr. 38
Achten Sie bitte auf mein grünes Firmenschild. **Alvin Sußmann, parterre.**

Kranken-Unterstützungs- u. Begräbnisverein der Bau- u. gewerblichen Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 16. April 1905, vormittags 10 Uhr:

General-Versammlung

Zangestr. 65.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1905.
2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Neue Mitglieder, ohne Unterscheid des Berufs, vom 16. bis 45. Lebensjahre werden in der Versammlung unter den günstigsten Bedingungen aufgenommen.
Die Mitglieder werden erlucht, zahlreich zu erscheinen.

Hohlweins Regler - Schloßchen.

(H. Redlich.)
Treptow, Köpenicker Landstr. 27.
Neben Sonntag: **Großer Ball.** Kaffeeliche 1/2, Liter 70, 1/2 Liter 40 Pf. Was Bier 10 Pf. Kleine Weine 10 Pf. Gute Speisen zu soliden Preisen.
Zu Festlichkeiten, Sommerfesten etc. halte mein Lokal mit Saal und Garten bestens empfohlen. 27332*

1904er Legehühner,

echte Haste, Reih. Eierleger, gar. leb. Anf., franco überal, 13 Stück mit Dahn 22 M., 6 St. m. Dahn 13 M. (Garbe u. Wahl). 136/18
Schneider, Myslowitz 8 (Schlesien).

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Sonntag, den 16. April 1905, vormittags 10 1/2 Uhr, im Volkshaus, Köpenickerstr. 3:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1905.
2. Stellungnahme zum 1. Mal.
3. Wahl eines Schriftführers.
4. Gewerbliches und Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen.

83/13

Die Ortsverwaltung.

Baugenossenschaft „Freie Scholle“ zu Berlin.

Sonntag, den 15. April 1905, abends 8 Uhr:

Außerordentliche Generalversammlung

im Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Statutenänderung: §§ 1, 8, 11, 12, 21, 22, 23, 28.
1. Erledigung eingegangener Anträge.

Der Vorstand: Gustav Gebauer, Karl Fieischer.

Tischler-Verein zu Berlin.

S. S. 89.

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Statutenänderung vom 1. Vierteljahr 1905.
2. Bericht der Bibliothekare.

Billets zum Obervergnügen sind bei allen Vorstandsmitgliedern zu haben. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Der Vorstand.

Gau IX. Achtung! Bezirk 9.

Radf.-Verein „Frohes Ziel“, Wilhelmsruh.

Mitgl. d. A. R. V. „Solidarität“.

I. Osterfeiertag: Anfahrt
Nest. W. Schnelder, Wilhelmsruh b. Berlin (Stat. Reinickendorf-Rosenh.).
Für Bundesgenossen Eintritt u. Raug frei. Anfang 4 Uhr.

Zentral-Krankenkasse der Maurer

„Grundstein zur Einigkeit“.

Sonntag, den 16. April, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Anträge zur Generalversammlung.
2. Wahl der Abgeordneten zu derselben.
3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die dritte Verwaltung.

Verband d. Hafenarbeiter

und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

Sonntag, den 16. April 1905, vormittags Punkt 10 1/2 Uhr, im „Königsbad-Kaffee“, Holzmarktstr. 72:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom ersten Quartal.
2. Diskussion und Verbands-Angelegenheiten.
3. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder.

Der Vorstand.

Achtung! Uhrmacher. Achtung!

Sonntag, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

aller in der Uhren-Industrie beschäftigten Kollegen in den Armiahallen, Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung:

1. Wie können wir in unserer Branche die Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessern?

Referent: Kollege Gutsche.

2. Diskussion.
Kollegen! Wir erwarten von Euch, daß Ihr Mann für Mann in dieser Versammlung erscheint.
Der Einberufer: Adolf Cohen.

Achtung! Radfahrer! Achtung!

Donnerstag, den 20. April, abends 1/9 Uhr:

Oeffentl. Radfahrer-Versammlung

im großen Saale von Kassin, Andreasstraße 21.

Tages-Ordnung:

1. Was bietet der Arbeiter-Radfahrerband „Solidarität“ seinen Mitgliedern? Referent: G. Fischer.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Recht zahlreicher Besuch wird erwartet. Sämtliche Berliner Arbeiter-Sportvereine sind ganz besonders eingeladen. Für Ausbesserung der Räder wird bestens gesorgt.
Der Einberufer. [12/7*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Sonntag, den 16. April, vormittags 10 Uhr, Turmstr. 25-26, Brauerei, im Mittelaal:

Bezirksversammlung für Moabit.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genosse Krills über „Friedrich Schiller“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins.

Sonntag, den 16. April, nachmittags 3 Uhr, im „Marienbad“, Badstraße 36:

Oeffentliche Versammlung

aller Lehrlinge u. jugendl. Arbeiter.

Tagesordnung: 1. Die Aufgaben einer Organisation der arbeitenden Jugend. Referent: Kollege Hellmut Lohmann. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Kollegen! Erscheint dochmäßig in dieser Versammlung. Niemand darf fehlen.

Soeben beginnt zu erscheinen:

Die Hohenzollern-Legende

von Dr. Max Maurenbrecher.



Vom Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung aus wird hier ein Bild des brandenburg-preussischen Staates gezeichnet. Wir sehen ihn entstehen aus der großen Wanderung heimatisches gewordenen deutscher Bauern, und wie er sich durch die Notwendigkeit, warum in diesem Staatswesen der ritterliche Adel die führende Klasse wurde. Wir sehen, wie die Hohenzollern als Fremdlinge ins Land kommen; wie der Adel aus dem Bauernstand zum Grundbesitzer wurde. Wir sehen die Ausbeutung der Bauern und die rücksichtslose Niederwerfung der Städte.
Wir werden allen Nachdruck darauf legen, bei jedem einzelnen Punkte die Rebel zu verfolgen, die der Volksschulmeister nicht nur in Preußen, sondern auch im übrigen Deutschland, über die Hohenzollerngeschichte gelagert hat. Dabei wird es unser Hauptzweck sein, zu zeigen, was die unteren Klassen an diesem Fürstengeschichte gehabt haben. Das Märchen vom sozialen Königtum der Hohenzollern zu zerhacken und zu zerkaulen, die Tatsachen der Wirklichkeit, die atemweisig feststehen, diesem Märchen entgegenzusetzen, das ist unsere Absicht.
Das Werk wird gegen 400 Abbildungen und Dokumente aus der Zeit bringen, mit deren Hilfe die Darstellungen des Verfassers anschaulich gemacht, das Interesse für vergangene Zeiten angeregt werden soll.
Das Werk erscheint in 50 Lieferungen a 20 Pf. (möglicherweise ein Heft) und kann jedem Arbeiter zur Anschaffung bestens empfohlen werden.
Zu beziehen durch die

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68,

Lindenstraße 69, Laden.

Die Vertrauensämter der Berliner Sozialdemokratie.

A. Vertrauenspersonen:

- 1. Wahlkreis: Georg Dypel, Reinholdsdorferstr. 23a II.
2. Wahlkreis: Fern. Werner, Wittenwalderstr. 90 part.
3. Wahlkreis: Franz Hoch, Admiralsstr. 7, vorn IV.
4. Wahlkreis (Ost): Otto Franke, Jordendorferstr. 8, vorn part.
4. Wahlkreis (Südost): Rich. Gadebusch, Wrangelstr. 59, Luereb. IV.
5. Wahlkreis: Leopold Piepmann, Linienstr. 242 I.
6. Wahlkreis (Moabit): Karl Fischer, Waldstr. 8.
Nieder-Barnim: Georg Freiwaldt, Pantow, Florastr. 66.
Teltow-Beeskow: Paul Hirsch, Charlottenburg, Spielhagenstr. 12.
Für die Frauen Veritas: Frau Panzeram, Pappel-Allee 128 I.
Nieder-Barnim: Frau Jung, Ober-Schöneweide, Reichenstr. 10.
Teltow-Beeskow: Frau Marie Thiel, Tempelhof, Friedrich-Wilhelmstr. 17.

B. Preskominmission:

- 1. Wahlkreis: Robert Dieseler, Brunnenstr. 145.
2. Wahlkreis: Julius Meyer, Urbanstr. 131, vorn IV.
3. Wahlkreis: Adolf Wuschel, Oranienstr. 177, vorn III bei Denlo.
4. Wahlkreis (Osten): Otto Wächner, Andreasstr. 75, vorn IV.
4. Wahlkreis (Südosten): Karl Wermuth, Sorauerstr. 21.
5. Wahlkreis: Willy Friedländer, Elbasserstr. 25 II.
6. Wahlkreis: Max Richter, Geylowskystr. 13.
Nieder-Barnim: Oswald Grauer, Frankfurter Allee 108.
Teltow-Beeskow: Fritz Hoppe, Nizdorf, Berlinerstr. 14.
Karl Vorheimer, Groß-Lichterfelde-Lantow, Siemensstr. 31.

C. Lokalkommission:

- 1. Wahlkreis: Jakob Ege, Kofstr. 23.
2. Wahlkreis: Heinrich Schröder, Kreuzbergstr. 15.
3. Wahlkreis: Otto Menzel, Amentstr. 48, vorn III.
4. Wahlkreis (Osten): Karl Rott, Stragmannstr. 29, vorn part.
4. Wahlkreis (Südosten): Wilhelm Sedler, Laufigerstr. 14 III.
5. Wahlkreis: Friedrich Rauf, Wimsstr. 12.
6. Wahlkreis: Hans Buchwey, Wilhelmshabenerstr. 38 (Moabit).
Nieder-Barnim: Robert Riel, Rummelsburg, Rantstr. 22.
Teltow-Beeskow: Robert Gramenz, Baumshuldenweg, Kieffholzstr. 253.

D. Agitationskommission für die Provinz Brandenburg:

- 1. Wahlkreis: Albin Schuster, Stragmannstr. 2.
2. Wahlkreis: Fritz Rintke, Reichenbergerstr. 128.
3. Wahlkreis: Karl Dimmid, Luisen-Über 11.
4. Wahlkreis (Osten): Jean Janzen, Landsberger Allee 143, linker Seitenstilg IV.
4. Wahlkreis (Südosten): Karl Scholz, Wrangelstr. 110.
5. Wahlkreis: Georg Davidsohn, Heinersdorferstr. 8 IV.
6. Wahlkreis: Gustav Laubant, Volsstr. 45.
Nieder-Barnim: Karl Liesegang, Berlin O., Mainzerstr. 2.
Teltow-Beeskow: Hermann Fischer, Schöneberg, Goltzenstr. 36.

E. Vorsitzende der Kreis-Wahlvereine:

- 1. Wahlkreis: Richard Strehl, Ewinemländerstr. 118.
2. Wahlkreis: Hermann Werner, Wittenwalderstr. 90.
3. Wahlkreis: Stephan Frey, Oranienstr. 157, IV.
4. Wahlkreis (Osten): Wilhelm Mann, Friedenstr. 61.
5. Wahlkreis (Südosten): Paul Hoffmann, Dypelnerstr. 21.
6. Wahlkreis: Leo Jucht, Georgenkirchstr. 57 II.
Central-Wahlverein für Teltow-Beeskow: Paul Hirsch, Charlottenburg, Spielhagenstr. 12.

F. Kassierer der Kreis-Wahlvereine:

- 1. Wahlkreis: Karl Vittner, Feilnerstr. 11.
2. Wahlkreis: Gustav Schmidt, Nostitzstr. 43, Hof parterre links.
3. Wahlkreis: Arthur Loge, Admiralsstr. 18a, Luereb. IV.
4. Wahlkreis (Osten): Franz Thiele, Vallsbadenerstr. 52, v. part.
5. Wahlkreis (Südosten): Rich. Gadebusch, Laufigerstr. 14/15 (Parteiaktion).
6. Wahlkreis: Leo Piepmann, Linienstr. 242.
Teltow-Beeskow: Wilh. Eberhard, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die Steuerdebatte, die Ende Februar abgebrochen worden und dann wegen der Beratung des Etats auf längere Zeit vertagt worden war, wurde gestern wieder aufgenommen und zu Ende geführt. Die Erörterung drehte sich hauptsächlich noch um die Aenderung der Grundsteuer-Ordnung. Mit dem Gedanken einer Besteuerung der Grundstücke nach dem gemeinen Wert hat ein Teil der in der Versammlung sitzenden Hausagrarier sich noch nicht besreunden können. Für sie hatte im Februar Herr Wallach den Antrag gestellt, wenigstens für die bebauten Grundstücke die bisherige Besteuerung nach dem Rugertrag

beizubehalten. Dieser Vorschlag hätte, wenn er angenommen worden wäre, der Grundstückspekulation ein kleines Hintertürchen geöffnet. Aber Herr Wallach unterlag; gegen den Antrag stimmten 54 Stadtverordnete, für ihn eine immer noch ganz stattliche Minorität — 44 Stadtverordnete. Die Besteuerung aller Grundstücke nach dem gemeinen Wert wurde dann mit der ansehnlichen Stimmzahl von 71 gegen nur 26 beschlossen.

Die Wandlung der Anschauungen im roten Hause, die dieser Beschluß bedeutet, war in der Debatte von unserem Genossen Singer als ein beachtenswerter Fortschritt bezeichnet und mit Benugung begrüßt worden. Herr Wallach hatte im Februar in der stundenlangen Rede, mit der er seinen Antrag verteidigte, dem Magistrat vorgeworfen, daß er bezüglich der Besteuerung nach dem gemeinen Wert umgefallen sei. Singer erklärte gestern, über diesen wünschlichen Umfall könne man sich nur freuen, und es sei zu wünschen, daß die Mehrheit der Versammlung — nachsalle; was dann auch geschah. Oberbürgermeister Kirchner glaubte den Umfall noch näher begründen zu sollen, aber er tat das nicht besonders geschickt. Er meinte, man habe andere Gemeinden mit der Einführung dieses Besteuerungssystems vorgehen lassen, um erst zu sehen, ob es sich bewähre. Berlin brauche nicht in jeder Sache an der Spitze zu marschieren, es müsse vorsichtiger und langsamer sein als andere Gemeinden. Ach ja, nach diesem Grundsatz hat man nur zu oft in Berlin gehandelt!

Zur Frage der Säuglingspflege

Schreibt eine Parteigenossin: In dem ärztlichen Bericht über das Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinder-Krankenhaus, welchen der bekannte Kinderarzt Professor Dr. Vaginsh für das Jahr 1903 der Deputation für die städtischen Krankenanstalten und die öffentliche Gesundheitspflege erstattet hat, wird festgestellt, daß von 906 dort zur Behandlung gelangten Säuglingen — Kinder bis zu einem Jahre — 548 als geheilt entlassen wurden, 289 starben und 69 als Bestand verblieben. Demnach wurde eine Sterblichkeit von 35,6 Proz. erzielt.

Von den zur Behandlung gekommenen Säuglingen starben 77 (26,6 Proz.) innerhalb der ersten zwei Tage. Zieht man diese durch die Behandlung kaum noch günstig zu beeinflussenden, von der Gesamtzahl der Gestorbenen einerseits und der Behandelten andererseits ab, so entfallen auf 700 Behandelte 212 Gestorbene (27,9 Proz.), was als ein recht günstiges Ergebnis betrachtet werden muß, unter Berücksichtigung der Tatsache, daß fast die gesamte Zahl der dem Krankenhaus zugeführten Säuglinge schwere Erkrankungen umfaßt; ein besseres Ergebnis wird bei den nun gebotenen Möglichkeiten der Pflege, ohne eigens dazu vorgebildete Säuglings- oder Kinderpflegerinnen und überdies ohne Zuhilfenahme von Ammen, bei der Beschaffenheit der uns zugehenden kranken Säuglinge nicht zu erreichen sein.

Bemerkenswert an diesem Bericht ist die Tatsache, daß dieser Bericht sicherlich die Zensur der Verwaltung passiert hat, ohne Widerspruch zu finden. Öffentlich werden hierdurch die Bestrebungen, die, wie wir hören, bereits im Gange sind, ein ausschließlich zur Aufnahme kranker Säuglinge bestimmtes Krankenhaus zu errichten, dessen Kosten bereits in der neuen Anleihe enthalten sind, eine beschleunigte Förderung erfahren. Die Notwendigkeit eines eigens für Säuglinge bestimmten Kinderkrankenhauses dürfte übrigens in der nächsten Zeit noch dringlicher sich erweisen, wenn die städtischen Fürsorgestellen, über deren Bedeutung und Zweck wir wiederholt berichteten, ihre Porten aufgetan haben. Es wird sich da sehr häufig herausstellen, daß zur Heilung erkrankter Säuglinge nicht die enge und schmutzige Säuglingsheim dient, das insbesondere auch über das erforderliche Wartepersonal verfügt. Wie wir gleich bei dieser Gelegenheit bemerken wollen, werden die Fürsorgestellen, die vorläufig in der Zahl von vier eröffnet werden, am 1. Mai ihre Wirksamkeit beginnen: für den Norden in der Elbasserstr. 27, für den Osten in der Blumenstr. 78, für den Nordwesten (Moabit) in der Markthalle am Arminiusplatz, für den Südosten Luisen-Über 35. Die Sprechstunden sind bis auf weiteres von 2—3 Uhr nachmittags festgesetzt. Die Anstalten stehen unter der Leitung renommierter Kinderärzte: Sanitätsrat Dr. Kassel, Privatdozent Dr. Neumann, Dr. Salge und Dr. Wallin. Es wird die ebenso dringende wie dankbare Aufgabe der Parteigenossinnen sein, für eine starke Inanspruchnahme dieser Einrichtungen Sorge zu tragen.

Die Erholungsstätten vom Roten Kreuz werden Mitte dieses oder Anfang nächsten Monats wieder eröffnet. Mit Ausnahme der Erholungsstätte bei Eichlamy, welche für männliche Personen, bereits Anfang dieses Jahres den Winterbetrieb eingerichtet hat, kommen in Betracht: die Erholungsstätten in der Jungfernhöhe für männliche Personen, auf dem Spandauerberge, in Pankow und Sabowa für Kinder; außerdem hat der Verein zur Verhütung der Tuberkulose noch eine Erholungsstätte in Schöneberg einrichten lassen, die ebenfalls demnächst eröffnet werden wird. Zur Beförderung erkrankter Arbeiter von und nach den Erholungsstätten hat die Staatsbahnverwaltung die gewöhnlichen Wochenarten zugelassen, die ebensowohl von der Wohnung des Inhabers nach der Erholungsstätte wie nach der Arbeitsstätte gelten. Dabei ist zugleich noch nachgelassen worden, daß die Gültigkeit dieser Arbeiter-Wochenarten auf vierzehn Tage erstreckt werden ist, während sonst die Fahrten von und nach der Arbeitsstätte an sechs hintereinanderfolgenden Tagen stattfinden müssen.

Die illustrierte Roman-Bibliothek „In freien Stunden“ ist nunmehr bis zum 14. Heft erschienen, das die Fortsetzung der Romane „Im Banne der Versuchung“ und „Der Pedlar“ bringt. Das kleine Feuilleton bringt unter dem Titel „Königliche Bedienung“ eine lustige Geschichte über und von einem verschwundenen Königssohn. In jeder Woche erscheint ein Heft der Zeitschrift für 10 Pfennig, das in allen Parteibuchhandlungen zu haben ist und von jedem Kolporteur besorgt wird.

Das Unwesen der Zensurverteilungen in unseren Schulen scheint auch diesmal wieder am Schülisch sein Opfer geordert zu haben. Wegen einer schlechten Zensur ist vorgestern der 14jährige Hans Fischer, Sohn des Grundstücksdealers E. Fischer, Friedenau, Jähr. 1, geschnitten. Der Knabe hinterließ einen Brief des Inhalts, daß er sich geschworen habe, nicht mehr zu den Eltern zurückzukehren, wenn er in der Zensur zweimal „mangelhaft“ habe. Da dies der Fall, müsse er seinen Schwur halten, er bittet um Verzeihung für diesen Schritt. Die Eltern erbitten Nachricht über den Jungen und sichern diesem

Straflosigkeit zu. Hans Fischer trug blaue Schirmmütze, dunklen Winterüberzieher und graue oder blaue Strickhosen; er ist circa 1,58 groß, blond und hat blaue Augen.

Für die Volksschule gut genug!

Daß in unserer Reichshauptstadt Berlin mit ihrer vom Freisinn beherrschten Kommunalverwaltung die Volksschule als Aschenbrödel behandelt wird, das hat der „Vorwärts“ hundertmal und öfter an großen und kleinen Beispielen gezeigt. So manches, was für eine höhere Schule niemals als zulässig angesehen würde, gilt als gut genug für die Gemeindefschulen. Ein neues Beispiel hierfür — wieder mal eines von den Keimen, aber darum doch nicht weniger lehrreich — ist das folgende. Wie man weiß, sind die Bänke, auf denen unsere Kinder in den Schulen sitzen, oft schon so abgelesen, daß das Holz sich schließlich absplittert. Da dauert es mitunter recht lange, ehe so eine Splittbank mal abgeholt wird, und noch länger, ehe man das alte aufgebrauchte Gerümpel endlich zum Brennholz wirft. Etwas besser sind die Dinge erst in den letzten Jahren geworden, nachdem wiederholt die Eltern solcher Kinder, die sich Splittler eingelesen hatten, aus dem Stadtkolleg den Ersatz der Kutschkosten beansprucht haben. Selbstverständlich wird nun von dem Sitzfleisch höherer Schüler und Schülerinnen keine geringere Schenkerwirkung auf die Schulbänke ausgeübt als von dem der Gemeindefschullinder. Tatsächlich fehlt es in den höheren Schulen gleichfalls nicht an Splitterbänken, und auch Verletzungen durch absplittendes Holz sind hier ebenso, wie in den Gemeindefschulen, schon vorgekommen. Wenigstens in diesem einen Punkte neigt unsere städtische Schulverwaltung einigermassen zum Gleichheitsprinzip. Aber eben doch nur einigermassen! Denn im übrigen wird dafür gesorgt, daß selbst hierbei die Gemeindefschulen noch in einer gewissen Distanz hinter den höheren Schulen zurückbleiben. Ein ganz Schläuer ist auf die Idee gekommen, daß die alten abgenutzten Bänke, die für eine höhere Schule bereits als zu schlecht galten, für eine Gemeindefschule immer noch gut genug sind. Warum auch nicht? In einer sparsamen Wirtschaft darf nichts umkommen. So sollen jetzt in der Luisenstädtischen Oberschule alle Klassen mit neuen Bänken ausgestattet werden. In drei Klassen, die erst später eingerichtet wurden, sind die alten Bänke noch nicht so vollständig abgenutzt, daß es mit dem Grundsatz der Sparsamkeit vereinbar erscheinen könnte, sie endgültig auszuräumen. Für die Oberschule will die Verwaltung sie nicht mehr behalten, aber sie will sie aufbewahren — zur gelegentlichen Verwendung in Volksschulen. Aschenbrödel kriegt die abgelegten Kleider seiner nobleren Schwestern. Immer handesgemäß!

Ein Festzug zur Schillerfeier

war für den 9. Mai geplant worden. Bürger, Volk sollten nach dem Auspruch für die Berliner Schillerfeier Staffage bilden; dem kürzlich bekannt gegebenen Festplan zufolge war die Beteiligung der Hochschulen, der Schulen, sämtlicher Bildungsvereine, der Berufsvereine, der Kriegervereine derart gedacht, daß sie zum Schillerfestmal ziehen und dort dem Dichter „huldigen“ sollten. An eine Betätigung der Arbeiterschaft wäre wohl schwerlich zu denken gewesen; in gemeinsamer Parade mit Kriegervereinen hätte sie sich nur lächerlich gemacht. Aber jetzt scheint auch der Festzug durch einen Wink erhalten zu haben, den Gedanken eines Zuges durch die Straßen Berlins nicht weiter zu verfolgen. Gewissermaßen als Ersatz dafür will allen Enthusiast der Reichslangler Graf Bälow vor dem Denkmal eine Weibereide halten; der Huldigungsakt soll fernher, wie die „Voll. Ztg.“ in nicht gerade Schillerlichem Deutsch meldet, aus Kranzniederlegung, Musik, Gesangsvorträgen durch 1500 Schulkinder und 500 Sängern, sowie Abingung eines Liedes durch die ganze Festversammlung bestehen.

Nach 1859 ist der damals geplante Festzug auf Anordnung des Prinzregenten, späteren Königs Wilhelm I., verboten worden. Die Furcht vor der Revolution hat dem Prinzen von Preußen noch mächtig in den Gliedern und das Bürgerium in fast allen seinen Schichten war ja zu Beginn der neuen Ära auch gerade nicht in übermäßig monarchenfreundlicher Stimmung.

Heute ist in den bürgerlichen Parteien von irgendwelchen Oppositionsgefühlen ja keine Rede mehr, und da die Arbeiterschaft freiwillig auf die Ehre der Beteiligung verzichtet, wäre die Furcht vor dem Umsturz alles Bestehenden aus Anlaß des Festzuges gegenstandslos, wobei die Frage, ob die Arbeiter just die Schillerfeier zur Ruinierung von Thron und Altar benutzt hätten, einmal ganz außer Betracht bleiben soll. Es wird also für den Wink zum Verzicht auf den Festzug nur die Erwägung maßgebend gewesen sein, daß ein allzu langer Aufenthalt in der Wäitühle die Teilnehmer verschmüßeln könnte.

Die neue „Uniform“ der Gepäckträger. Wie gemeldet, soll auch für die Gepäckträger an den Staatsbahnen eine neue, einheitliche Dienstkleidung eingeführt werden. Das ihnen vorgeschlagene Muster haben die Vertreter dieses Standes für zweckmäßig anerkannt; sie werden daher künftig in einer blusenartigen Jacke aus grünem Stoff, mit Taillengürtel im Rücken und Umlegekragen, nach Art der Litenosen, erscheinen, zum „Auftragen“ der älteren Joppen ist ihnen bis zum 1. Juli l. J. Frist gewährt. Zugleich ist auch ein einheitlicher Modus für die Aufbewahrung des Passagiergepäckes eingeführt worden. Dies sollen die Gepäckträger von jetzt an nur bis 1 1/2 Stunde vor Abgang des betreffenden Zuges zur Aufbewahrung und Unterbringung in den Abteilen annehmen dürfen. Im übrigen kann das Handgepäck vom Publikum bei den amtlichen Gepäck-Aufbewahrungsstellen abgegeben werden.

Vom Verbot des Straßenhandels. Für rechtsgültig erklärte am 13. April das Kammergericht die Berliner Polizeiverordnung vom 18. März 1905 bezw. 6. Juli 1899, durch die der Handel mit Wochenmarktarzeln in bestimmten Straßen (Rähe von Markthallen usw.) verboten wird. Ausgeführt wurde, die Bestimmung würde ungültig sein, wenn es sich nur darum handelte, die Konkurrenz gegen den Marktverkehr zu beschränken oder zu verhindern. Das sei aber nicht der Fall, sondern es handele sich um verkehrspolizeiliche Maßnahmen, da ja selbstverständlich wäre, daß der öffentliche Verkehr gehindert werde, wenn Leute in der Nähe der Markthalle mit Wochenmarktarzeln handelten. — Indessen wurde in der fraglichen Straffache gegen Drud die Sache noch einmal an das Landgericht I zurückerwiesen, damit dieses näher feststelle, ob Köffel und Quire aus Holz überhaupt „rohe Holzwaren“ und somit Wochenmarktarzeln seien.

Der Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ hat im verfloffenen Jahre ganz ersaunliche Fortschritte gemacht. Der Bund zählte 1904 etwa 17 000 zahlende Mitglieder, im vorigen Jahre hingegen 24 846. Die Einnahmen stiegen von 42 800 M. auf 78 690 M. Für Unfälle gab der Bund 6014 M. 20 Pf. im Jahre 1903 aus, im vorigen Jahre hingegen 9130 M. 75 Pf. Das Wirken des Bundes findet auch in bürgerlichen Radfahrer-Vereinigungen Anerkennung. So schrieb die „Radwelt“ kürzlich: „Der Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ hat Einzelsfahrer und Vereine. In jedem Ort darf nur ein Verein bestehen. In Großstädten darf sich dieser Verein nach den Stadtteilen in Sektionen gliedern. Dadurch ist der Vereinszersplitterung, an der viele andere Verbände kranken, vorgebeugt.“

Verzusage gegen Steuereinsparungen.

Gegenwärtig, wo noch die Verzusagefrist gegen die zugestellten Steueranforderungen offen steht, ist eine kürzlich ergangene Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes von Interesse. Bekanntlich können nach dem Einkommensteuergesetz besonders für den Einkommensschwachen unglückselige Verhältnisse, wie z. B. Krankheiten, Unterstützung seiner nächsten Angehörigen, zeitweise Arbeitslosigkeit, geltend gemacht werden. Die Erwirkung solcher unglückseligen Verhältnisse

In der spätestens einen Monat nach Zustellung der Steuereinschätzung einzureichenden Berufungsschrift hat mindestens zur Folge, daß der Eingeklagte ein oder zwei Stufen in der Steuerleiter herabgerückt kommt. In Krankheitsfällen gibt diese Entscheidung für jeden, der sich durch eine zu hohe Besteuerung beschwert fühlt, einen sehr schätzbaren Wink. Sie führt nämlich aus, daß eine Krankheit selbst dann als Milderungsgrund von der Steuerbehörde anerkannt werden soll, wenn sie schon vor Beginn des laufenden Steuerjahres eingetreten ist, ihre Wirkung jedoch sich in das laufende Steuerjahr hinein erstreckte. Wenn also im vorigen Jahre jemand Rheumatismus, Lungentzündung oder ähnliche nicht mehr ganz zu beseitigende Krankheiten durchgemacht hat und noch in diesem Jahre an den Folgen der überstandenen Krankheit leidet, so muß die Steuerbehörde solche Angaben, die auf Wahrheit beruhen, als Ermäßigungsgrund gelten lassen und entsprechend dem geminderten Einkommen die Steuern herabsetzen. Aber nicht nur Krankheiten, sondern auch besondere Unglücksfälle, welche die Steuerkraft außergewöhnlich belasten, so z. B. Unterstützungen an berufstätige Eltern, erlittene Verletzungen bei der Arbeit, Gebrechlichkeit der Kinder, müssen von der Steuerbehörde als Milderungsgrund anerkannt werden. Es muß also in dem Schreiben erwähnt werden, daß solche Umstände vorliegen. Natürlich müssen alle solche Angaben durchaus der Wahrheit entsprechen. Es ist daher am besten, wenn man in Krankheitsfällen ein ärztliches Attest oder eine Bescheinigung des Krankenhauses, wo man behandelt wurde, dem Schreiben an die Berufungskommission beigelegt. Hierdurch wird sofort der Nachweis erbracht, daß die gemachten Angaben auf Wahrheit beruhen. Endlich mag noch erwähnt werden, daß jeder Steuerpflichtige das Recht hat, in dem Gebäude für die direkten Steuern, kleine Präfidentenstr. 7, seine Berufung selbst zu Protokoll zu legen. Dies ist besonders für diejenigen Arbeiter zu empfehlen, die das erwähnte Schreiben nicht selbst verfassen wollen oder können. Jeder, der in den Bureaustunden von 9 bis 1 Uhr seine Erklärung mündlich vorbringen will, wird dort von einem Steuerbeamten vernommen.

Wegen des Mordes in Lichtenberg, dem eine Dienstmagd des Gärtnerbesizers Weber zum Opfer fiel, vernahm gestern der Untersuchungsrichter beim Landgericht II in der Umgebung des Tatortes wieder mehrere Zeugen.

Ein Handwagen mit einer Nähmaschine ist gestern nachmittag einem Angefallenen der Singer Compagnie vor dem Hause Belle-Alliancestr. 100 gestohlen worden. Der Angestellte hatte in dem Hause einen Geschäftsgang zu besorgen; als er wieder auf die Straße kam, war sein Wagen spurlos verschwunden.

Einseitige Vorschriften für den Verkehr mit Kraftfahrzeugen sollen, wie in letzter Zeit häufig gemeldet worden ist, in allen deutschen Bundesstaaten erlassen werden. Diese Meldungen sind teilweise noch verfrüht. Die Einzelstaaten können gleichbedeutende Verordnungen erst erlassen, nachdem eine Bundesratsverordnung vorliegt. Aber an dieser fehlt es noch. Wohl hat der Bundesrat die Vorarbeiten zu seiner allgemeinen Verordnung schon vor längerer Zeit aufgenommen und tatsächlich weit gefördert. Die Verordnung selbst liegt aber noch nicht vor. Die Verordnung des Bundesrats wird — das liegt in der Natur der Sache — über den Kraftfahrzeugverkehr hinausgehen, sie wird auch den Fahrrad- und sonstigen Fuhrwerkverkehr umfassen und somit den gesamten öffentlichen Fuhrwerkverkehr auf den deutschen Landstraßen in ihren Bereich ziehen. Rechtsfahrten, z. B. Rechtsausweichen und Linksüberholen einzuführen, wird dann auch endlich den Fürstentümern Lippe, Schaumburg-Lippe und Schwarzburg-Sondershausen aufgegeben werden. Auch werden die Einzelstaaten dann gehalten sein, einseitlich zu verfahren bei Erlaß von Fahrverboten und Kennzeichnung verbotener Straßen, deren Zahl übrigens auf das notwendigste beschränkt werden soll. Die Bundesrats-Verordnung wird also den Verkehr nicht selbst regeln, sondern die Einzelstaaten nur allgemeine, aber wichtige Vorschriften geben für die Regelung des großen durchgehenden Verkehrs auf den Landstraßen. Sie wird so den Rahmen abgeben, in dem die landesbehördlichen Anordnungen sich zu bewegen haben. Die Dossimng ist nicht unbedeutend, daß diese wichtige Bundesrats-Verordnung nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen wird.

Zur bequemeren Einlieferung von Postpaketen ist in Berlin, begünstigt von den Stadtpostanstalten, auch durch die Paketbestell-einrichtungen der Post Gelegenheit geboten, die noch immer nicht in dem gebührenden Umfang benutzt wird. Die Postverwaltung läßt deshalb von neuem darauf hinweisen. Sämtliche im Dienst befindliche Paketbesteller sind zur Entgegennahme gewöhnlicher Pakete und zur Einlieferung bei der nächsten Postanstalt verpflichtet. Sie nehmen die Pakete innerhalb der Häuser, die sie zur Bestellung oder Abholung betreten, und an den Postwagen entgegen. Auf schriftliche Bestellung mittels Bestellscheins oder Bestellskarte an das kaiserliche Postamt in Berlin N. 24, Oranienburgerstr. 70, findet die Abholung von Paketen auch aus den in den Bestellscheinen bezeichneten Wohnungen statt. Die Bestellscheine und Bestellskarten werden unentgeltlich befördert; für die von den Paketbestellern auf ihren Bestellscheinen eingeklemmten Pakete kommt außer dem Porto eine Gebühr von 10 Pf. zur Erhebung.

Ins beste Licht gerückt. Von den Standinhabern wird elektrische Beleuchtung für alle Berliner Markthallen erstrebt. In einer Versammlung des Vereins der Standinhaber der Zentralmarkthalle, die auch von Händlern anderer Hallen besucht war, wurde Mittwoch der gute Eindruck, den die Zentralmarkthalle während der Ausstellungstage machte, hauptsächlich darauf zurückgeführt, daß in diesen Tagen die Stände elektrisch beleuchtet waren, wodurch die Waren ein weit besseres Aussehen bekommen hätten. Eine solche Beleuchtung sei auch sonst für die Halle zu erstreben, wenn man mit den großen Kaufhäusern konkurrieren wolle. Die gleiche Ansicht wird von Standinhabern der anderen Hallen verfochten. In den nächsten Tagen wird vom Bunde der Berliner Standinhaber-Vereine eine Standinhaber-Versammlung abgehalten werden, die über ein gemeinsames Vorgehen zur Erzielung besserer Markthallenbeleuchtung beraten wird. Man wünscht für jeden Stand die Anbringung von Kernlampen.

Die neue psychiatrische Klinik der Charité wurde vorgestern von der Bauleitung der Charitéverwaltung übergeben. Der Umzug der Kranken von dem alten nach dem neuen Gebäude begann gestern. Eine Eröffnungsfeier findet später statt. Die zwischen der Nervenklinik und der psychiatrischen Klinik gelegenen alten Gebäude werden jetzt abgerissen, um Gartenanlagen Platz zu machen.

Opfer der Straße. Die 84 Jahre alte Hauselgentöchterin Witwe Auguste Reich geb. Koste aus der Kehlenerstraße 13 war noch sehr rüstig und besorgte ihre ganze Wirtschaft allein, nur das Gehör hatte gelitten. Vor acht Tagen ging die Greisin vormittags nach der Zentralmarkthalle und kaufte ein. Auf dem Rückwege wurde sie in der Voßringstraße von einem Geschäftswagen überfahren, weil sie den Ruf des Kutschers nicht hörte, und schwer verletzt. In einer Privatambulanz, in die die Verunglückte gebracht wurde, stellte der Arzt mehrere Bein- und Armbrüche fest. An den Folgen der Verletzungen ist die alte Frau jetzt gestorben.

Ein böser Brandstifter. Der 16jährige Malerlehrling Karl Baethel hat vorgestern nachmittag in dem im Erdgeschoß des Quergebäudes des Grundstücks Danzigerstr. 71 belegenen Lagerkeller seines Vaters, des Malermeisters Gotthold Voguth, vor einem mit Terpentin gefüllten Faß Feuer angelegt. Durch das rechtzeitig hinzukommen des Arbeiters Schönherz wurde eine Explosion verhindert, die im nächsten Augenblicke erfolgen mußte, da das Feuer das Faß schon ergriffen hatte. Der Täter, der sich bisher verborgen hält, hat das Feuer aus Rache angelegt, weil er von seinem Vaters wegen schlechter Führung entlassen worden war.

Wegen eines Fabrikbrandes wurde gestern die vierte Compagnie nach der Maximilianstraße 14 in Panlow gerufen. Brandinspektor Julius rühte mit dem 16. Dampfpritzenzug zur Brandstelle, an der die freiwillige Ortsfeuerwehr von Panlow schon energisch tätig war. Auch die Reinoldendorfer Wehr erschien an der

Brandstelle. Es gelang, die Flammen auf die Fabrik zu beschränken, so daß die Berliner Wehr bald wieder abrücken konnte.

Raubmordversuch. Gestern nachmittag 4 1/2 Uhr ist die verwitwete Luise Krüger, 68 Jahre alt, ohne Verur, Brandenburgerstr. 127 wohnhaft, im Schanitzhof ihres Sohnes, Straßauer Platz 21, von zwei unbekannten Männern im Alter von circa zwanzig Jahren überfallen und am Kopf verletzt worden. Die Leibesöffnung ist geräubt; die Täter sind entkommen. Die Verletzte hat im Krankenhaus Verbanen Aufnahme gefunden.

Eine Karte der Umgegend von Königs-Wasserhauken im Maßstabe von 1:95 000 ist im Verlage der Simon & Schräppchen Hof-Landkartenhandlung (J. S. Neumann), Berlin W. 8, Jägerstraße 61, erschienen. Die Karte reicht von den südlichen Vororten Berlins nach Süden bis Teupitz und Wendisch-Buchholz, nach Osten bis Fürstenwalde und dem Scharnweiser. Sie ist im besonderen für Wasser- und Radsporthwecke vom Kartographen O. Stadte überaus glücklich gezeichnet. Ihr Preis beträgt 1,50 M.

Berliner Fährer auf Reisen. Zu den Freunden der Frau Wacker, die in ihrer Wohnung in der Vogenstraße von einem unbekannten Täter ermordet wurde, gehörte auch ein Fährer Kahlmeyer, der zurzeit des Mordes im Gefängnis saß. Um über den Bekanntenkreis der Ermordeten Auskunft zu geben, wurde Kahlmeyer wiederholt aus der Strafanstalt vorgeführt und als Zeuge vernommen, bis er Gelegenheit fand, zu verhandeln. Längere Zeit hielt sich der Verbrecher verborgen, endlich wurde er in Greifswald, erwisch. Dort ertrug er mit einem Einbruch einen Menschen, der sich einen französischen Namen beilegte und behauptete, der Sohn eines Schiffskapitäns und auf hoher See geboren zu sein. Sein Bild und seine Mehrerte wurde nach Berlin geschickt und hier stellte ihn der Erkennungsdienst als den längst gesuchten Kahlmeyer fest. Das Bild war zwar den früheren Aufnahmen sehr unähnlich, weil sich der Verbrecher nach der Flucht einen stattlichen Vollbart hatte wachsen lassen, aber die Merkmale täuschte nicht. Der Verhaftete wird am 2. Mai wegen des Einbruchs in Greifswald abgeurteilt und dann wieder hierher gebracht werden.

Straßensperrung. Die Piesenstrasse zwischen Gartenstraße und Neue Hochstraße ist behufs Umpflasterung vom 18. dieses Monats ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Feuerbericht. Donnerstag früh wurde die Wehr nach der Neuen Schönhäuserstr. 1 gerufen, weil dort auf nicht ermittelte Weise in dem Pfandlosgeschäft von A. Casparius Feuer entstanden war. Als der erste Löschzug eintraf, standen bereits Regale, Kleidungsstücke, Wäsche usw. in Flammen. Es mußte längere Zeit Wasser gegeben werden, um die Gefahr zu beseitigen. — In der Grünhaldenstr. 82 hatte dann der 18. Jug einen Kellerbrand abzulösen. allerlei Gerümpel und Verpackungsmaterial wurde eingeklappt. — Möbel, Gardinen und Decken gingen in der Brandenburgerstr. 109 in einer Wohnung in Flammen auf, während in der Wilhelmstr. 127 ein Brand unterdrückt werden mußte, der den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. — Zweimal erfolgte in der Nacht zum Donnerstag Alarm nach dem Bahnhof Warschauerstraße. In beiden Fällen brannten Eisenbahnwaggons mit Kohlen. — In der Stallgasse 63/64 kam gegen 3 Uhr in der Droguerie „Finstersich“ Feuer aus, das einen gefährlichen Charakter anzunehmen drohte. Die Wehr war aber schnell zur Stelle und konnte die Gefahr leicht beseitigen. — Am Grünen Weg 20 mußte dann ein Schaufensterbrand abgelöscht werden. — Die übrigen Alarmierungen, die noch in den letzten 24 Stunden eintreffen, waren auf „blinden Räum“ zurückzuführen.

Wolzen-Abend der Freien Volkshöhe. Der für Sonntag abend 8 Uhr im Rathhausaal geplante VII. Abendsend der Freien Volkshöhe hat infolge einer Aenderung erfahren, als Frau von Wolzen verhindert ist, zu erscheinen. Das Programm wird nunmehr von Ernst von Wolzen allein ausgefüllt werden und zwar wird er eigene Dichtungen vortragen.

Uranium. Der Experimental-Vortrag über „Radium“ wird von Herrn Dr. A. Donath am Sonnabend, den 15. dieses Monats im Hofsaal des Instituts Laubentz, 48/49, abends 8 Uhr, wiederholt. Karten sind von heute ab an der Kasse erhältlich.

Theater. Im Schiller-Theater O. (Wallnertheater) findet Sonntag abend eine Aufführung von Goethes „Iphigenie auf Tauris“ statt. Die Titelrolle spielt Alwine Wiede, die übrigen Rollen sind folgendermaßen besetzt: Thoas: Friedrich Holtzhaus, Orest: Willi Krugshof, Phylades: Otto Rembe, Kefas: Martin Hartwig. — In dem unter Leitung von Edmund Lautenberg im Deutschen Theater in der Zeit vom 18. bis 31. Mai stattfindenden Augengrüber-Zyklus werden folgende Augengrüber-Darsteller mit: Hans Riese-Jarno aus Wien, Amalie Schöngren vom K. K. Hofburg-Theater in Wien, Emilie Giesrau aus Wien, Ludwig Martini vom Wiener Volks-Theater, Willy Haller und Robert v. Volanthy vom Wiener National-Theater, Jan Siska vom Stadt-Theater in Frankfurt a. M., Alois Großmann vom Stadt-Theater in Würzburg und Eugen Burg aus Berlin und Emil Stettner vom Schauspielhaus in Hamburg. — Im Thalia-Theater beginnt die nächste Nachmittags-Vorstellung am Sonntag ausnahmsweise um 3 Uhr, in Szene geht mit Guido Thielscher in der Hauptrolle „Der Hochtourist“. Abends 7 1/2 Uhr „Der Kilometerfresser“. — Von jetzt an beginnen alle Vorstellungen im Lessing-Theater um 8 Uhr. Zentral-Theater. Das mehrwöchentliche Gastspiel des Theater des Westens beginnt freitag mit der Oper „Der Barbier von Sevilla“. Am Sonnabend gelangt „Der Troubadour“ zur Aufführung, am Sonntagnachmittag „Der Barbier von Sevilla“, abends „Der Freischütz“.

Zur Amateur-Weltmeisterschaft. Bei den Ringkämpfen der Schwergewichtsklasse (über 160 Pfund Körpergewicht) ergab sich folgendes Resultat: 1. Jensen-Kopenhagen; 2. Altmann-Berlin; 3. Moldt-Berlin; 4. Schmitz-Wien; 5. Gebhardt-Berlin; 6. Arnold-Wien. — Die Kämpfe währten abermals bis in die sechste Morgenstunde! Unter dieser Rücksichtslosigkeit, die durch die mangelhafte Organisation der ganzen Veranstaltung verschuldet war, hatten nicht nur die Zuschauer zu leiden, sondern auch die am Ringen selbst Beteiligten. Einzelne der Ringler mußten im Laufe der Nacht siebenmal antreten! Auch der Sieg des Dänen kam mehr durch einen Zufall als durch dessen Ueberlegenheit zustande. Altmann hatte Jensen bereits zweimal gewonnen, doch wurde beide Male dies Resultat beanstandet, da der Besiegte über den entscheidenden zu keinen Toppich hinausgegangen war. Schließlich kam dann Altmann auf beide Schuften — eine umso ehrenvollere Niederlage, als der Berliner schon vorher circa zwei Stunden lang mit respektablen Gegnern hatte ringen müssen. — Nachgetragen sei bei dieser Gelegenheit noch, daß beim Gewichtheben der Schwergewichtsklasse, wie vorausgesehen, der Wiener Steinbach den Rekord aufstellte und zwar bei heidarmigem Drücken mit 250 Pfund, bei heidarmigem Stoßen mit 320 Pfund.

Vorort-Nachrichten.

Reinoldendorf. Im Irren verhungert. Einen schrecklichen Tod fand die 78 Jahre alte Frau des Schuhmachereisters A. H. z. Weidenweg 68, deren Leiche, wie bereits mitgeteilt, in fast unbedeutendem Zustande in der Schönholzer Heide aufgefunden wurde. Die Greisin litt an periodischem Irresein, und wenn sie von der Krankheit befallen wurde, trat bei ihr eine ausfallige Gedächtnischwäche ein. So erkannte sie in diesem Zustande weder ihre nächsten Angehörigen, noch vermochte sie Angaben über ihren Namen und Wohnung zu machen, war aber im übrigen durchaus harmlos, so daß eine besondere Bewachung der Kranken nicht für erforderlich erachtet wurde. Vor etwa zehn Tagen begab sich A. H. z. mit seiner Frau nach Lichtenberg, woselbst sein Sohn ein Laubenterrain gepachtet hat, und

verweilte dort bis gegen 8 Uhr abends. Als das greise Ehepaar auf dem Rückwege begriffen, die Straße erreicht hatte, fiel dem Manne ein, daß er einen Gegenstand in der Laube zurückgelassen hatte und forderte seine Frau auf, an einer bestimmten Stelle stehen zu bleiben. A. begab sich nochmals nach dem Felde. Als er wieder zurückgekehrt wollte, traf er einen Bekannten, der ihn einige Zeit aufhielt, und so verging etwa eine halbe Stunde, ehe der Schuhmacher die Stelle erreichte, an welcher er die Kranke verlassen hatte. Er bemühte sich vergeblich, die Greisin aufzufinden, diese war nicht und blieb verschwunden. Wo Frau A. so lange umhergeirrt, ist noch nicht festgestellt. Die bisherigen Ermittlungen haben ergeben, daß die Kranke am Tage nach ihrem Verschwinden auf dem Panower Begräbnisplatz weilete. Sie wurde von dort fortgewiesen, weil sie alle Kränze auf den Gräbern anfaßte und aus denselben Blumen pflückte. In Sturm, Regen und Kälte lief nun die Unglückliche auf der Landstraße umher, die Nächte vermutlich auf den Feldern verbringend; so wurde sie in Hohen-Schönhausen und in Reinoldendorf gesehen. Ihre Kleidung war vollständig durchnäßt und zerissen. In Reinoldendorf löste sich das Oberleid vom Körper, ohne daß die Unglückliche etwas davon wußte. In Rosenthal kam sie in eine Gastwirtschaft und legte ein Hülfsmittel auf den Ladentisch, ohne jedoch etwas zu fordern. Der Wirt, welcher glaubte, eine obdachlose, betrunzene Person vor sich zu sehen, gab der Greisin das Geld zurück und verabschiedete ihr nichts. So irrte die erschöpfte, verhungerte Frau weiter und geriet später in die Schönholzer Heide, wo sie auf einem Fahrweg zusammenbrach und mit dem Gesicht nach dem Boden auf die Erde stürzte. Im Bahne ober im Todeskampf richtete sich die A. H. z. die Taille vom Leibe. Sie hat, wie durch den Leichenbefund erwiesen ist, auch vergeblich Versuche gemacht, sich wieder zu erheben und schließlich die Hände tief in den Erdboden eingekastet. Als die Leiche von dem Beges kommenden Arbeitern aufgefunden wurde, muß sie schon viele Stunden lang an jener Stelle gelegen haben, da die Todesstarre bereits eingetreten war.

Zu diesem bedauerlichen Vorfalle schreibt uns eine Beserin unseres Blattes aus Wilhelmstr.:

Das schreckliche Ende dieser armen Frau hätte wohl verhindert werden können. Das greise Mütterchen lief am Montag, den 8. April, abends planlos in Wilhelmstr. umher. Sie war durch die Schönholzer Heide gekommen und wollte mit Gewalt auf den Hof eines Fleischermeisters in der Hauptstraße. Eine Schar von Kindern und jungen Vurichen umstanden johlend die alte Frau, die man für betrunken hielt. Auch einige Klausener unseres Ortes sahen diesem Treiben allend zu. Die Frau schlug höhe um sich, als ein paar junge Vurichen sie besonders aufdringlich hänselten. Ich war über dieses Treiben nicht wenig empört und trieb die Vurichen mit einigen derben Schimpfsworten auseinander. Nun bemühte ich mich um die alte Frau, die vorgab in der Ackerstraße in Berlin zu wohnen, und versuchte sie nach der Galtstelle der elektrischen Bahn zu bringen. Ich sah wohl, daß die Frau geistig nicht normal war, doch konnte ich sie in unserem Orte nicht unterbringen. In Rosenthal ist das Polizeibureau schon um 3 Uhr nachmittags geschlossen und die Bauern würden es wohl nicht sehr willkommen heißen, wenn man ihnen in der zehnten Abendstunde derartigen Versuch brächte. Ich war ohne Hut und Mantel, hatte auch kein Geld bei mir, so daß ich das Anerbieten zweier jungen Leute annahm, die sich bereit erklärten, die Frau nach der Bahn zu bringen. Sie wollten auch das Fahrgeld auslegen und, wenn es nötig wäre, selbst mitfahren. Veruhigt ging ich deshalb nach Hause. Als ich am nächsten Morgen vernahm, daß man die Frau auf der Heide tot aufgefunden hatte, erühte ich auch, daß die jungen Leute die Frau nur bis zum Bahndamm gebracht und sie dort allein stehen ließen. Die Frau ist dann wohl wieder schreig auf die Heide zugegangen und dann ihrem entsetzlichen Schicksal verfallen. Vielleicht trägt dieser Fall dazu bei, daß auch hier in Wilhelmstr. eine Einrichtung getroffen würde, die etwa einer Berliner Unfallsation entspräche, denn schon häufiger hat es sich ereignet, daß Verunglückten und Hülflosen keine oder nur sehr späte Hilfe zuteil werden konnte.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. S. 29, Hamburg), Filiale Kummelsburg. Sonnabend, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Ost-Tempel, Vorkagen, Ecke der Neuen Bahnhofstraße: Rittgelder-Beerdigung. Tagesordnung: 1. Abrechnung für Monat Februar, März, April. 2. Abrechnung vom Rastendaal. 3. Internes Kasienangelegenheiten.

Vermischtes.

Die Genieffarre in Westpreußen. In Czest, Kreis Konitz sind bisher 11 Personen erkrankt und davon 6 gestorben. Seit dem 27. März sind keine Neuerkrankungen vorgekommen. In Neugut bei R. u. m. ist eine Person an Genieffarre erkrankt und gestorben. In Thorn ist eine Person unter dem Verdacht der Genieffarre gestorben, und ein Soldat als genieffarreverdächtig erkrankt.

Die schwarzen Pocken sind unter den auf dem Gute Neu-Steinbeck bei Gadebusch in Mecklenburg beschäftigten russischen Schneitern ausgebrochen. Ein Fall ist bisher tödlich verlaufen.

Sechs Arbeiter erkrankten. Einer Meldung der „Thorner Zeitung“ aus Schilno zufolge erkrankten bei Schilny auf der Weichsel sechs Arbeiter beim Transport von Krämen, die mit Stroh bedeckt waren.

Kauschgesch eines Pfaffen in der Kirche. In der Kapuzinerkirche in Wiener-Neustadt fand am vergangenen Sonnabend ein Orgelkonzert statt, dem ein zahlreiches Publikum von Gläubigen und Kunstfreunden beiwohnte. Dem geheiligten Raume entsprechend enthielt sich jedermann der Beifallsbezeugungen, es herrschte lautlose Stille. Nur ein Pfarrer störte schon zu Beginn das Konzert durch sinnlose laute Rufe. Am Schluß befiel der geistliche Herr das Kirchenchor und hielt in seinem Rausche eine unllige Rede, deren Schluß nur durch das geistesgegenwärtige Einsinken des Organisten fern mit fortissimo den Zuhörern verloren ging. Obwohl nicht nur die Gläubigen durch den unerhörten Schand auf das empfindlichste in ihren religiösen Gefühlen verletzt sein mußten, legte doch keiner der vielen Pfaffen Hand an den würdigen Gottesmann, er konnte ruhig die Kirche verlassen! Ein Laie würde natürlich im gleichen Falle wegen Religionsstörung angeklagt werden.

Der russische Fürst Leo von Kosschub, ein naher Verwandter des russischen Kaisers, war, wie bekannt, vor kurzem in Dresden wegen gefährlicher Körperverletzung, begangen an dem Nachportier Wölter im Hotel „Europäischer Hof“ zu einer Geldstrafe von 1000 M. verurteilt worden, die in letztem Verhältnis zu den von dem Fürsten verübten rohen Mißhandlungen stand. Wie uns aus Dresden geschrieben wird, hatte der verletzte Portier als Rebellkläger gegen das Urteil Berufung eingelegt, um eine höhere Strafe zu erwirken, er hat aber jetzt die Berufung zurückgezogen, nachdem Fürst Kosschub sich bereit erklärt hat, in Rücksicht auf die Schwere der erlittenen Mißhandlungen eine entsprechende Buße zu zahlen. Der Fürst war gegen Hinterlegung einer Kaution von 10 000 M. vom persönlichen Erscheinen in dem zweiten Termin entbunden worden. Er weilt gegenwärtig in Rußland, da auf seinen großen Gütern unter den Bauern Unruhen ausgebrochen sind. — Hoffentlich treiben ihm die Bauern keine Prügelläusen aus.

Erdbeben in Ungarn. Nach einem Telegramm aus Temesvar wurde dort gestern, abends 9 Uhr 10 Minuten ein wellenförmiges Erdbeben wahrgenommen, das eine Dauer von 5 Sekunden hatte.

Wegen betrügerischen Bankrotts und Depotunterschlagung sind die Bankiers Georg und Max Schüller in Bunzlau gestern in Untersuchungshaft genommen worden.

Obdunenburgische Landesausstellung. Die Landesgewerbe- und Industrie-Ausstellung, verbunden mit einer nordwestdeutschen Kunstausstellung und Ausstellung kunstgewerblicher Altentümer, wird aller Voraussicht nach am 9. Juni eröffnet werden. Dem jetzigen Stande der Arbeiten nach zu schließen, muß die Ausstellung zur Eröffnung völlig fertig dastehen.